



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Josef Mend, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, bei der Eröffnung der Kommunale 2013 in der Messe Nürnberg. Bild: NürnbergMesse/Thomas Geiger

Kommunale 2013 in Nürnberg:

Gemeinde 2030 – Kommunale Megatrends

Mit einem Wachstum bei allen Kennzahlen - mehr Aussteller, mehr Fläche und mehr Besucher - wartete die achte Ausgabe der Kommunale, Kongress und Messe für Kommunalbedarfe, in Nürnberg auf. Über 5.300 kommunale Entscheider waren es letztlich, die an zwei Tagen ins Messezentrum Nürnberg kamen. Neben der Ausstellung in der Halle und dem Kongress des Bayerischen Gemeindetags fanden diesmal auch eine Reihe von Fachveranstaltungen parallel statt: der IT-Talk, der Feuerwehrinformationstag sowie die Deutsch-Griechische Versammlung.

„Dass die Deutsch-Griechische Versammlung mit dem griechischen Innenminister an der Spitze parallel zur Kommunale tagte, zeigt beispielhaft die Zugkraft von Deutschlands führender Messe für Städte und Gemeinden“, betonte Werner Richthammer, Projektverantwortlicher der Kommunale. Dies hätten auch die Unternehmen erkannt, die für den kommunalen Sektor Produkte und Dienstleistungen anbieten. Richthammer: „Schon für 2015 gewinnen wir derzeit neue Aussteller, die sich als Besucher von der Schlagkraft und Fachlichkeit der Messe überzeugen lassen.“

Inhaltliche Schwerpunkte setzte der Bayerische Gemeindetag als Veranstalter des Kongresses unter

dem Motto „Gemeinde 2030“ und ideeller Träger der Kommunale. Präsident Dr. Uwe Brandl verwies auf die „kommunalen Megatrends“ der kommenden Jahre. Dazu gehören die Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat, die Umsetzung der Energiewende, neue Formen der Bürgerbeteiligung sowie die Stärkung der ländlichen Regionen Bayerns, um den verstärkten Zugang in die Ballungsräume zu bremsen.

Kraftvolles Sprachrohr

Brandl positionierte den Gemeindetag einmal mehr als kraftvolles Sprachrohr der Kommunen: „Bayerns Städte und Gemeinden haben große Erwartungen an die neue bayerische Staatsregierung. Besonders beim Breitbandausbau gilt es jetzt, den Turbo einzuschalten. Das Geld dafür ist da, die Umsetzung muss aber deutlich schneller werden. Bürokratische Hemmnisse müssen weichen, damit die Bürger endlich zu schnellem Internet kommen. Bis zur Kommunale 2015 muss der Internet-ICE bereits volle Fahrt aufgenommen haben.“

Wie Innenstaatssekretär Gerhard Eck bei der Kongresseröffnung hervorhob, zählen zu den großen Zukunftsfragen die Themen Urbanisierung und Mobilität. Immer mehr Menschen würden in der Stadt statt auf dem Land leben. Daher gelte es, die ländlichen Regionen durch Stärkung der Infrastruktur attraktiv zu halten und Lösungen für die Siedlungs- und Verkehrsprobleme zu finden. Eck: „Die Bayerische Staatsregierung

hat sich zum Ziel gesetzt, die ländlichen Regionen weiter nachhaltig zu stärken. Daher haben wir nun auch ausdrücklich in unsere Verfassung die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern als Staatsziel aufgenommen.“

Von der Mobilität hängt Eck zufolge ab, ob die Unternehmen in Zukunft konkurrenzfähig sind und die Menschen auch im länd-

lichen Bereich gute und erreichbare Arbeitsstellen finden. Hinzu komme eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Hierfür Sorge der Freistaat mit dem kommunalen Finanzausgleich. Die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhielten heuer mehr als 7,8 Milliarden Euro. Die reinen Landesleistungen seien um rund 539 Millionen Euro, d. h. um 7,9 Prozent erhöht worden. „Damit setzen wir klare Signale für Investitionen und für strukturschwächere Kommunen.“

Hohe Zufriedenheit

Dass Bayerns Bürger außerordentlich zufrieden mit ihrer Wohn- und Lebenssituation sowie mit der Politik vor Ort sind, hat eine Umfrage im Auftrag des Bayerischen Gemeindetags, die das renommierte Meinungsforschungsinstitut forsa durchgeführt hat, ergeben. Wie forsa-Geschäftsführer Prof. Manfred Güllner deutlich machte, habe die Untersuchung gezeigt, dass die Bewohner der kreisangehörigen Gemeinden in Bayern im bundesweiten Vergleich außerordentlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation sind.

Ebenfalls im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands ist der Anteil an Bürgern überdurchschnittlich hoch, die keinerlei Probleme vor Ort sehen. Wenn Probleme gesehen werden, so sind das überwiegend Verkehrsprobleme oder eine unzureichende Infrastruktur. Über die vor Ort betriebene Politik äußern nur wenige (Fortsetzung auf Seite 4)



Landkreistagspräsident Jakob Kreidl (Mitte) und Geschäftsführer Johann Keller (l.) gemeinsam mit den Landräten (v. l.) Roland Schwing, Eberhard Irlinger und Bernd Eckstein.

Landräteseminar in Herzogenaurach:

Thema Asyl schlägt hohe Wellen

Die Landkreise schlugen Alarm. Die Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber platzten aus allen Nähten, eine menschenwürdige Betreuung der Zuwanderer sei bald nicht mehr möglich, lautete die einhellige Meinung der Landräte bei ihrem zweitägigen Seminar in Herzogenaurach. Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags Jakob Kreidl deutlich machte, seien inzwischen auch die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung durch die Landratsämter vielfach erschöpft. „Es ist nicht fünf vor Zwölf, sondern bereits fünf nach Zwölf“, stellte Kreidl fest.

Vor diesem Hintergrund verabschiedeten die bayerischen Landräte eine Resolution, die Forderungen an die Staatsregierung zur Asylpolitik beinhaltet. Darin heißt

es: „Die Prognosen für die Zuwanderung von Asylsuchenden in Bayern für den bevorstehenden Winter belaufen sich auf bis zu 2.000 Personen pro Monat. Damit (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Reformprogramm für die neue Legislaturperiode

Deutschland steht vor drei zentralen Herausforderungen, die die Politik in den nächsten Jahrzehnten bestimmen werden: Die Energiewende, der demografische Wandel und die Staatsverschuldung. Wie diese Aufgaben angegangen werden, werde, so Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, maßgeblich über die Zukunft des Landes entscheiden und darüber, wie der Wohlstand und die Eigenschaften des Sozialstaates erhalten und Wachstum weiter gefördert werden können.

Wie Landsberg in einem Namensbeitrag auf der Verbandshomepage hervorhebt, muss die Politik vor allem einen Weg aus dem Schuldenstaat finden. Bund, Länder und Kommunen seien in Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Täglich müssten dafür fast 170 Millionen Euro Zinsen aufgebracht werden. Trotz eines guten Wirtschaftswachstums und zurückgehender Arbeitslosigkeit kämen die staatlichen Haushalte nicht ohne neue Schulden aus.

So hätten sich die Kassenkredite der Kommunen seit 2005 verdoppelt und den historischen Höchststand von knapp 48 Milliarden Euro erreicht. Seit Ausbruch der Krise Ende 2008 legten sie allein um etwa 15 Milliarden Euro zu. „Besonders brisant an dieser Entwicklung ist, dass sich Kassenkredite – eigentlich zur Überbrückung kurzfristiger Liqui-

den Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden in Deutschland umgewandelt werden. „Die Hilfe sollte also nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf organisiert werden.“

Investitionsstau

In den letzten Jahren hat sich Landsberg zufolge ein Investitionsstau gebildet, den die KfW-Bankengruppe mit 128 Milliarden berechnet hat. Allein der Bedarf in der Verkehrsinfrastruktur erfordere für die Kommunen zusätzliche Mittel von mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Der (Fortsetzung auf Seite 4)

Eingliederungshilfe

Als erster Schritt müssten Städte und Gemeinden – wie angekündigt – von der Eingliederungshilfe für Behinderte (14,4 Milliarden Euro pro Jahr) entlastet werden. Dabei sei sicherzustellen, dass die Entlastungen auch tatsächlich bei den Kommunen ankommen. Unverzichtbar sei eine Föderalismusreform, in der die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet werden.

Dabei sollte zum Beispiel der Solidaritätszuschlag – zurzeit 14 Milliarden Euro pro Jahr – in ei-

Neues von Sabrina

„Traditionslinien sind wichtig“, meint die Vorzimmerperle. Ihr Bürgermeister hält Verbindung mit seinen Amtsvorgängern und ehemaligen Mitarbeitern. Es ist guter Brauch im Rathaus auch das Andenken der verstorbenen Kollegen zu pflegen. Nur wer weiß, woher er kommt, kann wissen, wohin er geht. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

20 Jahre ARGE Geriatrie Bayern: Rehabilitation vor Pflege ...	Seite ... 2
Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Behörden 2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Lokaler Klimaschutz braucht starken kommunalen Akteur ...	3
Deutscher Bädertag: Die Kur im Wandel ...	3
Finanzausgleich 2014 soll Kommunen stärken ...	5
GZ-Fachthemen: EDV · IT · Ausstattung für die Kommunalverwaltung ...	6-8
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen ...	9-10
Kommunaler Bau ...	11-13
Aus den bayerischen Kommunen ...	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landtag geht ans Werk

Plenum setzt 13 Fachausschüsse ein
Dringlichkeit für Energiewende

In seiner vierten Sitzung hat der 17. Landtag die organisatorischen Vorbereitungen mit Einsetzung von 13 Fachausschüssen abgeschlossen und ihre Vorsitzenden nominiert.

Neu ist ein Ausschuss für Gesundheit und Pflege. Gemäß Zusage des CSU-Fraktionschefs Thomas Kreuzer werden die je 18 Mitglieder - nur der Haushaltsausschuss hat 21 - zwar nach der Stärke der vier Fraktionen zusammengesetzt, jedoch so, dass ihre Minderheitenrechte gewahrt bleiben. Im Plenum führten Dringlichkeitsanträge bereits in der Sachfragen. Der Grünen-Antrag, die Windenergie voran zu bringen, zeigte bereits den Schwerpunkt Energiewende an. Deutlich wurde die generelle Absicht, die Kommunen möglichst selbständig an allen Entscheidungen zu beteiligen und finanziell besser auszustatten.

Zugriffsrecht

Die Ausschussvorsitzenden wurden im Plenum bestimmt, brauchen jedoch noch die formelle Wahl in den 13 Gremien. Die Fraktionen hatten wie immer ein Zugriffsrecht nach einer vorbestimmten Reihenfolge. Die CSU blieb als erste beim Haushaltsausschuss, den wieder Peter Winter leiten wird. Florian Herrmann - im Vorfeld als Staatssekretär im Gespräch - lenkt den Innenausschuss. Angelika Schorer (Agrar), Joachim Unterländer (Soziales), Ingrid Heckner (Öffentlicher Dienst), Sylvia Stierstorfer (Petitionen) und Franz Rieger (Europa) nehmen die anderen der Mehrheitspartei zustehenden Ämter ein. Der neben dem Haushaltsausschuss besonders wichtige Wirtschaftsausschuss mit erweiterten Zuständigkeiten war in der CSU-Fraktion in einer Kampfabstimmung wieder Erwin Huber zugesprochen worden. Gar nicht zur Freude Horst Seehofers.

Die SPD blieb weitgehend bei ihren bewährten Vorsitzenden, zum Teil mit geänderten Zuständigkeiten. Im Rechtsausschuss ist es erneut Franz Schindler, im Bildungsausschuss Martin Güll und im Gesundheitsausschuss Kathrin Sonnenholzner. Im Haushaltsausschuss bleibt Volkmars Halbleib als Stellvertreter der Kontrapunkt zu Peter Winter (CSU). Freie Wähler und Grüne stellen je einen Vorsitzenden: Michael Piazzolo im neuen Gremium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Christian Magerl im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz.

Die von allen Fraktionen zu

den Schwerpunkten der künftigen Legislaturperiode erklärte Energiewende kam in einem Dringlichkeitsantrag der Grünen bereits auf die Plenartagesordnung.

Keine Schaffung vollendeter Tatsachen

Für den Neuling Umweltingenieur Martin Stumpfing erste Gelegenheit, sein Fachwissen zu nutzen. Die Staatsregierung solle nach ihren Versäumnissen im alten Landtag bis zur angekündigten Gesetzesänderung über Ort und Höhe neuer Windkraftanlagen keine vollendeten Tatsachen schaffen, wie Seehofer propagierte. Jetzt herrsche für Kommunen, Bürger und Behörden höchste Planungsunsicherheit.

Sie sei schnellstens zu besetzen. Im gleichen Sinn äußerte sich Natascha Kohlen (SPD). Wirtschaftsministerin Ilse Aigner kündigte an, „das Thema Energiewende wird uns gemeinsam noch intensiv beschäftigen“. Die kommunalen Spitzenverbände seien selbst nicht immer auf gleicher Linie. Der von den Freien

Wählern unterstützte Grünen-Antrag wurde abgelehnt.

Eine ganz große Koalition trug den CSU-Dringlichkeitsantrag, eine Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein für die Austragung der XXIV. Olympischen und XIII. Paralympischen Winterspiele 2022 zu unterstützen. Die Grünen setzten entgegen, diese Spiele seien gerade in Zeiten des Klimawandels nicht vertretbar. Sie würden auf künstliche Beschneigung setzen, temporäre Sportanlagen vorsehen und zu einem massiven, kostspieligen Ausbau der Straßeninfrastruktur führen. In namentlicher Abstimmung blieben die Grünen allein auf dem Feld. Jetzt kommt es auf die Bürgerentscheide in München und im Berchtesgadener Land am 10. November an. Fällt nur einer negativ aus, gibt es die Münchner Winterspiele nicht.

Auseinandersetzungen

Die sachliche Ausschussarbeit soll Mitte November beginnen und damit die Zeit, für die alle drei Oppositionsfraktionen harte, aber sachliche Auseinandersetzungen angekündigt haben. Seehofer hatte in der ersten Kabinettsitzung zu mehr Eigeninitiative der Ministerien und der CSU-Fraktion aufgerufen. Den Kommunen sei mehr Raum zu schaffen. Für die Regierungserklärung bleibt es angesichts der Berliner Koalitionsverhandlungen beim Termin etwa ab Mitte November. **rm**

Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Behörden

Von einer deutschen Behörde zu einer Behörde in Deutschland

Täglich haben Mitarbeiter von Städten und Gemeinden Kontakt mit Bürgern anderer Herkunft, Sprache und Kultur. Um den Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft begegnen zu können, ist eine interkulturelle Öffnung der kommunalen Einrichtungen notwendig. Dazu tragen maßgeblich in interkultureller Kompetenz geschulte Mitarbeiter und ein höherer Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund bei. Wie der Prozess einer interkulturellen Öffnung in einer Kommune gelingen kann und welche Erfolgsfaktoren dazu beitragen, damit beschäftigten sich am 11. Oktober in der Volkshochschule Kassel auf Einladung des Bayerischen Volkshochschulverbandes kommunale Mitarbeiter, Personalverantwortliche und interkulturelle Trainerinnen und Trainer aus ganz Deutschland.

Dr. Hubertus Schröder, ehemaliger Leiter des Stadtjugendamtes München und Experte für interkulturelle Qualitätsentwicklung, zeigte in seinem Einführungsvortrag an Hand aktueller Projekte deutscher Städte die Voraussetzungen für eine interkulturelle Öffnung auf. Sie könne nur Erfolg haben, wenn diese von kommunalen Entscheidern gewollt sei und sich in einem entsprechenden Leitbild und einer angemessenen Gesamtstrategie widerspiegeln.

Neue Wege

Am Beispiel der Arbeit des Zukunftsbüros der Stadt Kassel machte die Programmkoordinatorin für das hessische Landesprogramm „Modellregion Integration“, Peggy Niering, das Potential interkultureller Öffnung für alle Bereiche einer Kommune deutlich. Neben erfolgreichem Personalmarketing und Personalentwicklung ergeben sich zudem neue Wege zu bisher schwerer erreichbaren Zielgruppen für die Angebote kommunaler Einrichtungen.

Überzeugende Zukunftsperspektiven

Es wurde deutlich, dass der Prozess zur interkulturellen Öffnung, so sie denn von einer Kommune grundsätzlich befürwortet wird, überzeugende Zukunftsperspektiven birgt. Genannt seien beispielhaft die Kundenzufriedenheit in Verwaltungen und Behörden, die effizientere Nutzung kommunaler Kulturinstitutionen und die Einbindung von Zugewanderten in kommunale Gestaltungsprozesse. Dennoch wird sich der Prozess, etwa aufgrund des vielerorts beschlossenen Einstellungsstopps nur langsam vollziehen können. Erfolg versprechend ist daher insbesondere das Personalmarketing auf der Ebene der Auszubildenden.

20 Jahre Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V.:

Rehabilitation vor Pflege

Auch 20 Jahre nach der Gründung ist das Ziel der „Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern“ aktueller denn je: Durch „Rehabilitation vor Pflege“ die Lebensqualität älterer Menschen erhöhen und der Gesellschaft teure Pflegekosten ersparen. Vorsitzender Richard Bartsch konnte auf eine sehr gute Entwicklung in Bayern verweisen. Die Mitglieder fordern eine Beteiligung der gesetzlichen Pflegeversicherung an den Kosten der Geriatrischen Rehabilitation und hoffen hier auf eine Neuregelung im neuen Bundestag.

20 Jahre nach der Gründung trafen sich die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V.“ wieder am Gründungsort im Konferenzraum der VdK-Landesgeschäftsstelle in München. VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder würdigte die Leistung des ersten Vorsitzenden Hans Sitzmann. Dieser gründete zusammen mit Bezirksrat Richard Bartsch im Oktober 1993 den neuen Verein als trägerübergreifende „Stimme“ zur besseren medizinischen Versorgung alterer Menschen in Bayern.

Wichtige Impulse

Die Geriatrie (Altersheilkunde) muss einen höheren Stellenwert in der Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner bekommen, wurde damals formuliert. Mit den „Bayerischen Geriatrie-Tagen“ hat die ARGE Geriatrie Bayern wichtige Impulse gesetzt. Zwischenzeitlich wird dieser Informationstag vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege organisiert und im Herbst 2014 wieder stattfinden.

Der Sozialverband VdK-Bayern unterstützt auch künftig die ARGE Geriatrie Bayern, kündigte Michael Pausder an.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stand der Sach-



Richard Bartsch. □

standsbericht „Geriatrie in Bayern“ von Referatsleiter Dr. med. Thorsten Opitz, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Heute können in 67 geriatrischen Reha-Einrichtungen mit rund 2.900 Plätzen alterskranke Patientinnen und Patienten versorgt werden. Dazu kommen noch 9 Einrichtungen der ambulanten geriatrischen Rehabilitation mit 143 Plätzen. So ist das Fachprogramm aus dem Jahr 1990 fast flächendeckend umgesetzt.

Versorgungslücke

Mit der Verabschiedung des Fachprogramms „Akutgeriatrie“ im Bayerischen Krankenhausplanungsausschuss im November 2009 wurde eine Versorgungslücke geschlossen. Derzeit stehen in den Bayerischen Krankenhäusern rund 1400 Betten in 56 Akutgeriatrien zur Frührehabilitation

zur Verfügung. Der Aufbau dieser Versorgungsangebote ist noch nicht abgeschlossen.

Ein großes Problem stellt derzeit die unzureichende Vergütung der geriatrischen Rehabilitation durch die Krankenkassen dar. Der Bayerische Gesundheitsminister hatte dazu heuer schon „Runde Tische“ einberufen, an denen auch die Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern mitwirken konnte. Einige geriatrische Reha-Kliniken wurden schon geschlossen und viele Träger stehen vor der gleichen Entscheidung: Defizitäre Einrichtungen schließen oder durch Steuergelder subventionieren.

Neuregelung gefordert

Einhellig forderten die Mitglieder eine Neuregelung der Finanzierung der geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen. Während durch die Behandlungskosten die Krankenkassen finanziell belastet werden, kommt der Erfolg durch eine niedrigere Pflegestufe nach dem Reha-Aufenthalt den Pflegekassen zugute. Deshalb muss in Berlin gesetzlich geregelt werden, dass sich künftig bei der Finanzierung der geriatrischen Rehabilitation auch die gesetzlichen Pflegekassen mit beteiligen müssen.

Vernetzung

In Zukunft wird man sich in Bayern um den Aufbau von Geriatrischen Versorgungsverbänden verstärkt kümmern. Die Vernetzung der unterschiedlichen Hilfeleistungen für alterskranke Patientinnen und Patienten muss aktiv angegangen werden. Darüber hinaus sind die Berufe für die Hilfe und Unterstützung des Lebens im Alter besser dazustellen und zu vergüten. Denn ohne die Fachkräfte können alle Versorgungsangebote für alterskranke Menschen nicht umgesetzt werden, erklärte Bezirkstagspräsident Richard Bartsch als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V. □

Energiesparen und Kosten senken

Durch gezielte Investitionen Kosten sparen: Wie das funktioniert, erklären unabhängige Experten auf der Heim + Handwerk vom 27.11. bis 1.12.2013 in der Messe München. Bei über 900 Ausstellern, davon 200 Aussteller aus dem Bereich „Bau, Ausbau und energetisches Sanieren“, finden die Besucher die passenden Produkte und können mit den Handwerkern die individuelle Umsetzung der Wünsche besprechen.

Energie- und Heizkosten steigen weiter an. Hinzu kommt die Unsicherheit durch die Neuerungen der Energieeinsparverordnung. Welche Änderungen gibt es und was bedeuten sie für das eigene Zuhause? Der ENERGIESPAR-Treff auf der Heim + Handwerk in Halle B2 bietet Vorträge zu aktuellen Themen: Wie wird mein Haus ein Energiesparer? Wieviel Energie lässt sich durch den Austausch von Fenstern einsparen? Für wen lohnt sich ein Mini- oder Mikro-BHKW und wie wird damit Strom erzeugt? Können Flächenheizungen kostengünstig eingebaut werden?

Individuelle Potentiale mit Experten erörtern

Viele Menschen wollen Energie sparen, wissen aber nicht, wo sie anfangen sollen und welche Maßnahme am besten geeignet ist. Schließlich sollen die Sanierungskosten durch die Energieeinsparung im Laufe der Jahre gedeckt werden, damit langfristig Geld gespart wird. In Gesprächen mit unabhängigen Energieberatern auf der Heim + Handwerk können individuelle Einsparpotentiale erörtert werden. Dabei werden die Gegebenheiten des jeweiligen Gebäudes und die staatlichen Fördermöglichkeiten berücksichtigt. In einem Fall kann es ideal sein, das Haus neu zu dämmen und die Fenster zu erneuern. In einem anderen Fall liegt das größte Einsparpotential im Austausch des alten Heizkessels und dem Einbau eines neuen Heizsystems.

Ist die Entscheidung für eine Maßnahme gefallen, finden die Messebesucher bei den Ausstellern in Halle B2 die passenden Produkte zum Sanieren und Modernisieren und können mit den Handwerkern die Umsetzung planen.

Weitere Informationen im Internet unter: www.heim-handwerk.de/berater. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Gumpf
89434 Blindheim
am 19.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Hasenberger
84364 Bad Birnbach
am 7.11.
Bürgermeister Josef Ampßler
87616 Wald
am 9.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Haumer
93345 Hausen
am 11.11.
Bürgermeister Josef Brunner
96484 Meeder
am 15.11.

Bürgermeister
Josef Lamperstorfer
94110 Wegscheid
am 19.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Amend
97846 Partenstein
am 10.11.

Bürgermeister Peter Erhard
82389 Böbing
am 13.11.

Bürgermeister
Dr. Michael Schandler
82275 Emmering
am 18.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Herker
85276 Pfaffenhofen
am 12.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Bädertag in Bad Kissingen:

Die Kur im Wandel

Rund 350 Heilbäder und Kurorte in Deutschland bieten kranken Menschen die Möglichkeit zu Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation. Dabei spielen natürliche Heilmittel – etwa Wasser oder das Klima – eine große Rolle. Allerdings üben Krankenkassen heute mehr Zurückhaltung, wenn es um die Bewilligung von Kuren geht, betonte der Präsident des Deutschen Heilbäderverbandes (DhV), Ernst Hinsen, beim diesjährigen Deutschen Bädertag in Bad Kissingen. Jährlich würden rund 3,5 Millionen Anträge gestellt, davon werden 700.000 geprüft. Von den geprüften Anträgen wiederum würden 39 Prozent abgelehnt.

Beim Deutschen Bädertag stand das Branchenthema „Burnout“ neben einer Innovations-Offensive für die deutschen Heilbäder und Kurorte und der baldigen Neufassung des Präventionsgesetzes im Mittelpunkt des Fachkongresses. Hinsen forderte mehr Prävention im Gesundheitswesen: „Durch Prävention wären zum Beispiel viele Operationen vermeidbar. 2011 wurden in Deutschland 15 Millionen Operationen durchgeführt. Das sind 25 Prozent mehr als 2005.“ Der Präsident bedauerte das Scheitern des Präventionsgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages.

Themenvielfalt

Die Vorträge und Fachgespräche in Bad Kissingen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft reichten vom I-Pad bis zum Rollator und repräsentieren die Themenvielfalt des deutschen Bäderwesens. Parallel dazu fand eine öffentliche Informationsmesse statt. In der Podiumsdiskussion rund um das Thema Burnout wurden die Hilfestellungen der Heilbäder und Kurorte gemeinsam mit Medienvertretern und Experten diskutiert. Dabei wurde auch die wichtige Frage diskutiert, wie die modern aufgestellten Heilbäder und Kurorte in Deutschland mit speziellen Heilmitteln helfen – und -verfahren können.

Wachstumsorientierung

In ihrer Festrede belegte Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml anhand von Zahlenmaterial, wie hervorragend aufgestellt, wachstumsorientiert und zukunftsicher die bayerische Gesundheitswirtschaft ist. Mit annähernd 47 Milliarden Euro Jahresumsatz, rund 875.000 Beschäftigten und einer Wachstumsrate, die mit 5 Prozent doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt, sei man deutschlandweit Spitzenreiter. „Unsere Gesundheitswirtschaft ist ein Wachstumstreiber mit gewaltigem Wertschöpfungs- und Innovationspotenzial“, erklärte Huml.

Wirtschaftsfaktor

Ein starker Teil der bayerischen Gesundheitswirtschaft seien die Kurorte und Heilbäder. Bayern könne mit 47 hochprädiagnostierten Kurorten und Heilbädern sowie über 300 Luftkur- und Erholungsorten punkten. Mit über 20 Millionen Übernachtungen stellen sie auch einen erheblichen wirtschaftlichen Faktor im Gesundheitssektor dar. Dies entspreche einem Anteil von 30 Prozent aller Übernachtungen im Freistaat.

Dank eines hervorragenden medizinischen und strukturellen Angebotes erzielten bayerische Kurorte und Heilbäder einen Bruttoumsatz von 3,7 Milliarden Euro pro Jahr. Als zentrale Säule des Gesundheitswesens seien in diesem Bereich 82.000 Arbeitsplätze angesiedelt, die gerade auch für den ländlichen Raum unverzichtbar sind. Zudem leisteten die Kurorte und Heilbäder mit ihrer medizinischen Kompetenz einen wesentlichen Beitrag zur medizinischen Versorgung

im ländlichen Raum. So könne eine ambulante Kur beispielsweise auch vor Ort angetreten werden.

Mit Blick auf aktuelle Herausforderungen nannte Huml einerseits die Kosten, andererseits den Rückgang der ambulant verordneten Badekuren. Kuren würden immer weniger und kürzer verordnet. Seit den 1990er Jahren sei bei den ambulanten Badekuren ein dramatischer Einbruch von etwa 90 Prozent zu verzeichnen. In absoluten Zahlen ausgedrückt stelle dies einen Rückgang von 900.000 im Jahr 1996 auf nur noch 80.000 Badekuren im Jahr 2010 dar.

Engagement

Allerdings gibt es Ministerin Huml zufolge auch eine gute Nachricht: Für die Menschen hierzulande werde der Erhalt der eigenen Gesundheit zunehmend wichtiger – sie engagierten sich zunehmend dafür. Kurorte und Heilbäder böten ein Wohlfühl- und Entspannungsprogramm, zusammen mit ärztlicher und therapeutischer Kompetenz.

Strukturwandel

Um den notwendigen Strukturwandel zu unterstützen, habe das bayerische Gesundheitsministerium das Förderprogramm zur „Steigerung von Maßnahmen der medizinischen Qualität von Kurorten und Heilbädern“ aufgelegt, das bis 2014 über eine Mittelausstattung von insgesamt 10 Millionen Euro verfügt. Antragsberechtigt seien 47 hochprädiagnostierte Kurorte und Heilbäder sowie zehn anerkannte Heilquellen- und Moorkurbetriebe in Bayern. Sowohl das Programm als auch die dazugehörigen Richtlinien wur-

den in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Heilbäderverband erarbeitet.

Ziel des Förderprogramms ist laut Huml eine Steigerung der medizinischen Qualität durch eine systematische Ausrichtung auf medizinische Zukunftsthemen, die Erschließung neuer Gästekreise und die Verbesserung der ambulanten Kuren. Inzwischen seien die Förderrichtlinien aktualisiert worden: Auch eine Förderung von Infrastrukturmaßnahmen wie der Neu- oder Umbau von Gebäuden sei nunmehr möglich. Darüber hinaus könnten seit August dieses Jahres auch andere Gebietskörperschaften, Verbände und sonstige Institutionen, deren Aktivitäten Zweck und Inhalt der Förderrichtlinien verfolgen, Fördermittel beantragen. Nach Humls Worten ist das Programm attraktiv und werde gut angenommen. So lägen bei der Bayerischen Gesundheitsagentur bereits 38 Anträge für das Förderprogramm vor.

Prävention

„Mein Ziel als Gesundheitsministerin ist es, der Kur wieder einen angemessenen Stellenwert in der Prävention einzuräumen. Ich sehe darin einen wichtigen Schritt für Gesundheit und Lebensqualität bis ins hohe Alter, aber auch um Kosten im Gesundheitswesen zu sparen“, führte Melanie Huml weiter aus. Kurorte und Heilbäder hätten eine schwierige Zeit hinter sich und müssten auch künftig Herausforderungen begegnen.

In diesem Zusammenhang nannte die Ministerin folgende Lösungsansätze:

- Auf den Strukturwandel und die gewachsenen Ansprüche der Gäste eingehen – Top-Qualität ist heute ein Muss.
- „Medical Wellness“ beim Wort nehmen. Nur wenn sich der Gast wirklich wohl fühlt, kommt er wieder.
- Neue Gästekreise erschließen. Als künftig größte Bevölkerungsgruppe haben die Menschen der Altersgruppe 50plus vor allem ein Ziel – nämlich im Alter fit und gesund zu bleiben.
- Medizinische Zukunftsthemen wie Burnout oder Allergien auf-

Jahrestagung 2013 „Archäologie in Bayern“ in Erding:

Was war, was kommt!

Die Stadt Erding gilt als eine der vorbildlichsten Kommunen Bayerns, die Denkmalerhaltung und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringt. Die Ausgrabung der Bodendenkmäler als einzigartige Zeugnisse der bayerischen Geschichte steht dabei nur am Anfang. Sie findet in Bayern in unmittelbarer Verantwortung des jeweiligen Veranlassers statt, so dass die Dokumentation der Ausgrabung zuverlässig nach heutigen Standards erfolgt. Diese Ergebnisse auszuwerten und für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, ist in vielen Fällen ein ungelöstes Problem - jedoch nicht in Erding. Beispielhaft ist hier das interdisziplinäre Projekt „Erding im ersten Jahrtausend“.

Bei der Jahrestagung „Archäologie in Bayern“, veranstaltet vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, der Stadt Erding und der Gesellschaft für Archäologie in Bayern e.V., wurden die ersten Ergebnisse dieser Kooperation präsentiert, so zum Beispiel der spektakuläre frühmittelalterliche Sattel aus Aufhausen-Bergham. Über 400 Archäologen – von Wissenschaftlern und Experten bis hin zu ehrenamtlichen Hobbyforschern – nahmen an der dreitägigen Veranstaltung teil. Die Schirmherrschaft hatte ihre Königliche Hoheit Herzog Franz von Bayern übernommen.

Große Vielfalt an Vortragsthemen

Der Bogen an Vorträgen spannte sich von der späten Altsteinzeit in Nordbayern über eine römische Malzdarre (zur Her-

stellung von Bier oder Whisky?) aus dem Nördlinger Ries bis zu den Tonpfeifen des 18. Jahrhunderts aus Erding.

Renommierte Experten für verschiedene Epochen

Mehrere Vorträge widmeten sich der Spätantike und dem frühen Mittelalter im Münchener Umland, zudem beschäftigte sich der Festvortrag des renommierten Münchner Landeshistorikers Prof. Dr. Dieter Weiß mit den Beziehungen der „Herzogstadt Erding“ zum Hause Wittelsbach. Auch wurde zum Empfang in das Museum Erding geladen. Dort bestand Gelegenheit, die neu konzipierte vor- und frühgeschichtliche Abteilung zu sehen. Bei der Bus-Exkursion am letzten Veranstaltungstag konnten schließlich wichtige Denkmäler im Landkreisgebiet besichtigt werden.

GZ

Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

in seinem Kommentar zum Weltklimabericht warnte der Autor Detlef Esslinger in der Süddeutschen Zeitung jüngst davor, dass wir Politiker zu sehr auf unser Gespür für die öffentliche Meinung hören. Ihn beunruhigt, dass wir mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Energiewende befürworten - die Menschen aber zugleich im Glauben lassen, dass ein paar Windräder und Solarzellen schon ausreichen.

Darum lassen wir uns in Rosenheim nicht an installierten Sonnenkollektoren messen, auch nicht an ausgebaute Windkraftleistung, sondern ausschließlich an der Menge Kohlendioxid, die

Lokaler Klimaschutz braucht einen starken kommunalen Akteur

wir tatsächlich einsparen. Für das Jahr 2025 wollen wir unsere Stadt - den Straßenverkehr ausgenommen - CO2-neutral mit Energie versorgen.

Um den Klimaschutz in einer Mittelstadt wie Rosenheim mit rund 60.000 Einwohnern voranzubringen, braucht es einen starken kommunalen Akteur. Bei uns sind das die Stadtwerke. Mit einem öffentlichen Mehrspartenanbieter können Städte und Gemeinden ihre ureigene Stärke auspielen: Im Querverbund über Strom, Gas und Fernwärme lässt sich nämlich effektiv Energie einsparen und damit andernorts in Deutschland sogar schmutziger Kohlestrom ersetzen.

Mehr als die Hälfte unserer Energie verbrauchen wir hierzulande für Raum- und Prozesswärme. Zugleich könnten wir mit der Abwärme der deutschen Kraftwerke rechnerisch das ganze Land heizen. Stattdessen lassen wir diese Wärme nahezu ungenutzt verpuffen. Darum produzieren wir Energie in Kraft-Wärme-Kopplung - und verfügen als Mehrspartenanbieter auch über die Infrastruktur, um Strom und Wärme bis zum Kunden zu bringen. Zum Glück mussten wir dazu nicht bei Null anfangen. Bereits in den 1950ern wurde in Rosenheim damit begonnen, ein städtisches Fernwärmenetz zu

errichten. Seit 1964 gewinnen wir durch Müllverbrennung Energie aus Abfall.

Neben dem Fernwärmeausbau investieren wir über unsere Stadtwerke in modernste Gasmotoren, die in Kraft-Wärme-Kopplung 90 Prozent der im Brennstoff enthaltenen Energie nutzen. Dank der Schnellstartfähigkeit solcher Motoren können wir in Rosenheim jederzeit dann Strom produzieren, wenn er besonders wertvoll ist, also wenn an Deutschlands Küsten Windflaute herrscht und bei uns

im Süden der Himmel bedeckt ist. Diese Technik erlaubt es somit auch kleinen Versorgern, innerhalb von Minuten auf die Lage am Strommarkt zu reagieren und dann auch noch effizienter Energie zu produzieren als die großen Stromkonzerne.

Wärmespeicher ergänzen unser kommunales Energiesystem. Sie liefern Wärme, wenn grüner Strom den Markt flutet und wir unseren Strombedarf aus dem Netz decken. Und sie speichern Wärme, wenn wir Strom selbst produzieren und die abfallende Wärme nicht sofort gebraucht wird.

Selbstverständlich gelingt eine lokale Energiewende nicht dauerhaft, ohne dass regenerative Energiequellen erschlossen werden. So investieren wir in Rosenheim in Forschung und Entwicklung. Wir setzen hierbei auf den nachwachsenden Energieträger, der in der Holzstadt Rosenheim eine lange Tradition hat.

Dabei vergasen wir das Holz zunächst und verbrennen das gewonnene Holzgas in einem Motor, der damit Strom und Wärme erzeugt. Das Besondere an diesem Verfahren ist, dass mit der gleichen Holzmenge doppelt so viel Strom erzeugt werden kann wie mit konventioneller Holzverbrennung. Die bisherigen Verfahren sind aber heutzutage nicht mehr einsetzbar. Deshalb haben wir 2006 die Technologie aus eigener Kraft vorangetrieben und selbst Holzvergaser entwickelt. Wir haben uns seinerzeit das Ziel gesetzt, 2016 eine wirtschaftliche Anlage im Regelbetrieb einzusetzen. Bis heute liegen wir gut im Zeit- und Kostenplan.

Mit unserem Energiekonzept erheben wir nicht den Anspruch, eine Blaupause für andere Kommunen zu liefern. Aber unser Weg ist ein Beispiel, dass Städte und Gemeinden ihre ganz eigenen Stärken für den Klimaschutz einbringen können - wenn sie sich trauen.

Ihre Gabriele Bauer
Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

greifen und entsprechende Angebote herausarbeiten.

Das Gesundheitsprofil schärfen. Ein erfolgreiches Selbstmarketing ist kein Luxus, sondern essenziell. **DK**

chologische Jahr in Bayern 2012“, der jüngste Jahresbericht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege und der Gesellschaft für Archäologie in Bayern. Zum anderen das Buch „Stadt und Landkreis Erding – Ausflugsziele an Isar, Sempt, Isen und Vils“. Ein Führer zu historischen Bauten und archäologischen Denkmälern in und um Erding. Enthalten sind 41 Ausflugsziele, vier Wanderungen und ein Überblick über die Museen in der Region.

Historischen Wert von Bodendenkmälern erkennen

Wie der Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Professor Egon Greipl, unterstrich, sei die Auswahl des Tagungsorts nicht ganz zufällig gewesen. Generell sei der Erhalt von Bodendenkmälern schwerer zu vermitteln als der von Baudenkmalen. In Erding sei das anders: „Hier werden Bodendenkmäler und ihr historischer Wert erkannt.“ **DK**



Landrat Thomas Karmasin bei der 25. Plenarsitzung des KGRE in Straßburg

Landrat Thomas Karmasin nahm in seiner Funktion als stellvertretendes Mitglied der deutschen Delegation im Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa (KGRE) an der 25. Plenarsitzung des KGRE in Straßburg teil.

Der 1994 eingerichtete KGRE ist die institutionelle Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der 47 Mitgliedstaaten des Europarates. Aktuell gehören dem KGRE 318 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter aus den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten an. Der Kongress trifft sich für zwei Plenartagungen pro Jahr in Straßburg (Frankreich). Die deutsche Delegation im KGRE besteht aus 18 direkten Vertretern und 18 Stellvertretern, wobei jeweils neun auf die Länderseite und auf den kommunalen Bereich entfallen. Landrat Thomas Karmasin ist auf Vorschlag des Deutschen Landkreistags seit Beginn der neuen Mandatsperiode des KGRE im Oktober 2012 für vier Jahre bis 2016 stellvertretendes Mitglied im Kongress. Karmasin ist zudem Mitglied im Fachausschuss „Current-Affairs“. **□**

Reformprogramm...

(Fortsetzung von Seite 1)

Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom Oktober 2013, der einen Investitionsfonds vorsieht, sei ein Schritt in die richtige Richtung, wenn sichergestellt werde, dass auch die kommunale Infrastruktur von diesem Investitionsfonds profitiert. Auch die flächendeckende Erschließung mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz gehöre zur notwendigen Infrastrukturoffensive.

Notwendig sei weiterhin, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu modifizieren, so dass sich der Bund etwa beim notwendigen Ausbau der Ganztagschulen und den Bildungsangeboten vor Ort dauerhaft finanziell engagieren kann. „Ohne diese Hilfe des Bundes werden wir den Weg in die Bildungsrepublik nicht finden“, betont der DStGB-Geschäftsführer.

Ob bessere Straßen, mehr Erzieher und Ordnungsbeamte oder Ganztagsbetreuung an Schulen: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten immer mehr Leistungen des Staates. Ohne eine Einnahmeverbesserung werde all dies nicht realisierbar sein, prognostiziert Landsberg. Ein wichtiger Baustein sei hier die längst überfällige Reform der Grundsteuer. Die Bezugszeitpunkte der Bemessungsgrundlage von 1935 bzw. 1964 seien schlichtweg nicht mehr zeitgemäß, da sie sich zum Teil extrem weit von den realen Werten der Grundstücke entfernten haben.

Bei der Grundsteuer, deren jährliches Aufkommen derzeit etwa zehn Milliarden Euro beträgt, müsse die anstehende Reform zu einer Erhöhung des Aufkommens

führen, „zumal die deutsche Grundsteuer im internationalen Vergleich sehr niedrig ist und der Bundesfinanzhof eine stärkere Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes angemahnt hat“.

Bei den Einnahmeverbesserungen erwartet der Deutsche Städte- und Gemeindebund außerdem eine weitere Stärkung der Gewerbesteuer. Dazu zählen die Erweiterung der Bemessungsgrundlage und die Einbeziehung von Selbstständigen. Sowohl das Umsatzsteuersystem als auch das Steuersystem insgesamt muss nach Landsbergs Einschätzung deutlich vereinfacht werden. Mit dem Schließen von Steuerschlupflöchern sollte zugleich eine Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils verbunden werden, damit die Kommunen mehr investieren und auch mittelfristig ihre Ausgaben aus den Einnahmen finanzieren können, ohne immer neue Schulden aufnehmen zu müssen.

Auf der Ausgabeseite wiederum müsse sich das Bewusstsein durchsetzen, dass in einer alternden Gesellschaft nicht immer weniger Junge für immer mehr Ältere auch noch bessere und höhere Leistungen finanzieren können. Hier müsse eine Reform ansetzen, die langfristig das Sozialsystem sichert.

Laut Landsberg gibt es in Deutschland 152 familienpolitische Leistungen in unterschiedlichster Höhe und unterschiedlichster Zielrichtung mit einem Gesamtvolumen von 123 Milliarden Euro pro Jahr zuzüglich ehebezogener Leistungen in Höhe von 73 Milliarden Euro jährlich.

„Anstatt hier immer neue Leistungen zu beschließen, sollten diese besser aufeinander abgestimmt und das Sozialdickicht gelichtet werden. Es müssten endlich klare Zielsetzungen definiert werden, um die Sozial- und Familienpolitik nach einheitlichen Kriterien neu zu ordnen.“

Das Reformwerk werde schließlich auch nicht ohne stärkere Eigenverantwortung und Eigenvorsorge funktionieren, stellt der Geschäftsführer fest. So seien – auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – bessere Rahmenbedingungen und Anreize erforderlich, damit die Menschen in größerem Umfang selbst für Alter und Pflege Sorge betreiben. Zudem sollte die Bereitschaft, über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, gefördert werden. Erforderlich seien neue Arbeitszeitmodelle, die den Interessen der Menschen, aber auch der Sicherung ihres Wohlstandes gerecht werden.

Ein Schwerpunkt staatlicher Ausgaben sollte sich auf Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich sowie in die Infrastruktur konzentrieren. „Diese müssen Vorrang vor höheren Transferleistungen haben, deren stetige Erhöhung oder Neueinführung sich als vermeintliches Lösungskonzept für mehr soziale Gerechtigkeit nicht bewährt hat.“

Bei der Umsetzung der Energiewende sei wiederum mehr Marktwirtschaft erforderlich, verdeutlicht Landsberg. Denn nur so könne sichergestellt werden, dass die Preise nicht völlig aus dem Ruder laufen und die dramatisch schwindende Zustimmung zur Energiewende in der Bevölkerung nicht weiter abnimmt.

Notwendig sei die Überarbeitung des Fördermechanismus.

Die Förderung müsse den Netzzugang und auch die regionale Verteilung berücksichtigen. Es ergebe keinen Sinn, erneuerbare Energieanlagen mit Steuergeldern zu subventionieren, wenn deren Strom in absehbarer Zeit nicht in ein tragfähiges Netz ein-

gespeist oder wegen der jeweiligen regionalen Situation nicht verwendet werden kann. Auch müsse der Netzausbau konsequent vorangetrieben werden. Die Betreiber konventioneller Kraftwerke benötigten Investitionssicherheit. DK

Gemeinde 2030...

(Fortsetzung von Seite 1)

nige Bürger der kreisangehörigen Gemeinden Unmut; 68 % der Bürger haben Vertrauen in ihre Stadt- und Gemeindeverwaltung.

Das Interesse für das politische Geschehen vor Ort, im Land und im Bund ist bei den Bürgern der kreisangehörigen bayerischen Städte und Gemeinden recht ausgeprägt und die Mehrheit der Befragten fühlt sich auch über das, was vor Ort geschieht, ausreichend informiert.

Ausgeprägtes Interesse

Das ausgeprägte Interesse für das politische Geschehen spiegelt sich auch in der Bekanntheit der politischen Akteure vor Ort (Bürgermeister bzw. Gemeinderatsmitglieder) wieder, die jeweils einer Mehrheit der Befragten bekannt sind.

Wichtige Aufgaben, die nach Ansicht der Bürger für die Zukunft der Stadt bzw. Gemeinde von Bedeutung sein werden, sind nach Ansicht der bayerischen Bürger der kreisangehörigen Gemeinden ein gutes Bildungs- und Betreuungssystem, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie eine gute Gesundheitsversorgung. Letzteres ist für die Bewohner kleinerer Städte und Gemeinden (bis 20.000 Einwohner) von noch etwas höherer Priorität als für die Bewohner größerer Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Eine Ausweitung der Mitwirkungsrechte oder eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hat im Vergleich für die befragten Bürgerinnen und Bürger eine eher untergeordnete Priorität. Über die Hälfte der Bürger meint, dass bei politischen Entscheidungsprozessen in der Stadt bzw. Gemeinde die Interessen aller Schichten und Gruppen in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Wenn bestimmte Gruppen bevorzugt werden, dann sind das nach Meinung der Befragten eher privilegierte Schichten oder Wirtschaftsunternehmen.

Mit den Möglichkeiten, die die Städte bzw. Gemeinden zur Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen anbieten, zeigt sich eine Mehrheit der Befragten ebenfalls zufrieden. Dennoch wünscht sich eine kleine Mehrheit der Befragten trotz aller Zufriedenheit mit den Beteiligungsangeboten ihrer Stadt bzw. Gemeinde, dass mehr Entscheidungen als heute von den Bürgern selbst in Bürgerentscheiden oder Volksabstimmungen getroffen werden sollten. Sollte es allerdings zu allen wichtigen Themen in der Gemeinde Bürgerentscheidungen geben, dann würde sich über ein Drittel der Bürger nicht beteiligen wollen, da sie es für ausreichend halten, alle sechs Jahre ihre Vertreter in Stadt- bzw. Gemeinderat zu wählen.

Zu den Umfrageergebnissen äußerte sich Gemeindegatspräsident Brandl wie folgt: „Bayerns Bürgerinnen und Bürger stellen den Kommunalvertretern ein großartiges Zeugnis aus. Die lokale Politik wird den Ansprüchen der Bevölkerung gerecht und sorgt für allgemeine Zufriedenheit. Auch zukünftig werden Bayerns Gemeinden und Städte alle Kraft darauf verwenden, weiterhin optimale Dienstleister für ihre Bürger zu sein. Das ist Auftrag und Ansporn zugleich.“

Mit der „Mitmachgesellschaft

der Zukunft“, einer Herausforderung für die Kommunalpolitik, befasste sich der bekannte Zukunftsforscher Prof. Dr. Horst W. Opaschowski. Seine These: „Wenn die aktivierende Kommunalpolitik in den nächsten Jahren ihre Hausaufgaben macht, kann in naher Zukunft aus der Anspruchs- eine Mitmachgesellschaft werden – dann allerdings mehr in ländlichen Regionen als in urbanen Zentren. Und aus der Landflucht wird wieder die Stadtfucht, wenn die urbane Lebensqualität auf Dauer nicht mehr gewährleistet ist und der Urbanität das ökonomische Fundament und der finanzielle Spielraum entzogen wird, also Schwimmbäder schließen, Theater zur Disposition stehen und für Kinderspielflächen und soziale Brennpunkte immer weniger Geld zur Verfügung steht.“

Soziales Umfeld

„Wie weit werden die Bürger bereit und in der Lage sein, sich mehr als bisher selbst zu helfen und von der Abhängigkeit des ‚Übervaters Staat‘ zu befreien?“, ist nach Opaschowskis Überzeugung eine zentrale Frage. Hierbei spielt nach seinen Worten das soziale Umfeld eine zentrale Rolle. In Großstädten und Ballungszentren sei die Bereitschaft zum Engagement am geringsten, auf dem Land hingegen am größten. Hier habe das Nahmilieu von Familie und Nachbarschaft eine traditionell höhere Bedeutung. Die Landbewohner seien näher an den Problemen, sie übten auch mehr ehrenamtliche Tätigkeiten als die Großstädter aus.

Opaschowski zufolge müssen Politik und Planung im 21. Jahrhundert von folgenden zehn Prioritäten ausgehen:

1. Mehr Lebensqualitätsverbesserung als Lebensstandardsteigerung
2. Mehr Wohnflächenwachstum als Bevölkerungswachstum
3. Mehr Innenstadtförderung als Bauen auf der grünen Wiese
4. Mehr Hausgemeinschaften als Wohngemeinschaften
5. Mehr Lebenskonzepte als Bauprojekte
6. Mehr Lebensstilmitte als Wohnungskauf
7. Mehr Nachbarschaftshilfe als Sozialamtshilfe
8. Mehr Servicewohnen als betreutes Wohnen
9. Mehr ambulante Dienste als stationäre Pflege
10. Mehr Wohnen daheim als Einweisung ins Heim.

Abgerundet wurde der Themenkomplex „Kommunale Megatrends“ von einer Podiumsdiskussion, an der neben Güllner und Opaschowski der Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Alfred Gaffal, Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl sowie die Erste Bürgermeisterin der Stadt Geretsried, Cornelia Imer, teilnahmen.

Hohe Wettbewerbsfähigkeit

Wie vbw-Präsident Gaffal erläuterte, stehen im Jahr 2013 Bayern und Deutschland wirtschaftlich gut da. Die Unternehmen hätten sich eine hohe weltweite Wettbewerbsfähigkeit erarbeitet und konnten sich dazu auf gute Standortbedingungen stützen. Hierzu habe die Agenda 2010 aus dem Jahr 2003 maßgeblich beigetragen.

Um international wettbe-

werbsfähig zu bleiben und das hohe Beschäftigungsniveau weiter zu erhöhen, müsse die Politik sich jetzt auf die wesentlichen Felder konzentrieren und die Weichen richtig stellen, so Gaffal. Hierzu habe die vbw eine „Agenda 2020“ erarbeitet. Bis 2020 müssten die Infrastruktur mit den Schwerpunkten Verkehr, Energie und Kommunikation sowie Arbeit und soziale Sicherung, Steuern, Bildung und Innovationen die Schwerpunkte des politischen Handelns bilden.

Über die Frage „Neue Wege der Bürgerbeteiligung – Was können die Gemeinden tun?“ diskutierten im Anschluss Stefan Albat von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Birkel, Sebastian Frankenberger von Mehr Demokratie in Bayern e.V. und Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführender Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags.

Barrierefreiheit

Ein weiteres Forum befasste sich mit dem Thema „Die Alten auf dem Vormarsch – Gemeinden gestalten aktiv den demografischen Wandel“. Teilnehmer waren Prof. Dr. Stefan Pohlmann von der Hochschule München, Sabine Weng, Leiterin der Koordinationsstelle Wohnen im Alter, Friedrich Seitz, Ministerialdirektor des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung und Erster Bürgermeister Reinhold Streng, Gemeinde Langenfeld. Sabine Weng plädierte für „barrierefreien Wohnraum in der Ortsmitte und passgenaue soziale Lösungen“. Prof. Pohlmann zufolge gibt es keine Standardlösung beim Thema Wohnen im Alter. Entscheidend sei letztlich, dass der alte Mensch entsprechende Entscheidungen selbst fallen kann.

Ein Musterbeispiel der generationenübergreifenden Kommunikation und Solidarität im Dorf stellt das Mehrgenerationenhaus Dorflinde in der mittelfränkischen Gemeinde Langenfeld dar. Nur durch Beharrlichkeit seitens der Gemeinde und durch die Unterstützung einer lebendigen Bürgerschaft konnte ein solches Projekt umgesetzt und mit Leben gefüllt werden, verdeutlichte Erster Bürgermeister Reinhold Streng. Bewusst wurde alte Bausubstanz im Ortskern saniert, um das Dorfkernzentrum zu stärken. Ein Team aus ca. 50 ehrenamtlichen Mitarbeitern koordiniert sämtliche Angebote.

Lösungsmöglichkeiten

Laut Streng steht man vor der baulichen Umsetzung des Mehrgenerationen-Wohnprojekts mit professionell geführter Tagespflege. Gedanklich beschäftigte man sich bereits mit Lösungsmöglichkeiten autonomer Wohngruppen für demenzkranke und pflegebedürftige Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen an die Dorflinde angegliedert werden sollen.

In der Gemeinde Langenfeld wurde ganz bewusst ein neuer Weg gewählt, um dem demografischen Wandel im Dorf zu begegnen und mit neuen Strukturen den Dialog zwischen den Generationen zu fördern und auszubauen. Vorbildlich ist die konsequente Anpassung und Weiterentwicklung der Infrastruktur auf die Bedürfnisse der kommenden Generationen.

Den Schlusspunkt bildeten fünf Fachforen, die sich unterschiedlichsten Themen widmeten: Neben der Diskussion über die Breitbandförderung in Dörfern sowie Gerechtigkeitlücken im kommunalen Finanzausgleich standen erste Einblicke in das Geschäftsordnungsmuster 2014 ebenso auf der Agenda wie die RZWas 2013. Trends im Bestattungswesen rundeten das umfangreiche Kongressprogramm ab. DK

Thema Asyl schlägt...

(Fortsetzung von Seite 1)

wird ein Niveau wie Mitte der 1990er Jahre erreicht. Die derzeitige Struktur, Platzzahl und Ausstattung der Unterbringungsmöglichkeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Bayern bleiben jedoch hinter den seinerzeitigen Kapazitäten weit zurück und reichen für den stetig wachsenden Zustrom nicht aus. Auch die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung durch die Landratsämter sind vielfach erschöpft. Im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung der anstehenden Aufgaben sind gemeinsame Anstrengungen von Staat, Kommunen und Bevölkerung erforderlich.“

Die bayerischen Landräte fordern die Staatsregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es müssen kurzfristig zusätzliche Kapazitäten in weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel geschaffen werden, die Aufnahmekapazitäten dauerhaft zu erhöhen.
2. Bund und Freistaat werden dringend aufgefordert, möglichst kurzfristig für eine Nutzung leer stehender Immobilien, z. B. Kasernen, als Gemeinschaftsunterkünfte zu sorgen. Von allen Beteiligten, namentlich der Immobilien Freistaat Bayern, den Regierungen und den Kommunen wird erwartet, dass geeignete Objekte in ausreichender Zahl als Asylbewerberunterkünfte nutzbar gemacht werden. Die Möglichkeiten von Unterkünften in Modulbauweise und der Betrieb durch Dritte gegen Kostenerstattung sind verstärkt zu nutzen.
3. Die Wahrung des Grundrechts auf Asyl erfordert ein zügiges Asylverfahren. Dazu müssen alle beteiligten Stellen umgehend mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Das gilt besonders für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Regierungen und die staatlichen Stellen an den Landratsämtern.

4. Asylbewerber, die keine hinreichende Aussicht auf ein Blei-

berecht haben, sind vorrangig in Erstaufnahmeeinrichtungen und nicht dezentral unterzubringen.

5. Die soziale Betreuung für Asylbewerber bei dezentraler Unterbringung ist deutlich auszuweiten. Die Landräte fordern, diese Betreuungsaufgabe in eigener Zuständigkeit erfüllen zu können. Die entstehenden Kosten sind vom Freistaat zu erstatten. In Herzogenaurach kritisierten die Landkreisleitenden den schleppenden Ausbau des schnellen Internets. Zwar liege ein 500 Millionen Euro umfassendes Förderprogramm für den Breitbandausbau auf; jedoch wurden Kreidl zufolge seit Dezember 2012 gerade einmal fünf Millionen Euro abgerufen. Nur zwei Anträge seien genehmigt worden. Das von der EU vorgegebene Antragsverfahren sei viel zu kompliziert. Vom neuen Heimatminister Markus Söder erwarten die Landräte eine deutliche Vereinfachung. Der Ausbau der überregionalen Glasfaserverbindungen müsse außerdem Staatsaufgabe werden.

Attraktives Gemeinwesen

Auf die Bedeutung lebendiger und leistungsfähiger Kommunen für ein attraktives Gemeinwesen konzentrierte sich schließlich Kommunalstaatssekretär Gerhard Eck in seinem Vortrag: „Wir wollen die Selbständigkeit und Leistungskraft unserer Kommunen noch weiter stärken. Deswegen soll sich der Staat noch mehr auf seine Kernaufgaben beschränken und – wo sinnvoll – zielgerichtet Aufgaben auf die Kommunen delegieren. Was durch die Kommunen bürgerlicher und sinnvoller erledigt werden kann, soll auch durch die Kommunen erledigt werden.“

Für Eck ist es auch selbstverständlich, dass der Freistaat die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln ausstattet. Daher hat die Bayerische Staatsregierung auch die jüngste Änderung

der Bayerischen Verfassung über die Finanzausstattung der Kommunen nachdrücklich unterstützt. „Der Anspruch der Gemeinden und Gemeindeverbände auf eine angemessene Finanzausstattung steht jetzt klar in unserer Verfassung. Ein starker Freistaat braucht starke Kommunen und starke Kommunen brauchen eine gute Finanzausstattung.“

Finanzielles Fundament der Kommunen

Nach Ecks Worten zeigt sich die Stärkung des finanziellen Fundaments der Kommunen deutlich auch im kommunalen Finanzausgleich 2013. Insgesamt erhielten die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke mehr als 7,8 Milliarden Euro. Die reinen Landesleistungen würden um 539 Millionen Euro erhöht, was einen Anstieg um 7,9 Prozent bedeutet. Eck: „Und wir streben an, die Leistungen des Freistaats an die Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich auch künftig auf einem hohen Niveau zu halten. Zugleich wollen wir klare Signale für strukturschwächere Kommunen und für Investitionen setzen.“

Das klare Bekenntnis Bayerns zur Stärkung kommunaler Belange gerade auch im ländlichen Raum zeige auch die Einrichtung eines neuen Ministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, so der Staatssekretär. Auch sei die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – in Stadt und Land – zum Staatsziel erhoben worden. „Eine Staatszielbestimmung ist kein Lippenbekenntnis, sondern bindendes Verfassungsrecht, das von allen Staatsorganen zu beachten ist“, erklärte Gerhard Eck. „Hieran sind die Handlungen von Staat und Kommunen zu messen. Hier ziehen die bayerischen Landkreise und die Bayerische Staatsregierung an einem Strang.“ DK

Finanzausgleich 2014 soll Kommunen stärken

Von Bernd Buckenhofer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags

Nach der Neukonstituierung des Landtags und der Kabinettsbildung sehen die kommunalen Spitzenverbände den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2014 gespannt entgegen. Insbesondere die Aufnahme des Anspruchs der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Bayerische Verfassung erfordert konkrete Maßnahmen.

Während im vergangenen Jahr die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich bereits vor der Sommerpause abgeschlossen waren, ist heuer frühestens im Dezember mit Ergebnissen zu rechnen. Bis wann die vorläufigen Schlüsselzuweisungen den Kommunen bekannt gegeben werden können, ist derzeit noch unklar. Dies erschwert die Haushaltsplanungen der Kommunen ungemein, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen 2014. Für eine ausreichende Planungssicherheit benötigen die Kommunen die vorläufigen Schlüsselzuweisungsbeträge möglichst noch in diesem Jahr.

Kommunalanteil

Ein zentrales Verhandlungselement bei den diesjährigen Verhandlungen ist der Kommunalanteil am allgemeinen Steuererwerb. Denn auch wenn es beim Kommunalanteil durch die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen zu einem natürlichen Aufwuchs um rund 85,5 Millionen Euro (+ 2,96 Prozent) kommt, benötigen die Kommunen dringend einen höheren Anteil an der Verbundquote (derzeit: 12,75 Prozent). Selbst Städte und Gemeinden mit einer durchschnittlichen Steuerkraft, denen (noch) keine Stabilisierungshilfen gewährt werden können, müssen für einen ausgeglicheneren Haushalt einen strikten Sparkurs fahren. Die zuletzt höheren kommunalen Steuereinnahmen werden aufgrund der Umlagebelastungen zum großen Teil umverteilt. Notwendige Investitionen rechtzeitig und weitblickend zu tätigen, ist vielerorts nicht möglich.

Der Freistaat muss nun der Auf-

nahme des Anspruchs der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Verfassung entsprechende Taten folgen lassen. Die hohe Zustimmungquote von über 90 Prozent bei dem zugrundeliegenden Volksentscheid zeigt, welchen Stellenwert leistungsfähige Kommunen bei den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern haben. Kommunen schaffen mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und Investitionen in die Infrastruktur die zentralen Grundlagen für ein attraktives Lebens- und Wirtschaftsumfeld. Aktuell ist hier auf den gelungenen Kraftakt der Kommunen bei der Schaffung von Kindertagesbetreuungspätzen sowie den Ausbau der Ganztagsbetreuung hinzuweisen. Allerdings müssen die Städte und Gemeinden auch in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne Haushaltsdefizite zu erfüllen. Die Kommunen benötigen deshalb einen weiteren kräftigen Schritt in Richtung der von den Spitzenverbänden angestrebten kommunalen Verbundquote von 15 Prozent. Der ebenfalls in die Bayerische Verfassung aufgenommene Leistungsvorbehalt des Freistaats steht dieser Forderung nicht entgegen.

Handlungsfeld

Ein weiteres Handlungsfeld zur Stärkung der Kommunen ist eine Verbreiterung der Investitionsförderung, beispielsweise für Brandschutzmaßnahmen und energetische Sanierungen. Die Anhebung der seit 1999 unveränderten Finanzzuweisungen für die Erledigung von Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches gehört ebenso zu den gemeinsamen Forderungen des Bayerischen Städtetags und der anderen kommunalen

Spitzenverbände wie eine höhere Förderung für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen. Außerdem muss der Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer neu verhandelt werden.

Außerhalb des kommunalen

Bundeswettbewerb „Historische Stadtkerne“:

Acht Preisträger aus Bayern

„Historische Stadtkerne – integriert denken und handeln“ lautete das Motto des 21. Kongresses „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Quedlinburg mit ca. 400 Teilnehmern aus den Bereichen Stadtentwicklung und Denkmalschutz, darunter Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen. Alle Kommunen des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz sowie weitere Kommunen mit historischen Stadt- oder Ortskernen waren aufgerufen, integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Dabei erzielten bayerische Kommunen im Bundesvergleich herausragende Ergebnisse.

Am Bundeswettbewerb 2013 hatten sich 76 Kommunen beteiligt. Acht der insgesamt 24 Preisträger kommen aus dem Freistaat. Amorbach (Landkreis Miltenberg), Großostheim (Landkreis Aschaffenburg), Iphofen (Landkreis Kitzingen) und Neumarkt i. d. Opf. erhielten je eine „Auszeichnung“ und 12.000 Euro Preisgeld, Berching (Landkreis Neumarkt i. d. Opf.), Merkendorf (Landkreis Ansbach), Nürnberg und Stadtprozelten (Landkreis Miltenberg) eine mit immerhin 5.000 Euro verbundene „Anerkennung“.

Kulturelle Initiative

Beim Preisträger Amorbach wurde die „kulturelle und künstlerische Initiative, die an die Traditionen der Stadt anknüpft“, gewürdigt. Für Amorbach sei diese kreative Neubelebungskampagne beeindruckend und vielversprechend. Das Urteil der Bundesjury fiel eindeutig aus: „Die konzeptionelle Stärke des Beitrags liegt im Denken über Landesgrenzen hinweg.“

Die Stadt Iphofen wiederum bekam zusammen mit dem Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik, Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Gerhard Hausladen sowie der SBS - Planungsgemeinschaft die Auszeichnung für das Projekt „Energienutzungsplan unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes“ verliehen.

Fundierte Arbeitsweise

Die Arbeit in Merkendorf zeichnet sich Laudator Professor Dr. Gerd Weiss zufolge durch eine umsetzungsorientierte Prozessstruktur, ein gut aufeinander abgestimmtes sektorales Spektrum und eine fundierte empirische Arbeitsweise aus. In der Stadt seien umfangreiche Sanierungen im Gebäudebestand und im Straßenraum bereits durchgeführt worden, ebenso habe man Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz realisiert. „Die Stadt“, so Weiss, „ist auf einem guten, integrierten Weg.“ Der Beitrag zeige, dass auch in einer kleinen Stadt durch kontinuierliche Arbeit, Evaluationsbereitschaft und kluges Nutzen von Synergien viel erreicht werden könne.

Bundesbauminister Ramsauer, der die Preise des Bundeswettbewerbs überreichte, würdigte die herausragenden Ergebnisse: „Integrierte städtebauliche Konzepte werden vom Bund im Rahmen der Städtebauförderung gefördert – und auch gefördert. Von den Erfahrungen bei der Erarbeitung und vom Austausch

Finanzausgleichs erwarten die Kommunen, dass sich der Freistaat Bayern weiterhin für ein Bundesleistungsgesetz mit einer Verankerung der Finanzverantwortung des Bundes für die Eingliederungshilfe für Behinderte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einsetzt. Des Weiteren ist eine Entfristung des Sonderförderprogramms für den Krippenausbau sowie eine Erhöhung der Fördermittel für den laufenden Betrieb der Kindertagesstätten notwendig, um die Handlungsspielräume der Kommunen nicht weiter einzuschränken. □

Lokalklang in bayerischen Städten

Wie klingt Bayern und was hat Musik mit Heimat zu tun? Wie klingt ein Ort im bayerischen Oberland, wie eine Stadt in Franken? Welche neuen Volksmusiker gibt es in Niederbayern, Schwaben und in der Oberpfalz? Wie interkulturell ist die bayerische Musiklandschaft und wo wird eigentlich noch gemeinsam gesungen? Lokalklang geht im Sommer 2014 diesen Fragen nach.

Mit unterschiedlichen Veranstaltungen – Konzerten, Mundartlesungen oder Gesangs-Flashmobs – will es die gesamte Bandbreite von musikalischer Praxis in ihrer kulturellen Vielfalt in Bayern abbilden. Das Festival will Heimatklänge vorstellen und mit neuen Klängen Heimat schaffen, Volksmusik mit Weltmusik verbinden und neue musikalische Entwicklungen zeigen. Urbayerische Klänge werden durch ungewohnte Instrumente erklingen und sich mit anderen Sprachen vermischen. Es wird gemeinsam getanzt, musiziert und gesungen – auf öffentlichen Plätzen. In etwa 40 bayerischen Städten und Gemeinden finden von Mai bis Juli

2014 Konzerte, Mundartlesungen, gemeinsame Sing- und Tanzaktionen statt.

Städtenetzwerk

Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte ist ein Zusammenschluss von 50 Kommunen, die in gemeinsamen Projekten kulturelle Entwicklungen befördern und neue Impulse setzen. Alle zwei Jahre organisiert das Städtenetzwerk ein Kulturfestival. Nach den Literaturlandschaften Bayerns, Kunsträume Bayern, Literatur Update und Stadt.Geschichte.Zukunft steht nun Musik im Mittelpunkt.

Weitere Informationen unter: www.lokklang.de □

tenden Elementen jedoch konsequent zum Ausgangspunkt gewählt werden. Integriert zu planen, umfasse den Blick auf das Quartier, die Stadt und die Region im wechselseitigen Zusammenhang und die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Akteure.

Denkmalschutz

In den Jahren 1991 bis einschließlich 2012 stellte der Bund Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 2,14 Milliarden Euro für Maßnahmen des Städtebaulichen

Denkmalschutzes bereit. In diesem Zeitraum wurden 243 Maßnahmen in 201 Städten der neuen Länder und 204 Maßnahmen in 197 Städten der alten Länder gefördert. Im Programmjahr 2013 unterstützt der Bund den Städtebaulichen Denkmalschutz mit weiteren Finanzhilfen in Höhe von 96 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden seit 2009 von Seiten des Bundes insgesamt 220 Millionen Euro für das UNESCO-Welterbeprogramm bereitgestellt, von dem auch die Welterbestadt Quedlinburg profitiert. DK

Bayerische Kommunen:

Plus bei Infrastrukturprojekten

444 Millionen Euro an Investitionen in Straßenbau, Versorgung und Energie

Die LfA Förderbank Bayern hat 2013 bislang rund 112 Millionen Euro an Krediten für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur im Freistaat zugesagt. Städte, Gemeinden sowie Unternehmen wie Stadtwerke und Energieversorger nutzen die Kredite für Investitionen in Höhe von 444 Millionen Euro.

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer hierzu: „Das sind gute Nachrichten zum Start der Fachmesse Kommunale in Nürnberg. Die hohe Finan-



Dr. Otto Beierl. □

zierungsnachfrage zeigt, dass viele Städte und Gemeinden ihre Attraktivität weiter verbessern wollen. Eine moderne Infrastruktur ist für den Wirtschaftsstandort Bayern unverzichtbar.“

„Das Geld fließt in 127 Projekten, zumeist in den Bereichen Straßenbau, Energieeffizienz, Energieversorgung sowie Wasser- und Abwasserentsorgung. Damit haben wir 32 Infrastrukturprojekte mehr als im Vorjahreszeitraum finanziert“, erklärte LfA-Chef Dr. Otto Beierl.

Modernisierung

Die zinsgünstigen und auf bis zu 30 Jahre laufenden Förderkredite der LfA unterstützen Kommunen dabei, ihre Infrastruktur zu modernisieren. Für größere Vorhaben steht die Förderbank zudem Geschäftsbanken als Konsortialpartner zur Verfügung. Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben. Den Antrag auf Förderkredite können Kommunen direkt bei der LfA stellen; das Verfahren ist einfach und schnell. □

Unser Service für

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Bayerisches Anwenderforum eGovernment in München:

Aktuelle Trends

Das Bayerische Anwenderforum eGovernment BAWF hat sich seit 2008 als regionales Jahrestreffen der IT-Verantwortlichen aus der öffentlichen Verwaltung des Freistaats etabliert. Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Landtags sowie des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung diskutierten auch heuer rund 500 Teilnehmer konzeptionelle und praktische Fragen des IT-Einsatzes in der Verwaltung ebenso wie aktuelle Entwicklungen der rechtlichen, personellen und technologischen Rahmenbedingungen.

Besonderes Interesse fand in diesem Jahr das E-Government-Gesetz des Bundes und seine Umsetzung im Freistaat Bayern. Intensiv diskutiert wurden auch Fragen der IT Strategie und der IT Steuerung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Bündelung der Aufgaben

Der neu ernannte Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Johannes Hintersberger, hob die besondere Bedeutung der Informationstechnik für den Freistaat Bayern hervor. Mit der Zuständigkeit des Finanzministeriums für die digitale Erschließung Bayerns durch geeignete Technologien wie Breitband oder Funk sowie für Grundsatzfragen der Verwaltungsreform und die Koordinierung der Aktivitäten Bayerns zu den demographischen Herausforderungen seien wichtige Modernisierungsaufgaben im neu zugeschnittenen Finanzministerium gebündelt, erklärte Hintersberger.

Breiten Raum in den Diskussionen nahm die Frage ein, wie mit den Möglichkeiten des neuen E-Government-Gesetzes des Bundes umgegangen werden soll und was

daraus für alle Verwaltungsebenen, insbesondere aber auch für die Kommunen folgt.

Für einheitliche eGov-Gesetzgebung

Rainer Ullrich, Geschäftsführer der INFORA Unternehmensberatung und Vertreter des Veranstalters, wies auf die Notwendigkeit einer länderübergreifend einheitlichen E-Government Gesetzgebung hin. Keinesfalls dürfe es passieren, dass wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen wie zur elektronischen Akte oder zur elektronischen Identität sich von Land zu Land unterschieden. Dies würde im Extremfall dazu führen, dass kommunale Behörden, sofern sie Bundesrecht ausführen, andere gesetzliche Rahmenbedingungen erfüllen müssten als für die originären kommunalen Aufgaben, die durch Landesrecht geregelt würden. Dies würde letztlich zu einem E-Government-Flickenteppich führen, der sowohl Kommunen als auch Bürgern und Wirtschaft schade würde, stellte Ullrich fest.

Neben Wolfgang Block von der Landeshauptstadt München, der auf die großen Herausforderungen, vor denen sich gerade die Kommunen bei der Umsetzung

des E-Government-Gesetzes sehen, verwies, betonten für die kommunale Ebene der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, Peter Driessen, Dieter Vierlebeck von der Handwerkskammer für München und Oberbayern sowie Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, die besondere Bedeutung einer einheitlichen E-Government-Gesetzgebung.

Bedarfsgerechte Gestaltung

Zu den Grundelementen, um E-Government für die Wirtschaft bedarfsgerecht gestalten zu können, zählen laut Driessen die Einhaltung von interoperablen Standards, die Schaffung eines rechtlichen Rahmens über Bundesländer hinweg und ein stärkerer Fokus auf Wirtschaftsthemen. Der BIHK setze sich hierfür im Interesse der Mitgliedsunternehmen aller bayerischen IHKs ein.

Wie Johann Keller ausführte, erwarteten Wirtschaft und Bürger auch von der Verwaltung eine Online-Abwicklung von Verwaltungsleistungen. Das eGovernment-Gesetz des Bundes greife diese Entwicklung auf. Erforderlich sei aber auch ein Bayerisches eGovernment-Gesetz.

eGovernment-Angebote müssten unterschiedliche Anforderungen und Erwartungen berücksichtigen. 23,5 % der Deutschen seien offline; die Verwaltung müsse auch für „Offline“ erreichbar

bleiben, stellte Keller fest.

eGovernment Monitor

Wie der eGovernment Monitor 2012 ausweist, kritisierten 51 % der Bürger auf die Frage nach Barrieren einer (intensiveren) Nutzung von online-Behördendiensten die mangelnde Durchgängigkeit. 44 % bemängelten die undurchschaubare Struktur der Online-Angebote, 43 % eine unzureichende Hilfestellung und mangelnde Datensicherheit, 39 % verkomplizierte Verfahren, 33 % ein mangelndes Vertrauen in die Behörde sowie 25 % eine zu unpersonliche Online-Abwicklung.

Was die Barriere „mangelnde Durchgängigkeit“ anbelangt, wies Keller darauf hin, dass bestehende Rechtsvorschriften die durchgängige elektronische Abwicklung von Verwaltungsleistungen behindern könnten, insbesondere wenn Schriftformerfordernisse bestehen,

Unterlagen und Nachweise z. B. als Original oder in Papierform vorgelegt werden und Bürger persönlich in der Verwaltung erscheinen müssen. Keller: „Im Rahmen der Vorarbeiten für ein Bayerisches eGovernment-Gesetz müssen bestehende Hindernisse kritisch überprüft und – soweit sinnvoll – abgeschafft werden.“

Für Basiskomponenten

Mit Blick auf die Barriere „undurchschaubare Struktur der Online-Angebote“ machte Keller deutlich, dass der Bürger nicht zwischen staatlichen und kommunalen Verwaltungsleistungen unterscheidet, weshalb gemeinsame „Basiskomponenten“ für staatliche und kommunale Behördendienstleistungen erforderlich seien. Da die Kommunen eine allgemein bekannte und bewährte erste Anlaufstelle für den Bürger darstellten, seien

bürgerferne Online-Portale auf Bundesebene – wie für den Bereich der Kfz-Zulassung geplant – kontraproduktiv.

Frage der Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Manfred Broy von der TU München befasste sich abschließend mit der Frage der Nachhaltigkeit in der Informationsgesellschaft. Broy machte auf die verstärkten neuen rechtlichen Möglichkeiten durch die Informationstechnik aufmerksam und verwies darauf, dass diese neuen Möglichkeiten einer rechtlichen und ethischen Gestaltung bedürften. Hierzu sei ein breiter intensiver gesellschaftlicher Diskurs vonnöten, der weit über die bisherigen Nachhaltigkeits-Diskussionen hinausgehen müsse, da den aktuellen Diskussionen häufig ein zu eng gefasster Nachhaltigkeitsbegriff zu Grunde läge. **DK**

INTERGEO 2013 in Essen:

Die Zeit ist reif für Kommunen

Über 500 Aussteller aus 30 Ländern und rund 1.300 internationale Experten diskutierten während der INTERGEO in Essen, der weltweit führenden Kongressmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, Stand und Zukunft der Lösungen fokussierten Geobranchen. Über das Megathema Energiewende hinaus zogen sich die Themen, Mobilität und Navigation ebenso wie Fragen des demographischen Wandels wie ein roter Faden durch die Bereiche Kongress und Messe. In über 140 Fachvorträgen erörterten Experten der Branche aktuelle Trends und Entwicklungen.

Prof. Dr.-Ing. Karl Friedrich Thöne, Präsident des veranstaltenden DVW – Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement e.V., wies vor den Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft auf die Bedeutung der Gestaltung der Energiewende hin. „Ich glaube, das ist wohl das anspruchsvollste Managementprojekt was wir derzeit in Deutschland haben. Man schaut international sehr genau auf Deutschland was die Umsetzung betrifft - und überall ist Geoinformation mit drin. Wenn es niemand schafft, Deutschland wird es schaffen“, zeigte sich Thöne überzeugt.

Vereinbarung unterzeichnet

Die Geodäsie-Verbände BDVI, DVW und DVV unterzeichneten anlässlich der INTERGEO eine Vereinbarung zur Bildung der „Interessengemeinschaft Geodäsie“. Ziele dieser Allianz sind ein gemeinschaftliches Auftreten gegenüber Gesellschaft und Politik sowie koordinierte Nachwuchsaktivitäten (www.arbeitsplatz-erde.de) angesichts des Fachkräftemangels. Damit soll die hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung geodätischer Expertise von Vermessung über Geoinformation, Wertermittlung bis Landmanagement in den öffentlichen Fokus gerückt werden. In gemeinsamer Verantwortung soll das Berufsfeld der Geodäsie als Ingenieurdisziplin zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Fragen zukunftsfähig entwickelt werden.

Als erstes Ergebnis legte die Interessengemeinschaft Geodäsie das Positionspapier „Die Geodäten und die Energiewende“ vor. Die Energiewende als gesellschaftliches Megathema kann demnach nur gemeinsam von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zum Erfolg geführt werden. Deutschland habe das Potential, zum Leitmarkt für Energieeffizienz, Klimaschutz und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu werden. „Wir Ingenieure setzen dabei auf nachhaltiges, qualitatives Wachstum. Wir sehen uns deshalb in der Verpflichtung und verstehen es gleichzeitig als Chance, diesen Markt entscheidend mit auszugestalten“, heißt es in dem Papier. Die Zeit ist reif für Kommunen:

gig besetzten Konferenz unter anderem mit einem Speed Dating: Sechs Praxisbeispiele gaben Kommunen Impulse, wie sich beispielsweise die örtliche Wirtschaftsförderung verbessern oder die Bürgerbeteiligung erhöhen lässt.

INSPIRE-Konferenz

Vertreter des Bundesinnenministeriums und des Bundesumweltministeriums hatten die INSPIRE-Konferenz eröffnet. Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium und Vorsitzende des interministeriellen Ausschusses für Geoinformationswesen (IMAGI) präsentierte in ihrer Keynote den Zusammenhang von INSPIRE und Open Data Entwicklung als Rahmen für innovatives Geomanagement. Jürgen Becker, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, beleuchtete seinerseits den Zusammenhang von INSPIRE und der Energiewende.

Dynamisches GIS

Dr.-Ing. Jürgen Dold, Präsident und CEO der Leica Geosystems AG, übernahm am zweiten Kongressstag die mit Spannung erwartete Plenar Session zum Thema „Dynamisches GIS“. Die Entwicklung der Sensorik, des Cloud Computing und webbasierter GIS-Anwendungen schaffen neue Potenziale und verändern massiv Geschäftsprozesse. Hier werden Entwicklungen sichtbar, die auch die Keynote adressierte. **DK**

Neue IBM Smarter Cities Software in der Cloud treibt Städtewandel voran

Zusätzliche Analyse-Funktionalitäten für die IBM Smarter Cities Lösungen aus der IBM SmartCloud

Die neueste Version der Lösung IBM Intelligent Operations Center für Städte ist noch smarter geworden: Sie bietet unter anderem neue Analyse-Funktionalitäten, etwa für eine effektivere Finanzplanung und eine effizientere kommunale Wasserversorgung. Über die IBM SmartCloud zur Verfügung gestellt, können Städte und Kommunen damit auf Basis einer offenen und hochsicheren Plattform ihre Prozesse und Dienstleistungen individuell und schrittweise transformieren ohne dabei selbst in IT investieren zu müssen. Gezahlt wird nur für diejenigen Leistungen, die auch tatsächlich in Anspruch genommen werden (pay-as-you-go Modell).

Die IBM Smarter Cities Intelligent Operations Software verfügt über folgende neue Funktionen:

- Genehmigungsverfahren und Veranstaltungsmanagement-Tools für eine bessere Koordination städtischer Aktivitäten sowie deren vorausschauende Planung.
- Infrastrukturplanungs-Hilfen zur Erstellung von Budget- und Investitions-Plänen.
- Analyse-Software für Wassermanagement zur gezielten Verbesserung der Leistungsfähigkeit städtischer Versorgungsnetze. So helfen vorausschauende Analysen etwa bei der Optimierung von Wartungsintervallen. □



AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB

Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

OK EGOV

www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

AKDB überzeugt mit integrierten Lösungen und mobilen Bürgerdiensten:

Wegweisende Produkte für die Kommune der Zukunft

„Gemeinde 2030 - kommunale Megatrends“. Unter diesem Motto lockte die Kommunale 2013 als größte Fachmesse für den kommunalen Bedarf 5.300 Mitarbeiter und Bürgermeister aus Gemeinden, Landkreisen und Städten auf das Nürnberger Messegelände. Bereits in der Eröffnungsrede richtete Gemeindegastpräsident Dr. Uwe Brandl den Fokus auf die Notwendigkeit der flächendeckenden Digitalisierung der bayerischen Kommunen. Dazu passend stellte die AKDB ihr breites Portfolio an innovativen Lösungen für integrierte Online-Bürgerservices und Fachverfahren vor und stieß damit sowohl bei Bürgermeistern als auch Mitarbeitern auf großes Interesse. Bei den vielen persönlichen Gesprächen kamen auch hilfreiche Rückmeldungen aus Anwendersicht nicht zu kurz.

Highlight der vorgestellten Messeerlebnisse war die Bürgerservice-App, mit der Kommunen, Städte und ganze Landkreise sowohl Bürger als auch Besucher mit aktuellen Informationen und nützlichen Diensten auf mobilen Endgeräten versorgen können. Das Spektrum an Möglichkeiten reicht dabei von topaktuellen Hinweisen auf wichtige lokale Termine und Ereignisse über nützliche Verzeichnisse zu Ärzten, Apothekern, Kindertagesstätten oder Sehenswürdigkeiten bis hin zu nahtlos integrierten Services wie Wunschkenntnisreservierung, Wahlergebnisse, Schadensmelder oder Behördenwegweiser.

Möglich macht diese Individualität ein einfach zu bedienendes Redaktionssystem, mit dem verschiedenste Inhalte schnell eingepflegt werden können. Die Nutzung von Feedreadern und anderen Funktionen reduziert den parallelen Pflegeprozess von kommunalem Webauftritt und Bürgerservice-App auf ein Minimum.

Neben den großen Messthememen Mobilität durch Portal- und App-Lösungen konnte die AKDB

unter anderem mit ihren neuen Modulen Gewerbemeldung und Gaststättenerlaubnis in OK.Gewerbe überzeugen. Die Integration zum Melderegister erspart die Mehrfacheingabe von Adressdaten, einheitliche Suchroutinen und Masken beschleunigen den Bearbeitungsvorgang. Erfolgte Online-Anmeldungen von Gewerbetreibenden über das Bürgerservice-Portal lassen sich bequem im Verfahrensmodul aufrufen und weiterbearbeiten.

Auch der Trend zum Outsourcing ist weiterhin ungebrochen. Die Verlagerung technischer und fachlicher Verantwortung ins AKDB-Rechenzentrum unterstützt gerade kleine Kommunen und gibt diesen mehr Freiraum zur Erledigung ihrer Kernaufgaben. Konsequenterweise können die neu vorgestellten AKDB-Module auch als Rechenzentrums-Dienstleistung bezogen werden, bei der Entgelte nur in Abhängigkeit der tatsächlichen Nutzung anfallen.

Zeitaufwändige Terminkoordination, nicht qualifizierte Termine und schlechte Planung der Res-

ourcen kosten Verwaltungen viel Zeit und Geld und beeinträchtigen nicht selten maßgeblich die Zufriedenheit von Bürgern und Sachbearbeitern.

Mit der Terminmanagement-Lösung Smart ServiceCenter der Wilken GmbH, die in das Bürgerservice-Portal der AKDB inte-

Freischaltung der Landkreis Miltenberg App

Der Landkreis Miltenberg stellt seinen Kommunen ab sofort eine überregionale mobile Plattform im Rahmen des Kommunalen Behördennetzes zur Verfügung, um sich in unterschiedlichen Bereichen Bürgern und Urlaubsgästen auf Smartphones und Tablet-PCs zu präsentieren. Auf der Kommunale hat der Miltenberger Landrat Roland Schwing gemeinsam mit Alexander Schroth, Vorstandsvorsitzender der AKDB, die sogenannte MIL@pp freigeschaltet.

Landrat Schwing lobte die Lösung: „Mit der App bietet der Landkreis den Kommunen die Möglichkeit, individuelle mobile Auftritte zu erstellen und vom Nutzer trotzdem als große Einheit wahrgenommen zu werden.“

Mit der App können Anwender standortbezogene Dienste und Informationen zu Parkplätzen, Sehenswürdigkeiten, Kindertagesstätten, kommunalen Ansprechpartnern usw. abrufen. Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit der AKDB entwickelt, die im Bereich

griert ist, können Termine bereits online gebucht und vorqualifiziert werden. Dadurch lässt sich die Bearbeitungszeit prognostizieren und die Ressourcenplanung optimal anpassen. In der Folge steigen Service- und Beratungsqualität signifikant. Zudem werden so positive Kosteneffekte erzielt.

Darüber hinaus überzeugte die AKDB mit einem informativen Vortragsprogramm rund um die kommunale IT. Ob eGovernment, Einwohnermelde-, Finanz-, Grundstücks-, Sozial- oder Personalwesen: Die Vorträge der AKDB-Experten fanden allesamt großen Anklang bei den Besuchern. □

mobiler Lösungen lange Entwicklungserfahrung besitzt und bereits verschiedene Lösungen erfolgreich am Markt platziert hat.

Die MIL@pp unterscheidet sich wesentlich von den üblichen mobilen Informationsangeboten. Bürger können über die Applikation Online-Anwendungen der Gemeinde oder des Landkreises nutzen und so ihren Ansprechpartner in der Verwaltung erreichen. Der neueste Stand der Technik ermöglicht einen absolut selbsterklärenden Umgang mit der App.

An der MIL@pp beteiligte Kommunen brauchen sich um keine technischen Details kümmern und können sich dadurch voll auf das inhaltliche Angebot ihrer App konzentrieren. Bei der Zusammenstellung von Serviceangeboten unterstützt ein Baukastensystem, das hoch flexibel ist und individuelle Bedürfnisse berücksichtigt. Das Konzept dieses gemeinsamen Auftritts einer Region lässt sich außerdem gut auf andere Landkreise und Regionen übertragen. □

Rund vier Fünftel der Bayern benutzen das Internet

79 Prozent der zehn Jahre und älteren Personen im Freistaat haben schon einmal das Internet genutzt. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung ist das Nutzungsverhalten jedoch stark altersabhängig. Im Jahr 2012 hatten nur 37 Prozent der Personen im Alter ab 65 Jahren das Internet schon einmal genutzt, in der Altersgruppe von 10 bis 15 Jahren lag der Anteil dagegen bei 97 Prozent und in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren bei 98 Prozent.

Die geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass relativ mehr Männer als Frauen das Internet nutzen. 85 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen haben dies bereits mindestens einmal getan. Von den Personen, die im ersten Quartal 2012 das Internet für private Zwecke genutzt haben, suchten 89 Prozent nach Informationen über Waren und Dienstleistungen.

EU-weite Befragung privater Haushalte

79 Prozent der zehn Jahre und älteren Personen in Bayern haben mindestens einmal das Internet genutzt, wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung anlässlich des Internationalen Internettages mitteilte. Dies ergab eine EU-weite Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien von privaten Haushalten im Jahr 2012. Damit hat sich der Anteil gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

77 Prozent sind im ersten Quartal 2012 online gegangen, bei knapp 3 Prozent lag der Zeitpunkt mehr als drei Monate zurück. Drei Viertel der Personen wiederum, die im ersten Quartal 2012 das Internet genutzt haben, taten dies täglich oder fast täglich, ein knappes Fünftel mindestens

einmal in der Woche.

Differenziert nach Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil derjenigen, die das Internet bereits einmal genutzt haben. So waren es 2012 nur 37 Prozent der Personen ab 65 Jahren, in der Altersgruppe von 10 bis 15 Jahren jedoch 97 Prozent und in der Gruppe von 16 bis 24 Jahren 98 Prozent.

Die geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass relativ mehr Männer als Frauen das Internet nutzen. 85 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen haben dies bereits mindestens einmal getan.

Von den Personen, die im ersten Quartal 2012 das Internet für private Zwecke genutzt haben, haben 89 Prozent nach Informationen über Waren und Dienstleistungen gesucht, 82 Prozent für den privaten Gebrauch eingekauft bzw. bestellt, 60 Prozent auf Webseiten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach Informationen gesucht und 59 Prozent Reisedienstleistungen (z. B. Fahrkarten oder Hotels) gebucht.

Über soziale Netzwerke haben 38 Prozent privat kommuniziert und 26 Prozent haben über das Internet telefoniert. Bankgeschäfte haben 49 Prozent online erledigt. □



DB System

Sehen Sie das Ganze doch mal realistisch!



Infos unter
www.dbsystem.de

WorldInsight schafft neue Perspektiven. Denn diese innovative Gesamtlösung erlaubt das realitätsgetreue und dreidimensionale Visualisieren von Geo- und Infrastrukturdaten. Das Ergebnis: Sie können sich am Rechner durch ein geplantes Gebäude hindurch bewegen, als wäre es bereits real. Oder Sie simulieren an Ihrem PC veränderte oder neue betriebliche Abläufe – so exakt wie in der Realität. In Summe lassen sich dadurch nicht nur Fehlplanungen vermeiden, auch Kommunikation und Abstimmungsprozesse werden erleichtert.

WorldInsight ist eine Entwicklung der DB System GmbH, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn und einer der führenden ICT-Dienstleister in Deutschland. Das Leistungsspektrum reicht von Analyse und Konzeption über Softwareentwicklung bis hin zum Betrieb hoch verfügbarer produktiver ICT-Anwendungen. Interessiert? Wir freuen uns darauf, Sie kennen zu lernen.

DB System. ICT For Your Success.

200. Rathaus Service-Portal Kunden auf der Kommunale ausgezeichnet:

„komuna-Kunden im Landkreis Bayreuth sind top“

Die Gemeinden Bindlach, Heinersreuth, Mehlmeisel, Speichersdorf und Warmensteinach – langjährige komuna-Kunden – reden nicht nur über eGovernment, sondern sie haben eine gemeinsame Initiative für mehr eGovernment gestartet. Unter dem Slogan „Mit der Maus ins Rathaus“ bieten sie ihren Bürgern seit August 2013 eine „rund um die Uhr“ Serviceleistung an. Damit erledigen Bürger immer mehr Behördengänge über das Internet, einfach und bequem von zu Hause aus.

Diese neuen Online-Dienste, z. B. Anträge für Melde-/Aufenthaltsbescheinigung, Führungszeugnis, Auskunfts-/Übermittlungssperre, Statusabfrage Pass/Personalalausweis werden in den Gemeinden bereits sehr gut angenommen und kürzen vielfach Behördengänge ab. Insbesondere die Beantragung der Briefwahl war der große Hit bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen und hat die Reifeprüfung bestens bestanden.

Bürgermeister Kolb, Gemeinde Bindlach: „Das Rathaus Service-Portal kürzt Wege ab. Wir sind uns sicher, dass sich die neuen Dienste mehr und mehr durchsetzen. Damit reagieren wir auf die veränderten Bedürfnisse unserer Bürger nach flexiblen Dienstleistungen und die Verwaltung kann sich noch mehr auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.“

Beide Seiten gewinnen: Bürger und Rathaus

Von den Anwendungen im Rathaus Service-Portal profitieren beide Parteien. Die Bürgerinnen

und Bürger ebenso wie die Verwaltung. Naturgemäß sind die Vorteile unterschiedlich gelagert. Meist sind es Zeitersparnis und Komfort auf der Bürgerseite und Entlastung und mehr Service auf der Seite der Verwaltung.

Als besonderes Highlight stellt komuna den Anwendern des Rat-

haus Service-Portals einen voll funktionsfähigen, individuellen Online-Stimmzettel zur Probeabstimmung mit den eigenen Parteien und Kandidaten zur Verfügung. Mit diesem Service, nicht nur für Jung-/Erstwähler, können die Bürger probeweise ihre Stimmen abgeben, Panaschieren und Kummulieren mit dem direkten Blick auf einen

korrekt ausgefüllten Stimmzettel.

Seit Mitte Oktober bietet die Gemeinde Bindlach als erste Kommune im Landkreis Bayreuth zudem die Bürger-App für iPhone und Android an – ein innovativer Bürgerservice auf der Höhe der Zeit. Ausgewählte Online-Funktionen des Rathaus Service-Portals sind damit auch bequem am Smartphone verfügbar; bei der Kommunalwahl können die Bürger von unterwegs die Auszählung verfolgen und die Ergebnisse abrufen. Dazu bietet sie Bürgern und Gästen zusätzliche Informationen zu Touristik, Gastronomie und Wirtschaft. Das alles zu einem unschlagbar günstigen Preis! □



Vertreter der fünf Gemeinden mit komuna-Geschäftsführer Franz Fuchs (2. von links) und dem Leiter der komuna-Kundenbetreuung, Ferdinand Beer (rechts). □

Hintersberger präsentiert Studie:

„Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020“

„Die notwendige Basis für eine digitale Gesellschaft ist eine hochleistungsfähige und flächendeckende Breitbandversorgung. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Im Bund soll bis zum Jahr 2018 für eine deutschlandweite Breitbandversorgung aller Haushalte von mindestens 50 MBit/s gesorgt sein“, stellte Bayerns Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger bei der Vorstellung der Studie „Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020“ in Berlin fest.

Auch ein modernes LT-Funknetz stehe auf dem Fundament der Glasfaser-Infrastruktur. LTE sei mittlerweile in rund 50 Prozent der Haushalte verfügbar. Damit liege Deutschland über dem EU-Durchschnitt. „Der Ausbau der Netze muss im Rahmen der Finanzplanung hoch eingestuft werden. Die Umsetzung des Ausbaus muss strategisch geplant und systematisch angegangen werden“, appelliert Hintersberger.

Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Daten hätten einen hohen Stellenwert für die Nutzer. Hintersberger: „Der Staat muss eine aktive Rolle einnehmen und die notwendigen rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine starke IT-Sicherheit und einen hohen Datenschutz schaffen.“ Die Sicherheit digitaler Medien stelle die grundlegende Voraussetzung für

wirtschaftliches Wachstum und private Nutzung in der digitalen Welt dar. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität bei Angriffen gegen die Verwaltung sei eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. „Dabei hat der Schutz mobiler Endgeräte für uns oberste Priorität“, hob Hintersberger hervor.

Topaktuelle Vorkommnisse wie die NSA-Affäre verdeutlichten die Dringlichkeit, mit der globale Gesetze und Transparenz für die Bevölkerung gefördert werden müssten. Die Freiheit, mit der jeder Nutzer persönliche Informationen mitteilen kann, sollte allerdings im Gleichgewicht zu entsprechender Medienkompetenz der betreffenden Person stehen. Die Förderung der Medienkompetenz sei eine wichtige Voraussetzung, um einen sicheren Umgang mit elektronischen Identitäten in der digitalen Welt zu gewährleisten.

In Bayern soll das Projekt Digitales Bildungsnetz Bayern mit dazu beitragen, den Schülern behilflich zu sein. Digitale Souveränität zu entwickeln. „Damit schaffen wir auch die technischen Rahmenbedingungen für modernes Lernen und Lehren“, betonte Hintersberger. Das Projekt habe zum Ziel, ein Gesamtkonzept für den IT-gestützten Unterricht in Bayern in den rund 5.800 Schulen für die rund 1,8 Mio. Schüler und 100.000 Lehrer zu entwickeln.

„Durch das Digitale Bildungsnetz soll eine gemeinschaftlich nutzbare IT-Infrastruktur entstehen, die in den Bereichen Schul-, Erwachsenen- und Berufsbildung zum Einsatz kommen soll. Internetübergang, Virenschleuse, Firewall, Identitätsmanagement oder Lernplattformen können so effizient und ohne großen administrativen Aufwand in den Schulen nutzbar gemacht werden. Schüler, Lehrer und ggf. Eltern erhalten einen gesicherten und identifizierten Zugang aus dem Internet zum Bildungsnetz“, so Hintersberger. □

Von der Fahrzeugzulassung bis zur Meldebestätigung

Online abgeschlossene Verwaltungsdienste können jetzt auch online bezahlt werden

Können Sie sich noch daran erinnern, wie viel Zeit Sie noch vor wenigen Jahren mitbringen mussten, wenn Sie in einer Behörde beispielsweise ein Auto anmelden wollten? Bereits seit Anfang 2012 gehören derartig lange Verwaltungsgänge für Würzburger der Vergangenheit an. Über das Bürgerservice-Portal auf www.wuerzburg.de kann jeder Würzburger Verwaltungsdienstleistungen online abschließen, von der Meldebestätigung über die Fahrzeugzulassung bis zur Anforderung eines Führungszeugnisses. Neu ist: Ab jetzt können diese Dienste auch ganz einfach mit Kreditkarte oder Giro pay online bezahlt werden.

Da ein Großteil der Angebote gebührenpflichtig ist, hat sich die Stadt Würzburg bereits frühzeitig Gedanken zu elektronischen Bezahlfahrern gemacht. Mit ausschlaggebend waren auch die neuen Anforderungen der EU-Verordnung SEPA. Mit deren Inkrafttreten zum 1. Februar 2014 wird die bisher etablierte Online-Lastschrift nicht mehr möglich sein. Daher geht die Stadt Würzburg auch hier neue Wege. Damit das Bürgerservice-Portal noch bürgerfreundlicher wird, wurde ihm eine ePayment-Komponente zugefügt. Das bedeutet praktisch: Jede online abgeschlossene Dienstleistung kann ab sofort mit Kreditkarte oder Giro pay bezahlt werden.

In den vergangenen Monaten wurde die Funktion vom Team der städtischen Fachabteilung Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) intensiv getestet. Der Gesamtprozess von der Bezahlung bis zur Gutschrift des Betrags war Gegenstand der umfangreichen Tests. Vorangegangen hat die ePayment-Funktion im städtischen Bürgerservice-Portal Helmut Maier, Leiter der städtischen Fachabteilung IuK: „Die Stadt Würzburg ist damit schon jetzt für die bevorstehenden Veränderungen durch SEPA bestens gerüstet. Immerhin müssen pro Jahr mehrere

tausend Transaktionen reibungslos abgewickelt werden.“

Bürgermeister Dr. Adolf Bauer ist davon überzeugt, dass die neue Funktion den Würzburgern viele Vorteile bringen wird: „Würzburg ist eine der ersten Städte, die diesen Service anbietet. Damit ermöglichen wir unseren 125.000 Einwohnern die zeitnahen Abschlüsse von Verwaltungsdienstleistungen – das ist eine nicht zu unterschätzende und für den Bürger kostenfreie Dienstleistung.“

Die Online-Bezahlplattform „ePayBL“ wird von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) im Rahmen des von ihr entwickelten Bürgerservice-Portals bereitgestellt. „ePayBL“ sorgt dafür, dass Online-Transaktionen bequem, vor allem aber auch sicher abgewickelt werden. Dieser Dienst ist für den Bürger kostenfrei. „ePayBL“ übernimmt mit Abschluss des Bezahlvorgangs im Bürgerservice-Portal die Abwicklung der Zahlungen mit den Kreditkartenanbietern. Eingebunden in das städtische Kassensystem kann es die Zahlungen, die online über die städtischen Konten einfließen, verbuchen. Auch dahinter steckt neue Technik, ein Plugin, das die Zahlungsinformationen in der für das Kassensystem lesbaren Form bereitstellt. □



Bürgermeister Dr. Adolf Bauer (sitzend) gibt den Startschuss: Ab jetzt können Verwaltungsdienstleistungen, die online über www.wuerzburg.de von Bürgern abgeschlossen werden, ganz einfach online bezahlt werden. Stehend von links: Jürgen Schömig (Leiter der Geschäftsstelle Unterfranken der AKDB) und Helmut Maier (Leiter der städtischen Fachabteilung Informations- und Kommunikationstechnologie). Bild: Penning-Lother

Söder wird oberster Hüter der Datensicherheit in Bayern

Finanzminister Markus Söder hat einen neuen Zusatzjob: Er wacht nicht mehr nur über die bayerischen Staatsfinanzen, sondern soll als alleiniger Chef sämtlicher Computer des Freistaats die Datensicherheit an 135.000 Arbeitsplätzen in 1.600 Behördenstandorten garantieren. Das Innenministerium gibt seine bisherige Mitverantwortung an Söder ab.

Als erste Maßnahme verkündete der Finanzminister in München, die zwei großen, bisher getrennt arbeitenden Rechenzentren der Staatsregierung unter einheitliche Leitung zu stellen und mehr Personal für die Sicherheit anzuheuern.

Außerdem will Söder die Daten der Kommunen unter die Fittiche der staatlichen Rechenzentren holen - von der Eheschließung bis zum Grundbucheintrag. „Alle relevanten Bürgerdaten, die im Netz sind, sollen vom Bayern-Server geschützt werden“, so der Politiker. Bisher seien 60 Prozent der Kommunen dabei; Söder hofft

darauf, dass es 100 Prozent werden. „Wir haben täglich bis zu 40.000 Angriffe.“

Bisher war nach Söders Angaben jedoch kein Einbruchversuch erfolgreich. Ob unter den vielen Hackern auch ausländische Geheimdienste sind, lasse sich nicht feststellen.

Bisher sind sechs Fachleute in den beiden Rechenzentren für die Sicherheit zuständig. Künftig sollen es 20 sein, darunter „IT-Profiler“, die die Angriffe aus dem Netz erforschen sollen. „Wir wollen Bayern IT-mäßig noch sicherer machen“, betonte Söder. □

Warnsystem KATWARN:

„Ausgezeichneter Ort“ im Land der Ideen

Das kommunale Warn- und Informationssystem KATWARN – das in Bayern seit diesem Sommer bislang in Nürnberg und im Landkreis Altötting im Einsatz ist – wird im Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ prämiert. KATWARN wurde vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS im Auftrag der Öffentlichen Versicherer Deutschlands, darunter der Versicherungskammer Bayern (VKB), entwickelt und versorgt Bürgerinnen und Bürger per Smartphone-App oder SMS und E-Mail mit Katastrophenwarnungen.

Der Wettbewerb, der in Kooperation mit der Deutschen Bank ausgetragen wird und jährlich 100 Projekte ehrt, steht erstmals im Zeichen eines Themas: „Ideen finden Stadt“. Damit würdigen die Initiatoren Ideen und Projekte, die Lösungen für die Herausforderungen der Städte und Regionen von morgen bereithalten.

Mit KATWARN informieren Feuerwehr und Katastrophenschutzbehörden Bürger per App oder SMS und E-Mail über Unglücksfälle wie Großbrände, Sturmfluten oder Bombenfundes. Registrierte Nutzer werden direkt und ortsgenau gewarnt und erhalten Verhaltenshinweise für ihr Postleitzahl-Gebiet. Seit 2011 wird das System von den öffentlichen Versicherern angeboten und schon von vielen kleineren und größeren Landkreisen und kreisfreien Städten genutzt. In Bayern haben bisher die Stadt Nürnberg und der Landkreis Altötting das System eingeführt. „Mit unserer Unterstützung von KATWARN wollen wir für mehr Sicherheit für die Bürger und ihr Hab und Gut sorgen“, erklärt Rainer Fürhauer, VKB-Vorstandsmitglied. „Unser Engagement verstehen wir als einen Beitrag für das Gemeinwohl in unserer Region.“

Abteilungsleiter Dr. Ulrich Meissen und sein Team vom Fraunhofer FOKUS sowie Dr. Klaus Zehner, Vorstandsmitglied der SV Sparkassenversicherung für die Öffentlichen Versicherer, nahmen den Preis von Alexander Brüdger, Filialdirektor der Deutschen Bank Berlin-Spandau, und Juliane von Trotha von der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ entgegen. „KATWARN hat das Potenzial, zu einem Vorreiter der kommunalen Information zu werden, weil es auf vorhandenen Kommunikationswegen aufsetzt, die wir alle Tag für Tag in unserem Alltag nutzen“, so Brüdger in seiner Laudatio. □

„Ausschreibungen konnte ich mir bisher abschreiben!“

Das bewährte und abofreie Vergabeportal für Deutschland: Deutsche eVergabe

- Keine Abopflcht
- Kostenlose Einsicht aller Bekanntmachungstexte
- Kostenlose Auftragsrecherche
- Kostenlose Suchassistenten
- Kostenlose Registrierung

Kommen Sie auf unsere Seite und eröffnen Sie sich und Ihrem Unternehmen neue Geschäftsmöglichkeiten: www.deutsche-evergabe.de



Unser Kundendienst ist gerne persönlich für Sie da: 0611 949 106-83
Deutsche eVergabe, Wilhelmstr. 20-22, 65185 Wiesbaden
E-Mail: kundendienst@deutsche-evergabe.de

Deutsche eVergabe



Rainer Partelly, Vertriebsleiter bei Henne-Unimog (l.) und Michael Dicke, Regionalleiter Vertrieb Unimog, bei der Leistungsschau von Henne-Unimog in Kirchheim/Heimstetten. Bild: CH

Große Leistungsschau bei Henne-Unimog in Kirchheim/Heimstetten:

Präsentation des neuen Unimog

Endlich ist er da. Seit Mitte Oktober rollen die ersten Unimog-Geräteträger der neuen Baureihe mit Euro VI Technologie im Daimler-Werk in Wörth am Rhein vom Band. Bei Henne-Unimog in Kirchheim-Heimstetten nord-östlich von München, wurde dies mit einer mehrtägigen Leistungsschau gefeiert, die in Deutschland ihresgleichen so schnell nicht findet.

Circa 700 Besucher, insbesondere Mitarbeiter von Bauhöfen und Straßenmeistereien, aber auch aus vielfältigen anderen Branchen, kamen in die weltweit größte Unimog-Generalvertretung, die das Gebiet von Berchtesgaden bis Bamberg betreut, um sich das neu interpretierte Konzept Unimog vorführen zu lassen. Rainer Partelly, Vertriebsleiter bei Henne-Unimog und Michael Dicke, Regionalleiter Vertrieb Unimog, präsentierten die Innovationen rund um den Alleskönner Unimog.

Vielfältige Möglichkeiten

„Beim Unimog gibt es nichts, was es nicht gibt,“ so Dicke als er auf die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des genialen Universalnutzfahrzeugs aufmerksam machte: Das Fahrzeug wird im Energiebau, in der Agrarwirtschaft, als 2-Wegefahrzeug auch auf Schienen, als Feuerwehrrahmen und selbstverständlich im Sommer sowie im Winterdienst in Kommunen weltweit eingesetzt. Nach der Weltpremiere der neuen Baureihe, die im April in Wörth am Rhein stattfand, sind ab sofort die ersten serienmäßig hergestellten Fahrzeuge im Verkauf.

Überarbeitung

Ab Januar 2014 ist die Euro-

VI-Abgasnorm für alle neuzugelassenen LKW verbindlich vorgeschrieben. Daher war eine Überarbeitung des Produkts Unimog erforderlich. Sie wurde zum Anlass genommen, das Fahrzeug vollkommen neu zu interpretieren. Neben dem modernen Design konnte so auch verstärkt auf Kundenwünsche und -vorschläge eingegangen werden.

Neue Hydraulik

Die drei Hauptinnovationen sind der leistungsstärkere Motor, die neue Hydraulik und der hydrostatische Fahrantrieb. Der Unimog verfügt über eine neue effiziente und sparsamere Motorenpalette mit Euro VI Technologie und obwohl diese Technologie sehr viel Platz braucht, konnte der Unimog in seiner Kompaktheit und Wendigkeit erhalten bleiben. Mehr noch: Durch die Kompensation des Mehrgewichts wurde tatsächlich seine Nutzlast erhöht und zwar durchgängig über alle Baureihen.

Rahmenkonstruktion

Wie das bewerkstelligt wurde? Die Verwendung aller Materialien kam auf den Prüfstand und man verbaute neue Rahmenkonstruktionen. Die neue Euro VI-Technologie hat also dazu beigetragen das Produkt grundlegend zu ver-

bessern. So wurde auch bei der Hydraulik nachgearbeitet. Der neue Unimog verfügt über eine vollproportionale Arbeitshydraulik, die eine feinfühligere Gerätesteuerung ermöglicht. Viele klei-

Zwei starke Seiten

Multicar TREMO T mit leichter Winterdiensttechnik von KIF

Das „T“ in seinem Namen steht für Transporter. Doch der Multicar TREMO T wäre kein echter Multicar, wenn er nicht noch ein Ass im Ärmel hätte. Ausgestattet mit einer leichten Winterdiensttechnik des Anbaugeräteherstellers KIF wird dieser extrem schmale Transporter zum idealen Räumfahrzeug für enge Gehwege, Fußgängerzonen aber natürlich auch für weitläufige Plätze und Betriebshöfe.

Von Haus aus ist der Multicar TREMO T schlank und wendig. Mit einer Breite von nur 1,32 Meter passt er auf alle Rad- und Gehwege und rangiert auch in Fußgängerzonen elegant um jede Bank. Diese Eigenschaft kommt ihm auch im Winterdienst zugute. Selbst der aufgesetzte Heckanbaustreuer passt sich ideal an die schlanke Silhouette des Trägerfahrzeugs an. Dank 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht und bis zu 1,35 Tonnen Zulademöglichkeit bietet er ausreichend Spielraum für den Aufbau und das Streugut.

Streubild

Elektrohydraulisch angetrieben kann jedes beliebige Streugut, wie Sand, Splitt, Salz oder Sand- und Salzmischungen ausgebracht werden. Durch das Streubild in Fahrzeugbreite ist ein seitlicher Schleudereffekt des Streuguts ausgeschlossen.

ne Extras - bspw. wird im Rückwärtsgang automatisch der Schneepflug angehoben - erleichtern den Arbeitsalltag und können über das neue Multifunktionsdisplay abgerufen werden.

Synergetischer Antrieb

Die größte Innovation aber ist der neue hydrostatische Fahrantrieb, der sog. synergetische Fahrantrieb. In Kombination mit dem mechanischen Fahrantriebsstrang, der sich manuell von 0-90 km/h schalten lässt, kann zwischen 0-50 km/h auf den stufenlosen hydrostatischen Antrieb umgeschaltet werden. D.h. während einer Transport- oder Überlandfahrt wird der spritsparende mechanische Antrieb genutzt und während eines Arbeitseinsatzes wird durch den hydrostatischen Antrieb stufenloses Arbeiten ermöglicht.

Neuerungen

Weitere Neuerungen sind, neben der neuen Anbringung der Hydrauliksteuerzellen, die nun besser vor Spritzwasser geschützt sind, und die drei frei zu wählenden Möglichkeiten Kameras anzubringen, die aus dem Fahrerhaus überwacht werden können, die neue Platzierung der Scheibenwischer, die nun von

oben nach unten wischen. Besonders im Winterdienst waren die Scheibenwischer durch den schweren Schnee einer großen Belastung ausgesetzt, was zu Materialermüdung führte. Jetzt arbeiten die Wischer mithilfe der Schwerkraft wesentlich effizienter. Für Über-Kopf-Arbeiten gibt es eine zweite Parkposition am rechten und linken Scheibenrand, damit das Sichtfeld nicht eingeschränkt ist.

Kundenwünsche

„Das ist ein gutes Beispiel, wie auf Kundenwünsche eingegangen werden konnte“, so Partelly. Der

neue Unimog verfügt zudem über ein werkzeuglos leicht zu reinigendes Kühlergitter und einen genauso leicht zu reinigenden Pollenschutzfilter. Der Kühler auf der rechten Seite des Fahrzeugs wurde entfernt. Dieser war insbesondere bei Mäharbeiten oft verstopft. Der Kühler auf der linken Seite kann aufgeklappt und mittels einer Luftdruckpistole gereinigt werden. Alles in allem ist der neue Unimog in zahllosen Bereichen sehr viel leichter zu warten. Dies und seine Langlebigkeit macht ihn so einzigartig als „Arbeitstier“, das sein Geld in verschiedensten Branchen an bis zu 365 Tagen im Jahr verdient. CH



Kann mehr als nur transportieren - der Multicar TREMO T mit Winterdiensttechnik von KIF.

streuer die Sicht nach hinten frei. Dies sorgt für zusätzliche Sicherheit im Betrieb.

Pkw-Maut wohl mit europäischem Recht vereinbar

Der Deutsche Landkreistag begrüßte ausdrücklich den Hinweis der EU-Kommission, dass bei Einführung einer generellen Pkw-Maut für In- und Ausländer deutsche Autofahrer an anderer Stelle, namentlich durch Senkung der Kraftfahrzeugsteuer, entlastet werden dürfen.

Präsident Landrat Hans Jörg Duppré kommentierte: „Durch diese Klarstellung werden die vielfach geäußerten Zweifel an der europarechtlichen Zulässigkeit einer solchen Lösung endgültig ausgeräumt. Nunmehr geht es um die nachhaltige Sicherung des Straßennetzes von Bund, Ländern und Kommunen. Eine zusätzliche Belastung von Berufspendlern in der Fläche findet über eine kilometerunabhängige Vignetten-Lösung bei einer gleichzeitigen Senkung der Kfz-Steuer für alle Autos nicht statt.“ Auch könne auf ein aufwändiges Erfassungssystem wie bei der Lkw-Maut verzichtet werden. Zu beachten sei allerdings, bei einer Entlastung aller

Bürger über die Kfz-Steuer auch sämtliche Straßen in die Nutzerfinanzierung einzubeziehen.

Investitionsstau

Wesentlich sei, dass die zusätzlichen Einnahmen der Verkehrsinfrastruktur insgesamt zugutekämen. Vor diesem Hintergrund bekräftigte Duppré im Anschluss an einen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz die Erwartung der Landkreise, nunmehr im ersten Schritt zeitnah die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um den durch die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur aufgelaufenen Investitionsrückstau rasch abzubauen. □



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6.

Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Nürnberg:

Teer unterm Scanner

Hauptverkehrsstraßen werden auf Schäden untersucht

„Heute ist es zu nass, um echte Messfahrten durchzuführen!“ Hermann Beuchel wirkt etwas enttäuscht, als er morgens eine Reihe Journalisten an der Ecke Weißerberggasse/Maxplatz begrüßt. Doch in den nächsten Wochen wird sein heftig blinkender, orangefarbener Kleintransporter mit geheimnisvollen Aufbauten über Nürnbergs Straßen fahren.

Wer den sieht, braucht keine Angst zu haben: Kein Bundesnachrichtendienst, Google oder NSA beobachtet mit zahlreichen Kameras Stadt und Bewohner. Sondern Beuchel und sein „STIER“ überprüfen den Straßenzustand in der Noris. Was genau das Kürzel STIER bedeutet, kann auch der Vermessungsingenieur nicht auf Anhieb sagen.

Er erklärt lieber allgemeinverständlich: „Es ist ein schnellfahrendes Messsystem, das die Quer- und Längsunebenheiten von Straßen erfasst.“ Dafür hat sein STIER keine Hörner, sondern Sensoren rundherum. Auf dem Dach sind eine Reihe von Kameras und Antennen montiert, am Heck blinken vier weiße Stroboskoplampen sowie orange Warnleuchten.

Laserscanner

Die wichtigsten Teile außen dürften ein Laserscanner oberhalb der Hecktür und vier rote Laser an der rechten Außenseite des Sprinters sein. Innen leuchten zwei Laptops, und der ganze Laderaum ist mit Knöpfen und viel Technik vollgestopft.

„Alle fünf Meter kontinuierlich ein Bild zur Einschätzung der Straßensituation“ erstellen die Kameras, und die Laser erfassen „Risse ab 0,5 Millimeter sowie Vertiefungen im kleinsten Bereich. Das funktioniert vom Stand bis etwa 80 km/h. Dafür gibt es große Anforderungen an die Technik“, erläutert Prof. Andreas Großmann vom Fachgebiet „Verkehrswesen“ der Hochschule Konstanz.

Großmann hat gemeinsam mit der Erfurter Ingenieurgesellschaft Lehmann & Partner GmbH (LP) den High-Tech-STIER entwickelt. Der werde in diesem Jahr in Süddeutschland etwa 14.000 Kilometer (km) Autobahnstrecken auf ihren Zustand überprüfen, darunter allein 1.400 km Ein- und Ausfahrten, heißt es von LP.

Trockene Verhältnisse als Voraussetzung

Da wirken die 300 km Nürnberger Hauptstraßen recht mickrig, die Hermann Beuchel an fünf Tagen abfahren will. „Doch selbst das sind 750 km Strecke“, weil jeder einzelne Fahrstreifen kontrolliert werden müsse, ergänzt der Messtechniker. Trocken müsse es sein, damit die Laser keine falschen Abstände messen. Ihm sei „die Helligkeit aber egal: Mir ist nachts sogar lieber.“

Das koste der Stadt Nürnberg etwa 70.000 Euro, sagt Stefanie Lurz von der „Fachkoordination Straße“ im Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR), der den Prüfauftrag an LP vergeben hat.

Eine Auswahl hatte SÖR dabei wohl nicht. „Wir haben europaweit ausgeschrieben, aber nur ein Angebot erhalten“, bestätigt Lurz' Chef Hans-Peter Kaupert. Doch das sei kein Wunder: Gerade mal vier Firmen hätten die Zulassung der BAST, der

Bundesanstalt für Straßenwesen, um solche Überprüfungen zu machen.

Komplette Auswertung

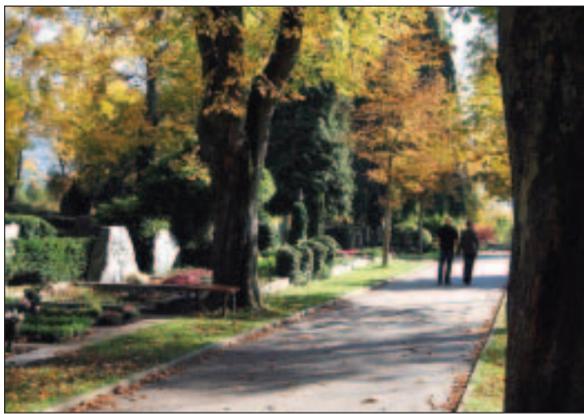
Für das Geld bekomme man aber viel mehr als nur das Einschneiden geteilter Straßen: Die komplette Auswertung sei da inbegriffen, mit riesigem Rechenaufwand, heißt es von LP-Kundenbetreuer Michael Heber. „Wir können auf Basis dieser objektiven Zustandserfassung Dringlichkeitsanforderungen erstellen“, sagt Stefanie Lurz. Denn die Straßenunterhaltsmittel seien auf etwa vier Mio. Euro pro Jahr be-

grenzt. Weshalb man bei SÖR lieber auf STIER als „auf den Faktor Mensch“ setzt, um Fahrbahnlöcher und Rillen zu erkennen.

Innovationspreis

2008 wurden Nürnbergs Hauptstraßen das letzte Mal „befahren“, danach Zug um Zug repariert, so SÖR-Frau Lurz. Gar alle vier Jahre müssen Autobahnen überprüft werden, weiß Prof. Großmann, der in Deutschland als LP-Konkurrenz nur „den TÜV Rheinland und die BAST selber“ kennt. Kein Wunder, hat der STIER doch „mit Entwicklung im siebenstelligen Bereich“ gekostet, also einen Millionenbetrag. Darin enthalten sind die Kosten für einen für Personen ungefährlichen Laserscanner. „Stellen Sie sich vor, ein Kind fährt mit dem Fahrrad untendurch“, nennt Prof. Großmann den Grund für die Neuheit, für die HP sogar einen Innovationspreis bekommen hat.

Jetzt hoffen Hermann Beuchel und das SÖR-Team auf trockenes Wetter: Dann kann STIER zeigen, was in ihm steckt. Was er im übrigen auch schon in viel kleineren Gemeinden, für Landkreise, aber eben auch auf Schnellstraßen bewiesen hat. **wra**



Herbststimmung auf dem Friedhof.

Bild: TBF

Bunt sind alle Gräber

Das Laub liegt bunt gefärbt auf dem Boden unter den kahlen Bäumen. Die herbstlichen Winde – die Vorbote des Winters – wehen die Blätter umher. Auch auf den Friedhöfen in Bayern ist der Kreislauf der Natur und allen Lebens spürbar.

Im Allerseelenmonat November, der durch den Laubfall und die immer kühler und kürzer werdenden Tage das Ende des Lebens symbolisiert, wird traditionell der Toten gedacht. Wohl auch deshalb fallen die katholischen Gedenktafeln Allerheiligen (1.11.), Allerseele (2.11.), der evangelische Totensonntag (24.11.) und der weltliche Volkstrauertag (17.11.) in diesen Monat. Es ist der schönste Monat, um die Gräber der verstorbenen Freunde oder Verwandten zu besuchen oder bei einem Spaziergang über den Friedhof die mystische Atmosphäre in sich aufzunehmen. Die Gräber sind zu dieser Jahreszeit zu Ehren der Toten nochmal frisch bepflanzt und mit symbolträchtigen Allerheiligengestecken geschmückt.

So wie die Gräber jetzt hergerichtet werden, so müssen sie die langen Wintermonate überstehen. Darum ist die Pflanzenauswahl zu dieser Jahreszeit besonders wichtig. Immergrüne Zwerggehölze können einen ruhigen Rahmen und Hintergrund bilden. Besonders eignen sich hierfür kleinwüchsige Kiefernsorten, die schnittverträglichen Eiben oder auch die altbekannten Zuckerhutfichten, die zu Weihnachten auch als Christbaum geschmückt werden können.

Zu einer gelungenen Grabpflanzung gehört aber mehr als nur das immerwährende Grün der Gehölze. Eine Mischung aus Sommerheide (Calluna), die die ersten Fröste meist noch übersteht, zusammen mit der Winterheide (Erika) die von Dezember bis April ihre farbigen Knospen zeigt, bilden meist die Basis. Die

se beiden Heidepflanzen können gut mit den ebenfalls winterblühenden Christrosen, Strukturpflanzen wie buntblütigem Salbei, Heuchera oder Silberblatt und Beerenpflanzen wie Pernetien kombiniert werden. Mit etwas Gespür für passende Farbzusammenstellungen entsteht so ein schönes, herbstliches Grab, das bis in den Vorfrühling hinein seinen Charme nicht verlieren wird.

Wem es schwer fällt eine schöne und standortgerechte Bepflanzung anzulegen oder die Möglichkeit dazu nicht hat, kann sich auch an einen Friedhofsgärtner vor Ort wenden. In den Gärtnereien können Sie sich jederzeit beraten lassen oder einen Friedhofsgärtner mit der Durchführung beauftragen.

Friedhofsgärtner Franz Xaver Schub aus Traunstein hat mehrere hundert Pflegegräber und weiß, worauf man bei der Herbstbepflanzung achten muss. Er sieht den Trend für die diesjährige Herbstbepflanzung in den Sorten des sogenannten Herbstzaubers Sortiments in Kombination mit Gräsern und der niedrigen Scheinbeere (Gaultheria). Die immergrüne Scheinbeere besticht durch ihre leuchtend roten Beeren und ihren kompakten Wuchs. Wichtig ist es, so Schub, Gaultherien im Halbschatten zu verwenden, da sie sonst im Winter zu viel Feuchtigkeit verdunsten und austrocknen.

So vorbereitet und geschmückt werden die Gräber den Winter gut und schön überstehen, bis im Frühling wieder die ersten Zwiebelpflanzen ihre Blütenköpfe zeigen. **BGV/TBF**



Garantierte Multifunktionalität - Der CityRanger 3500. □

Nilfisk-Egholm CityRanger 3500 in Berlin:

Gute Wahl für Stadtreinigung

Mit 3,3 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 892 Quadratkilometern ist Berlin nicht nur die größte Stadt Deutschlands – sie zählt auch zu den trendigsten Metropolen in ganz Europa. Das zeigt sich allein daran, dass jedes Jahr rund 130 Millionen Touristen die Hauptstadt erkunden. Umso größer ist die Herausforderung für die Berliner Stadtreinigung (BSR), von denen 5.300 Beschäftigten 2.200 seit Jahren für Sauberkeit auf Straßen und Gehwegen und für Verkehrssicherheit besonders im Winter sorgen. Um dieser anspruchsvollen Aufgabe gerecht zu werden, setzt der kommunale Betrieb unter anderem auf die Straßenkehrmaschine CityRanger 3500 von Nilfisk-Egholm, einer Marke der Nilfisk-Advance GmbH.

Berlin ist eine Stadt, die niemals schläft. Um die damit einhergehenden, vielfältigen Reinigungsaufgaben effizient zu meistern, sind die BSR-Verantwortlichen kontinuierlich auf der Suche nach neuen Reinigungshelfern. Im Zuge dessen nahm der kommunale Dienstleister im Jahr 2010 auch den kompakten Nilfisk-Egholm CityRanger 3500 mit einem Nutzvolumen von 1,4 m³ und einem Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen unter die Lupe.

Multifunktionalität

Schnell war klar: Die multifunktionale Maschine könnte eine optimale Lösung sein, um dem

Schmutz auf Straßen und Gehwegen den Kampf anzusagen und gleichzeitig die Sicherheit für den Verkehr und die Fußgänger zu gewährleisten.

Praktische Prüfung

Um die Kehrmaschine hinsichtlich ihrer Leistung auf den Prüfstand zu stellen, mietete die BSR zunächst zehn Kleinkehrmaschinen. So war es zudem möglich, Erfahrungen im Rahmen der praktischen Einsatzmöglichkeiten zu sammeln. Auch unter den harten Bedingungen, mit denen die BSR tagtäglich konfrontiert wird, erzielte der CityRanger 3500 ein ein-

wandfreies Reinigungsergebnis – und das im Zweischichtbetrieb von sechs Uhr morgens bis zehn Uhr abends. Damit war die wohl wichtigste Voraussetzung erfüllt: Zuverlässigkeit und Effizienz bei geringen Standzeiten und gleichzeitig niedrigen Betriebs- und Wartungskosten. Darüber hinaus benötigen die Fahrer lediglich den Führerschein der Klasse B, um das Kraftpaket zu steuern.

68 neue „Feger“ in nur drei Jahren

Aufgrund des „bestandenen Einstellungstests“ orderte die BSR bereits Anfang 2011 weitere Maschinen, diesmal zum Kauf. Zunächst sausten 28 Straßenkehrer mit einer Maximalgeschwindigkeit von 38 km/h durch Berlin Mitte und die umliegenden Stadtbezirke. Dabei sind sie in jedem Fall ein Hingucker für Passanten. Denn dank der flexiblen Produktion bei Nilfisk-Egholm ist es kein Problem, den „Feger“ auf Kundenwunsch in der Sonderfarbe „kommunal-orange“ zu fertigen. Das Konzept überzeugte nun auf ganzer Linie und so hielten zeitnah 40 zusätzliche Maschinen Einzug in die Reinigungsflotte, die insgesamt 128 Kleinkehrmaschinen zählt. Doch damit nicht genug: Um das Einsatzspektrum der CityRanger 3500 zu erweitern, stellte sich die BSR aus den zahlreichen Zubehörteilen ihr persönliches Wunschpaket zusammen. Seitdem ist ein Teil der Maschinen dank Schneewalze, Pflug und Splittstreuer starkklarer für die Wintersaison.

Ununterbrochene Reinigungspower dank 24/7-Service

Betriebsausfälle oder lange Reparaturzeiten kann sich die BSR nicht leisten. Deshalb war auch das Full-Service-Paket von Nilfisk-Egholm ein ausschlaggebendes Argument. Dank eines Teams aus vier Mitarbeitern, von denen zwei ausschließlich die BSR betreuen, und dem lokalen Ersatzteilager gehen Wartungsprozesse reibungslos von der Bühne. So zaubert der CityRanger 3500 ununterbrochen Glanz in die schillernde Stadt an der Spree. □

Terminhinweis:

5. Bayerische Friedhofskulturtagung in Regensburg

Unter dem Motto „Friedhof – Ein Ort der Vergänglichkeit, der Veränderung und des Neubeginns. Ein Feld für Würde und Menschlichkeit.“ veranstaltet der Landesinnungsverband des bayerischen Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks am Dienstag, den 12. November 2013 seine 5. Bayerische Friedhofskulturtagung im historischen Salzstadel in Regensburg.

Hochkarätige Referenten werden sich im Rahmen dieser traditionellen Tagung zu unterschiedlichen Fragen der sich verändernden Friedhofs-, Bestattungs- und Trauerkultur äußern und mit den Besuchern diskutieren. Prof. Dr. Karl Baumgartner, katholischer Theologe, ehemaliger Professor an der Universität Regensburg und Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Hinterbliebenenseelsorge wird praktische theologische Aspekte für einen Friedhof unter den neuen Vorzeichen darlegen.

Chancen und Perspektiven

Prof. Birgit Schmidt wird sich aus Sicht der Landschaftsarchitektur in ihrem Vortrag mit den Chancen und Perspektiven im Friedhofs- und Bestattungswesen auseinandersetzen. Sie lehrt an der Fachhochschule Weihenstephan im Bereich Objektplanung in der Landschaftsarchitek-

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Bestattungswesen der Stadt Regensburg, Franz Weitzer beleuchtet den Friedhof im Spannungsfeld zwischen Kulturgut und Kostenfaktor. Er wird dies am Beispiel der Regensburger Friedhöfe praxisnah darstellen.

Hermann Rudolph, der Landesinnungsmeister der bayerischen Steinmetze und Veranstalter der Tagung präsentiert in seinem Vortrag „Der gute Ort – Zukunft unserer Friedhöfe“ seine Gedanken und konkreten Vorschläge für eine menschenwürdige Friedhofsentwicklung.

Zu der Veranstaltung eingeladen sind vor allem Fachleute aus allen Bereichen, die sich beruflich und damit oft täglich mit den Entwicklungen in der Friedhofs-, Bestattungs- und Trauerkultur auseinandersetzen. Aber auch interessierte Bürger sind herzlich willkommen, sind sie es doch, die die Friedhofsentwicklung entscheidend prägen. □

Gemeinde-Allianz Hofheimer Land:

Ein Bündnis für lebendige Ortsmitten

Modellprojekt in www.sdl-inform.de

Gemeinsame Interessen lassen Gemeinden kreative Wege gehen. Die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land im Landkreis Haßberge ist ein Bündnis, das für lebendige Ortsmitten kämpft und den demographischen Schrumpfungsprozess aktiv angeht.

Inmitten des Naturparks Haßberge in Unterfranken an der bayerisch-thüringischen Grenze haben sich sieben Gemeinden mit insgesamt 51 Ortsteilen zusammengetan, um den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken. Leerstände in den Ortskernen führen zu einem Verlust an Angeboten des täglichen Bedarfs, in der Folge zum Wegzug der jungen Generation und damit langfristig zu einer schwindenden Wirtschaftskraft.

Fokus auf Innenentwicklung

Die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land gründet heute auf einer über Jahre hinweg gewachsenen Zusammenarbeit der sieben Gemeinden. Der Fokus liegt auf der Innenentwicklung der Allianz-

Region. 2008 wurde ein erster Leitfadens für die Kooperation erarbeitet und ein eigenes Allianz-Förderprogramm aufgelegt. Drei Jahre später nahmen aktive Bürger an einem Seminar der Schule für Dorf- und Landentwicklung in Klosterlangheim teil und definierten gemeinsame Handlungsfelder.

Erste erfolgreiche Projekte

Die Gemeinden kooperieren sowohl mit der Städtebauförderung als auch mit dem Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken (ALE), das die Vergabe des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) an die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land einleitete. Mittlerweile sind erste Projekte erfolgreich umgesetzt worden. Die Al-

lianz hat sich auf der Grundlage eines gemeinsamen Leitbildes eine Wort-Bild-Marke zugelegt, die identitätsstiftend wirkt.

Revitalisierung der Ortskerne

Kernthema der Gemeinde-Allianz Hofheimer Land ist die Siedlungsentwicklung und die Daseinsvorsorge in der Region. Um nachhaltig gegen Verödung und für die Revitalisierung der Ortskerne einzuschreiten und so die Wohn- und Lebensqualität der Bürger zu verbessern, werden Baumaßnahmen verstärkt in die Ortsmitte verlagert und das Flächenmanagement verbessert.

Mit der Gründung des Interkommunalen Bürgerzentrums in Hofheim ist eine wichtige Anlaufstelle geschaffen worden, die Service- und Dienstleistungsangebote bereitstellt, u. a. zum Thema Bauen im Allianzgebiet. Leerstände und Freiflächen in den Ortsmitten werden erfasst und vermarktet, das Bauen und Renovieren wird im Vergleich zum Bauen in Neubaugebieten kostengünstiger angeboten. Für die Nutzung vorhandener Bausubstanz werden Förderprogramme eingesetzt. Dadurch konnten in Riedbach und Aidhausen bereits Dorfläden eröffnet werden, die die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs sicherstellen. Außerdem ist in Aidhausen eine Mehrgenerationenwerkstatt entstanden.

Tourismus und gesellschaftliches Leben

Mit der Eröffnung des Interkommunalen Bürgerzentrums in Hofheim und dem Burgeninformationszentrum Altenstein werden zudem auch touristische Potenziale erschlossen, wie zum Beispiel das Projekt „Deutscher Burgenwinkel“, ein Netzwerk aus Burgen, Schlössern und Ruinen. In Hofheim entstand eine zentrale Touristeninformation für den Landkreis Haßberge. Und auch generationenübergreifende Angebote wie eine Senioren- und Familienbetreuung, eine Stadtbücherei oder die Koordination von ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Dienstleistungen gehören zu deren Aufgaben.

Die zuletzt erfolgte Gründung des Vereins „Hofheimer Land e.V.“ sowie die Einsetzung eines Allianz-Managers sind wichtige Schritte hin zur Umsetzung weiterer Projekte, die die Zukunft der 15.000 Einwohner im Allianzgebiet nachhaltig sichern sollen.

Weitere Info zum Thema unter: www.sdl-inform.de



Positive Atmosphäre: Die EXPO REAL 2013 verzeichnete über 18.000 Fachbesucher und mehr als 17.000 Repräsentanten der ausstellenden Unternehmen.

EXPO REAL 2013:

Positiver Ausblick für den Markt

Der starke zentraleuropäische und vor allem der deutsche Immobilienmarkt haben für gute Stimmung gesorgt, auch wenn sich die Entwicklung auf den europäischen Immobilienmärkten unterschiedlich darstellt. Für die 36.000 Teilnehmer der EXPO REAL, 16. Internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen, standen wieder Netzwerken und Business an allen drei Tagen im Mittelpunkt.

Business macht für Torsten Knapmeyer, Geschäftsführer der WestInvest, die EXPO REAL aus: „Wir nutzen die Messe, um uns mit unseren Geschäftspartnern über die aktuelle Situation der Branche auszutauschen. Darüber hinaus bieten die zahlreichen Veranstaltungen auf der Messe eine Möglichkeit, sich ein Bild über die Meinung von anderen Marktteilnehmern zur Entwicklung auf den Immobilienmärkten zu machen. Traditionell hat sich die EXPO REAL als guter Ort erwiesen, um Transaktionen zu besprechen.“

Vor einem Wendepunkt

Jan-Willem Bastijn, Leiter EMEA-Kapitalmärkte bei Cushman & Wakefield in England, sagt dazu: „Auf der EXPO REAL 2013 herrschte eine positive Atmosphäre - wir stehen vor einem Wendepunkt. Die Stimmung wird immer besser und wir stellen eine zunehmende Bereitschaft fest, global Geschäfte zu tätigen.“

Dem stimmt auch Teresa Dreö, Bereichsleiterin Real Estate Germany der Unicredit Bank AG zu: „Die EXPO REAL als internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen stellt für uns als Immobilienfinanzierer die wichtigste Messe überhaupt dar. Mit unserem Fokus auf Zentral- und Mitteleuropa, insbesondere Deutschland, sehen wir die EXPO REAL als ideale Networking-Plattform

für diese Märkte. Das ungebrochen starke Interesse an deutschen Immobilien spiegelt sich deutlich in der positiven Stimmung auf der Messe wider und leistet einen nicht unerheblichen Beitrag zum Gesamterfolg.“

Neben den klassischen Märkten aus Mittel- und Westeuropa waren dieses Jahr auch zahlreiche Länder aus Ost- und Südosteuropa vertreten. Hierzu sagte Irina Babyuk, Vorsitzende des Ausschusses für Investitionen von St. Petersburg: „Führt man sich den wachsenden Wettbewerb um Investoren unter den Regionen und Städten vor Augen, so müssen diese ihr Investitionspotenzial unbedingt entwickeln. Die EXPO REAL hat St. Petersburg die Gelegenheit gegeben, sich als eine attraktive Geschäftsplattform zu präsentieren. Ich möchte unbedingt erwähnen, dass wir zwei Vereinbarungen im Wert von 1,7 Milliarden Euro unterzeichnet haben.“

Die Präsenz der kompletten Wertschöpfungskette der Immobilienbranche überzeugte auch viele Erstaussteller. Heiner Franssen, Geschäftsführer der LIC Asset Management GmbH aus den USA, bestätigt das: „Die EXPO REAL bot uns eine hervorragende Gelegenheit, hochrangige, für unsere Branche wichtige Ansprechpartner in jedem Sektor des internationalen Immobilieninvestments zu treffen, einschließlich Dienstleister, Berater, Investoren und Geldgeber.“

Ein Highlight für Barbara Eitin-

ger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, waren die Konferenzforen. Sie plädiert zudem für ein stärkeres Engagement der Architekten: „Die EXPO REAL ist eine bedeutende Messe, auf der die Architekten und Stadtplaner vertreten sein müssen. Wir müssten uns noch stärker einbringen; denn alles, was hier im Mittelpunkt steht, wäre ohne unsere planerische Leistung nicht möglich. Daher sind die Foren hier auch sehr wichtig - sie geben Impulse, um weiterzudenken.“

Planung für 2014

Der diesjährige Erfolg lässt einige Aussteller schon jetzt für die EXPO REAL 2014 planen, so wie Christa Thijssen, Direktorin von Holland Property Plaza aus den Niederlanden: „Die positive Atmosphäre, die durch so viele Immobilienexperten in nur drei Tagen auf der EXPO REAL geschaffen wurde, hat uns dazu veranlasst, schon jetzt mit den Vorbereitungen für die siebte Teilnahme von Holland Property Plaza zu beginnen. Für uns ist die EXPO REAL der Ort, an dem man einfach präsent sein muss!“

Von den 36.000 Teilnehmern entfallen 18.600 auf Fachbesucher (2012: 18.911) und 17.400 auf die Repräsentanten der ausstellenden Unternehmen (2012: 17.238). Die Top Ten unter den insgesamt 65 Besucherländern sind neben Deutschland - in dieser Reihenfolge - Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Frankreich, Russland, Polen, Tschechische Republik, USA und Luxemburg.

Die nächste EXPO REAL findet vom 6. bis 8. Oktober 2014 in München statt.



Die Lenkungsgruppe.

Förderkonditionen fürs Eigenheim verbessert

Der Freistaat Bayern hat aufgrund der aktuellen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere des starken Anstiegs der Kauf- und Grundstückspreise, die Förderkonditionen in der Eigenwohnraumförderung deutlich verbessert.

So wurde im Bayerischen Wohnungsbauprogramm der Kinderzuschuss von 1.500 Euro auf 2.500 Euro je Kind erhöht. Im Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm wurde der Förderhöchstbetrag von 100.000 Euro auf 150.000 Euro angehoben. Die vom Freistaat Bayern für dieses Jahr zur Verfügung gestellten Fördermittel sind noch nicht ausgeschöpft.

Die Förderung soll in erster Linie Familien mit mittlerem Einkommen die Möglichkeit zum Bau bzw. Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung eröffnen. Grundsätzlich sind aber alle Haushalte antragsberechtigt, deren Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze nicht überschreitet. So liegt beispielsweise eine junge Familie mit zwei Kindern mit einem Jahresbruttoeinkommen von 71.000 Euro noch innerhalb der Einkommensgrenze.

WASSERKRAFT ZUM LEBEN



Wo ein Wille definiert ist, findet sich der richtige Weg

Von **Martin Behrends**, Projektleiter Beratung + Vertrieb, BayernFM und **Stephan Klein**, Projektleiter Bau + Fläche, BayernFM

Die Rolle des Bauherren wird bei Immobilienprojekten häufig unterschätzt. Das zeigen zahlreiche Projekte der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft, die deutlich teurer oder später fertig werden als geplant. Nicht immer sind dafür Tatsachen verantwortlich, die erst im Projektverlauf sichtbar werden. Häufig liegt es schon an einem fehlenden umfassend ausgearbeiteten Bauherrenwillen, der als Richtschnur und Messlatte alle Beteiligten zu einem erfolgreichen Projektabschluss leitet.

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ (1). Das dachten gewiss auch die Bauherren der Elbphilharmonie in Hamburg oder des Berlin-Brandenburger-Flughafen. Zu Beginn steht eine kühne Vision. Und ehe es man sich versieht, steckt man mitten im Planungs- und Bauprozess. Schließlich soll das bedeutsame Projekt bald fertig werden. Wenn Kosten und Termine aus dem Ruder laufen, ist der anfängliche Zauber rasch verflogen und das Erwachen in der Realität ist umso unangenehmer. Warum laufen so viele Bauprojekte aus dem Ruder?

Der Laie ist in so einem Fall leicht mit Pauschalurteilen bei der Hand: Die öffentliche Hand kann eben nicht bauen. Das Deutsche Baurecht ist viel zu kompliziert. Die Handwerker ziehen einen eh immer über den Tisch. Sind das die wahren Gründe für die Geschichten, die Steuerzahler, Konsumenten und auch die Bauherren selber oft frustrieren? Wir sagen „Nein!“ Denn diesen Beispielen, denen man noch zahlreiche weitere Fälle an die Seite stellen kann (2), stehen viele erfolgreiche Bauprojekte von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand gegenüber.

Eine Vision alleine reicht nicht

Am Beginn einer Projektentwicklung stehen der Wunsch eines Nutzers oder die Vision eines Investors. Bevor an dieser Stelle sofort der Planungsprozess startet, sollte vorher ein kleiner aber entscheidender Schritt gegangen werden. Aus Wunsch oder Vision muss zuerst noch ein Projekt mit klar und detailliert ausformulierten Zielen und Rahmenbedingungen werden, der Bauherrenwille. Denn die Erfahrung zeigt, dass alle Themen, die am Anfang nicht sauber definiert werden, später einen negativen Einfluss auf Kosten, Termine und Qualitäten haben können.

Leider wird diese sinnvolle Vorgehensweise durch die Struktur der aktuellen HOAI nicht unterstützt. Sie startet in Phase I mit der Grundlagenermittlung. Das hört sich grundlegend an ist es aber in der Regelleistung nur eingeschränkt. Zu den Leistungen dieser Phase gehört ausdrücklich nicht die so genannte Bedarfsermittlung (Bauherrenwille). Diese wird vielmehr als Grundlage für die weiteren Planungen bereits vorausgesetzt. In der Praxis ergibt sich daraus häufig eine iterative Vorgehensweise. Der Bauherr kommuniziert Wünsche und einzelne Ziele an den Planer und auf dieser Basis werden die Planungsleistungen

ist allein der Bauherr verantwortlich. Der erste Schritt besteht darin, sich zu fragen, ob in dem eigenen Team ausreichend Kompetenzen vorhanden sind, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Wenn nicht, sollte man sein Team mit externen Experten verstärken.

Orientierung am Nutzerbedarfsprogramm

In Deutschland wird diese frühe Phase von Bauprojekten bisher kaum beachtet. Wie die Definition des Bauherrenwillens zu erfolgen hat, ist dem Einzelfall überlassen. Wir empfehlen eine Orientierung am Nutzerbedarfsprogramm (NBP). Dieses ist in der DIN 18 205 definiert und beschreibt einen methodischen Prozess im Laufe dessen Nutzen, Funktion, Flächen und Raumbedarf, Gestaltung und Ausstattung, Budget und Zeitrahmen für das Projekt definiert

externer Berater kann in diesem Prozess, der aus einer Abfolge von Workshops und thematischer Arbeit besteht, die Rolle des Moderators und Treibers übernehmen. Ein zweiter Erfolgsfaktor ist die Integration der maßgeblichen Mitarbeiter, Spezialisten und Führungskräfte in den Prozess.

Alle Beteiligten an Bord holen

Aus unserer Sicht gliedert sich die Definition des Bauherrenwillens in die in der Abbildung dargestellten vier Prozessschritte. Ausgehend von der Vision (z. B. „Wir brauchen ein neues Rathaus!“) werden in der Auftaktphase aus der Vision die Oberziele (Das Rathaus soll die Bürgernähe der Verwaltung unterstreichen) für das Vorhaben definiert und die Rahmenbedingungen festgestellt. Daneben wird der Prozess „Definition Bauherrenwillen“ mit Terminen, Meilensteinen und Beteiligten geplant. In Phase 2 „Ziele“ werden alle Beteiligten (Führungskräfte, Spezialisten) an Bord geholt. Anschließend erarbeiten diese mit Ihren Teams die Detailziele für die ihnen zugewiesenen Themen/Bereiche. Mit Blick auf die

anschließend dokumentiert. Mit dem Bauherrenwille liegt jetzt den Planern und den ausführenden Firmen eine konkrete Richtschnur vor, die zugleich die Messlatte für ihre Leistungen ist. Die Vorteile eines klar definierten und strukturierten Bauherrenwillens sind offensichtlich:

- Die Bedürfnisse/Ziele von Bauherren und Nutzern werden systematisch ermittelt
- Der Bauherr bekommt genau das Objekt, das er braucht
- Den Planern liegt eine stimmige Planungsgrundlage vor
- Im Streitfall kann der Bauherrenwille als objektive Auftragsgrundlage herangezogen werden
- Änderungen und damit teure Verzögerungen können im Bauprozess weitgehend vermieden werden

Gemeinsam oder einsam?

Warum ist es sinnvoll, sich zumindest in dieser entscheidenden

Phase die neutrale Hilfe eines Partners von außerhalb der eigenen Organisation zu suchen? Wir antworten mit einer Gegenfrage: Wie oft baut eine Kommune oder ein mittelständisches Unternehmen ein Rathaus, ein neues Verwaltungsgebäude, eine neue Schule, ein neues Erlebnisbad oder sogar einen Flughafen?

Aus unserer Sicht ist ein vollständig definierter Bauherrenwille ein entscheidender Erfolgsfaktor für Bauprojekte. Fehlt er in dieser Form kann Vieles entstehen, aber nicht die Immobilie, die man wirklich braucht. Und sehr wahrscheinlich auch nicht zu den geplanten Kosten und Terminen.

- 1) Aus dem Gedicht „Stufen“ von Hermann Hesse.
 2) Vgl. auch das aktuelle Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes.
 3) Vgl. auch die Leistungsbeschreibung der aktuellen Fassung des § 205 AHO, Projektstufe 1, Handlungsbe- reiche B und D.

Bayerische Bauwirtschaft startet TV-Reihe:

„Faszination Bau – Bauen in Bayern“

„Energieeffizientes Bauen macht Schule“ wird ab Mitte November bundesweit bei N24 ausgestrahlt

(bbiv) München. Ob in atemberaubenden Höhen oder in den Tiefen der Erde, ob mit mächtigen Maschinen oder im Nano-Kosmos – überall arbeiten Bauingenieure für den Fortschritt. Innovative Technologien und spektakuläre Bauwerke legen davon ein sichtbares Zeugnis ab. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Leistung jedoch oftmals übersehen.

Mit dem Ziel, innovative Bautechnologien verständlich und erlebbar zu machen und sie stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, startet die Bayerische Bauwirtschaft mit der TV-Reihe „Faszination Bau – Bauen in Bayern“ eine Initiative für Bewegtbild und Online. Ab Mitte November wird die Serie bundesweit auf N 24 ausgestrahlt.

„Bayerische Bauunternehmen sichern die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit des Landes und stehen traditionell für Qualität“, erklärt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. „Es ist an der Zeit, die Vielseitigkeit und Kreativität der bayerischen Bauingenieurskunst selbstbewusst nach außen zu tragen.“

„Wenn man so will, haben Bauingenieure den Menschen aus der Höhle ins Haus geholt und in die ganze Welt hinaus geschickt. Ingenieure sind Treiber unserer Entwicklung. Auch die drei Megatrends – Mobilität, Kommunikation und Ressourceneffizienz – werden von Ingenieuren und ihren Ideen gestaltet“, so Hess. Ein Beispiel für

innovativen Energiebau ist das Gymnasium Wendelstein, das 2012 den Bayerischen Energiepreis erhielt. Welches bauliche High-Tech hinter der Schulfassade steckt, zeigt der Film „Energieeffizientes Bauen macht Schule“ am 29. November auf N 24.

Die TV-Serie „Faszination Bau – Bauen in Bayern“ zielt darauf ab, die öffentliche Wahrnehmung für die enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Bauingenieurkunst in Bayern zu schärfen. Insbesondere junge Menschen sollen über die technischen Innovationen und attraktiven Berufsbilder der Branche informiert und begeistert werden.

Auftakt der Serie ist der TV-Beitrag „Die bayerischen Autobahnen“ in Kooperation mit der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern am 15. November. Weitere Sende- termine (immer freitags um 18.30 Uhr bei Cassini): 22.11.: Bayern baut auf Wasserkraft, 29.11.: Energieeffizientes Bauen macht Schule, 6.12.: Die hohe Kunst des Tunnelbaus, 13.12.: Brücken bauen im richtigen Takt. □

Fachtagung der Städtebauförderung in Bayern:

„Ort schafft Mitte“

Die Oberste Baubehörde lädt in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer zur Tagung „Ort schafft Mitte“ – Städtebauförderung in Bayern 2013 am 28. November 2013 ins Kurhaus Freyung.

Die Fachtagung behandelt die Leerstandsproblematik in Ortszentren. In den vergangenen Jahren hat der demografische und wirtschaftsstrukturelle Wandel in einzelnen Städten und Gemeinden zu Gebäudeleerständen, Brachflächen und Infrastrukturdefiziten geführt.

Neue Instrumente

Die Behebung dieser Problematik ist in wirtschaftlich geschwächten Regionen auch mit Hilfe der Instrumente der städtebaulichen Erneuerung schwierig. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern führt seit 2010 in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag und dem Gemeindetag das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ durch. Dabei werden in ausgewählten

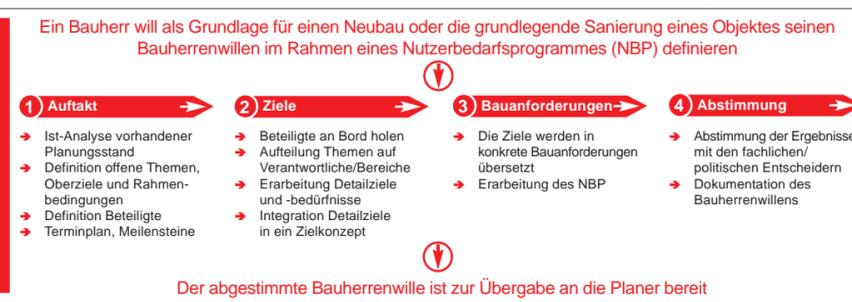
Kommunen neue Instrumente der Ortsmittenstärkung entwickelt und erprobt.

Im Rahmen der Fachtagung 2013 werden die Impulsprojekte der Modellkommunen und der Abschlussbericht des Modellvorhabens vorgestellt.

Die eintägige Veranstaltung richtet sich an die Kommunalpolitik, kommunale Verwaltungen, Stadtplanungs-, Architektur-, Landschaftsarchitektur- und Ingenieurbüros. Teilnehmer an den Diskussionsforen sind Vertreter von Kommunalpolitik und Wissenschaft, von Architektur- und Stadtplanungsbüros sowie Projektbeteiligte der Modellkommunen. Die Teilnahme ist gebührenfrei.

Weitere Informationen unter: www.stmi.bayern.de/uw/staedtebauforderung/aktuelles □

Projektvorbereitung - Definition des „Bauherrenwillens“ Voraussetzung und Richtschnur für den Erfolg Ihres Projektes



erbracht. Dann kommen Änderungswünsche, die neue Planungen zur Folge haben und so weiter. Meinhard von Gerkan bringt es in seinem Buch „Black Box BER“ auf den Punkt: „Kein Konzept, nur unstillbares Verlangen. Die 487 Änderungen und Anordnungen sprechen jedenfalls unmissverständlich die Sprache des Wunsches.“

Einen strukturierten Prozess starten

Wie definiert man einen Bauherrenwillen? Für diese Aufgabe

werden (3). Darüber hinaus kann es je nach den übergeordneten Zielen sinnvoll sein, zusätzliche Themen zu integrieren. Das kann z.B. die Entwicklung eines Bewirtschaftungskonzeptes für die spätere Nutzungsphase sein. Grundsätzlich ist aus unserer Sicht das NBP ein offenes Leit-system, dessen Struktur und Inhalte sich an den Zielen des Bauherren orientieren sollte.

Bei der Definition des Bauherrenwillens ist eine systematische und strukturierte Vorgehensweise ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ein interner Spezialist oder ein

Oberziele und die Konsistenz untereinander werden die Detailziele plausibilisiert und in einem Zielkonzept zusammengefasst. In der Phase 3 „Bauanforderungen“ werden die Detailziele in konkrete Bauanforderungen übersetzt, an denen sich die Planer orientieren müssen.

Abstimmungsphase

In Phase vier „Abstimmung“ wird das NBP noch einmal mit allen verantwortlichen fachlichen und politischen Entscheidungsträgern abgestimmt und



Jim Beam, Kentucky?

Sliors, Schliersee!

* Neu gesehen: Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN LIVE

Bausparen:

Bayern sind bundesweit Spitze

LBS bekommt 40 Prozent vom Kuchen

Regensburg, (osr) „Das eigene Haus oder die eigene Wohnung ist ein Lebensziel für immer mehr Menschen. Und Wohnimmobilien sind auch als Kapitalanlage gefragt.“ Dr. Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern, legte gestern im Presseclub eine vorläufige Bilanz für das Jahr 2013 vor. Es dürfte auf dem hohen Niveau der Vorjahre von acht Milliarden Euro Bausparsumme zu Ende gehen. Natürlich freut ihn auch, dass Bayern Deutschlands größter Bausparmarkt ist und seine LBS beim Neugeschäft einen Marktanteil von 40 Prozent erreicht.

Trotz Preissteigerungen in allen Regierungsbezirken sei die Nachfrage nach Wohnimmobilien ungeboren, stellt Wirnhier fest, und er sieht den Grund vor allem in den „historisch niedrigen Zinsen“. Vor diesem Hintergrund hat die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft in den ersten neun Monaten heuer bereits 7.373 Objekte mit einem Wert von 1,5 Milliarden Euro vermittelt. In der Oberpfalz gingen 658 Objekte für 96 Millionen Euro an neue Besitzer. Grenzen setzte hier das vergleichsweise geringe Angebot, was zu steigenden Preisen führe.

In der Oberpfalz kostete ein gebrauchtes Haus 2012 acht Prozent mehr als ein Jahr zuvor – der zweitstärkste Anstieg unter allen Regierungsbezirken. Die LBS führt das in erster Linie auf die Entwicklung im Raum Regensburg zurück. In Regensburg kosten neue Reihenhäuser im Schnitt 475.000 Euro, neue Eigentumswohnungen werden am häufigsten für 3.750 Euro pro Quadratmeter verkauft. Gebrauchte Reihenhäuser kosten zwischen 250.000 und 600.000 Euro, Eigentumswohnungen werden für 2.000 bis 3.500 Euro angeboten.

„Die Marktentwicklung spiegelt wider, dass in vielen Regionen Nachholbedarf beim Wohnungsbau besteht“, stellte Wirnhier fest. Bayernweit seien im Jahr 2012 nur 57.000 Baugenehmigungen erteilt worden, obwohl laut Innenministerium jährlich mindestens 70.000 neue Wohnungen entstehen müssten, um den Bedarf zu decken.

Für heuer zeichnet sich ein Plus von 13 Prozent bei der Neubautätigkeit ab. In der Stadt Regensburg wird sogar mehr als eine Verdoppelung gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres erzielt. Als Ursache identifiziert der LBS-Chef mehrere Großprojekte, etwa auf den Bahnflächen im Inneren Westen, auf dem Zuckerfabrikgelände oder auch am Donaumarkt.

Um das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt auszugleichen plädiert Wirnhier für „lokale Bündnisse für den Wohnungsbau“. Die Stadt Regensburg habe

beispielsweise mit der Entwicklungsmaßnahme Burgweinting systematisch Wohnraum für mehrere tausend Menschen, insbesondere für junge Familien, geschaffen, begleitet vom Förderprogramm „Wohnen in der Stadt“ mit Baukostenzuschüssen.

Die eigenen vier Wände seien nicht nur die beliebteste Altersvorsorge, sie machten auch unabhängig von Mietsteigerungen, stellte Wirnhier fest. Beispiel: Wenn heute ein 40-jähriger Familienvater ein Reihenhäuser in Regensburg erwirbt, dürfte seine Mietersparnis im Ruhestand 1.100 Euro im Monat betragen.

Zu einem Renner habe sich bei der LBS der vor fünf Jahren eingeführte sogenannte „Wohn-Riester“ entwickelt. In der Oberpfalz hat sie 11.400 solche Verträge im Bestand. Das neue Altersvorsorgeverbesserungsgesetz ab 2014 bietet etliche Vereinfachungen. So könnten dann Riester-Bausparverträge auch für alters- und behindertengerechte Umbaumaßnahmen eingesetzt werden.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres, so Wirnhier, habe das Bauspar-Neugeschäft ein hohes Niveau erreicht. 189.000 Bausparverträge mit einer Sparsumme von 6,4 Milliarden Euro wurden bei der LBS abgeschlossen. In der Oberpfalz wurden 18.000 Verträge mit 616 Millionen Euro vermittelt.

Für unberechtigt hält der LBS-Chef die Kritik, dass Bausparkassen Verträge kündigen, „wenn sie überspart sind“. „Das heißt, wenn das Bausparguthaben die abgeschlossene Bausparsumme übersteigt, kündigt auch die LBS.“ Bei diesem Zwecksparen gehe es in der Regel darum, nach der Ansparphase ein günstiges Bausparanleihe in Anspruch zu nehmen. Wegen des gegenwärtigen Zinsniveaus wollten manche Kunden von höheren Guthabenzinsen der alten Verträge profitieren und sparen solange, bis überhaupt kein Darlehen mehr in Anspruch genommen werden kann. Wer so handle, um die eigene Rendite zu verbessern, breche die Solidarität mit vielen Millionen echten Bausparern, die später auf das zinsichere Darlehen setzen. □



LBS-Vorstandsvorsitzender Dr. Franz Wirnhier (rechts) und Pressesprecher Joachim Klein bei der Pressekonferenz im Regensburger Presseclub. Foto: osr

Neun-Monats-Zahlen:

LBS Bayern peilt erneut 8-Milliarden-Marke an

Bausparneugeschäft und Immobilienvermittlungen auf hohem Niveau

Die LBS Bayern erwartet heuer abermals ein Bausparneugeschäft in der Größenordnung der vergangenen Rekordjahre. In den ersten neun Monaten 2013 wurden 188.591 LBS-Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 6,38 Milliarden Euro vermittelt. Dies entspricht einem Rückgang nach Bausparsumme um 3,7 Prozent und nach der Zahl der Verträge um 13,7 Prozent gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres.

Dabei spielt aber ein Sondereffekt eine wesentliche Rolle. Mitte März 2012 hatte die LBS Bayern eine neue Tariffamilie eingeführt und die Konditionen an das anhaltend niedrige Kapitalmarktniveau angepasst. Die Umstellung führte in den Wochen davor zu einem Schlussverkaufseffekt bei den Vorgängertarifen mit höheren Guthabenzinsen von bis zu drei Prozent. Das ergab bei den Stückzahlen eine außergewöhnliche Ballung in den ersten drei Monaten des Jahres 2012. Heuer entwickelt sich das Neugeschäft im Jahresverlauf ausgeglichener. „Am Ende wird das Bausparneugeschäft nach unserer Prognose erneut auf dem hohen Niveau der Vorjahre von acht Milliarden Euro Bausparsumme liegen. Das Interesse an Wohnimmobilien und Bausparen ist in Bayern nach wie vor groß“, so Dr. Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern.

Zinsniveau dauerhaft sichern

Inbesondere nutzen viele Kunden die Möglichkeit, einen Bausparvertrag in ihre Immobilienfinanzierung zu integrieren und sich so das derzeitige Zinsniveau dauerhaft zu sichern. Dementsprechend ist das Volumen der zugesagten Vor- und Zwischenfinanzierungskredite in den ersten neun Monaten 2013 gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres um 41,8 Prozent auf 662,3 Millionen Euro gestiegen.

Die hohe Wertschätzung für Wohnimmobilien zeigt sich auch im Immobilienvermittlungsgeschäft der bayerischen Sparkassen und des LBS-Außendienstes, das sich ebenfalls auf hohem Niveau befindet. Ihre gemeinsame Maklerorganisation Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft (Sparkassen-Immo) hat von Januar bis September 2013 in Bayern 7373 Objekte vermittelt. Der Wert der vermittelten Kaufobjekte erreichte 1,48 Milliarden Euro. Damit liegen die Zahlen um 5 Prozent (Objektzahl) bzw. 4 Prozent (Objektwert) und damit nur geringfügig unter dem Vergleichswert des Jahres 2012, das einen Rekord in der über 40-jährigen Geschichte der Sparkassen-Immo markiert hat.

In dem anhaltend guten Umfeld für Wohnimmobilien hat der Wohnungsneubau deutliche Impulse erhalten. Von Januar bis August 2013 wurde in Bayern für 33.808 Wohnungen in neuen Wohngebäuden eine Baugenehmigung erteilt. Dies entspricht einem Plus von 12,9 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten 2012. □

Staatspreis „Ländliche Entwicklung in Bayern“:

Neues Leben in alten Gebäuden

15 öffentliche und private Bauherren aus ganz Bayern hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner für die herausragende Sanierung und Revitalisierung denkmalgeschützter und ortsbildprägender Gebäude mit Preisen ausgezeichnet. Bei dem Festakt in der Münchner Residenz überreichte der Minister an 13 Bauherren den mit 2.000 Euro dotierten Staatspreis „Dorferneuerung und Baukultur“, zwei Bauherren erhielten einen Sonderpreis in Höhe von ebenfalls je 2.000 Euro.

Zu den ausgezeichneten öffentlichen Maßnahmen zählen:

- Neuer Raum für Aktivitäten der Dorfgemeinschaft durch Umnutzung eines ehemaligen Stallgebäudes. Bauherr: Gemeinde Gebenbach, Objektstandort: Atzmannsricht, Landkreis Amberg.
- Denkmalgeschütztes Gasthaus wird behutsam renoviert und mit einem Veranstaltungssaal zum Dorfzentrum ergänzt. Bauherr: Markt Buch, Objektstandort: Buch, Landkreis Neu-Ulm.
- Sanierung und Umnutzung des denkmalgeschützten Forsthauses zum Museum „Haus des Steins - Fränkische Trias“. Bauherr: Markt Euerdorf, Objektstandort: Euerdorf, Landkreis Bad Kissingen.
- Ein modernes Bürgerhaus wird zum neuen gesellschaftlichen Mittelpunkt in einem kleinen Dorf. Bauherr: Markt Emskirchen, Objektstandort: Mausdorf, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim.

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs, die Umsetzung der Energiewende als starkes Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum und die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit seien nur einige Beispiele dafür, „dass wir für einen vitalen ländlichen Raum eine Politik aus einem Guss brauchen“, fuhr Brunner fort. Deshalb setze er weiterhin konsequent auf die Leistungen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung sowie auf den Willen und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Dörfer und ihre Heimat mit zu gestalten.

Denkmalgeschützter Pfarrhof wird Gemeindehaus und zusammen mit Kirche und Schloss wieder Mittelpunkt. Bauherren: Gemeinde Tagmersheim und Katholische Pfarrei St. Jakobus, Objektstandort: Tagmersheim, Landkreis Donau-Ries.

Neues Nahversorgungs- und Bürgerzentrum ist beispielhaft für die Innenentwicklung und Daseinsvorsorge von Dörfern. Bauherrin: Gemeinde Feilitzsch, Objektstandort: Feilitzsch, Landkreis Hof (Sonderpreis).

Laptop statt Lager – Neubau eines IT- und Bildungszentrums auf dem Gelände eines alten Lagerhauses. Bauherr: Gemeinde Oberschneiding, Objektstandort: Oberschneiding, Landkreis Straubing-Bogen (Sonderpreis).

Prävention

Die preiswürdigen Baumaßnahmen waren von einer Fachjury aus insgesamt rund 4.000 Projekten ausgewählt worden, die in Bayern in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen der Dorferneuerung durchgeführt und vom Freistaat mit insgesamt rund 30 Millionen Euro bezuschusst wurden.

Laut Minister Brunner sind die ausgezeichneten Projekte beispielgebend für den Erhalt der Baukultur in Bayern, die Innenentwicklung der Dörfer und für die Stärkung der regionalen Identität. Bei vielen der prämierten Sanierungen habe sich zwar die ursprüngliche Nutzung geändert, aber sie erfüllten weiterhin oder neuerdings wichtige Funktionen für die Dorfgemeinschaft: Sie schafften Begegnungsmöglichkeiten und beugten der Verödung des Ortskerns vor, sie belebten das kulturelle Angebot und trügen dazu bei, kostbare Flächen zu sparen. Nicht nur in den Boomregionen sei der Flächenverbrauch noch immer viel zu hoch, so Brunner. Hier gelte es gegenzusteuern und das Potenzial, das im Vorhandenen steckt, noch bewusster und aktiver zu nutzen.

Politik aus einem Guss

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs, die Umsetzung der Energiewende als starkes Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum und die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit seien nur einige Beispiele dafür, „dass wir für einen vitalen ländlichen Raum eine Politik aus einem Guss brauchen“, fuhr Brunner fort. Deshalb setze er weiterhin konsequent auf die Leistungen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung sowie auf den Willen und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Dörfer und ihre Heimat mit zu gestalten.

Wirtschaftliche Impulse

Die Erfolge in der Dorferneuerung gäben ihm Recht, so der Minister. Aktuell werden in mehr als 2.300 Ortsteilen von rund 700 Gemeinden, d. h. in einem Drittel der bayerischen Gemeinden, Dorferneuerungsprojekte durchgeführt. Brunner: „Damit ist die Dorferneuerung eines der umfangreichsten und nachhaltigsten Investitionsprogramme im ländlichen Raum. Vor allem aber gibt sie Dorf und Region wirtschaftliche Impulse und verbessert die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im ländlichen Raum!“ DK

Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Kommune.

Die BayernLabo – Ihr zuverlässiger Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Weitere Informationen finden Sie unter ▶ www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB 

Schwäbischer Integrationspreis:

Vorbildliche Initiativen

Bereits zum 6. Mal verlieh die Regierung von Schwaben den Integrationspreis. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele ehrte dabei vier unterschiedliche schwäbische Initiativen, die für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration stehen.

„Das Bewusstsein für Integration muss gestärkt werden. Wir wollen mit diesen Preisen die Aktivitäten und Initiativen würdigen, die die Integration erfolgreich und nachhaltig unterstützen“, hob Scheufele hervor.

Jedes ausgezeichnete Projekt werde mit einem Preisgeld in Höhe von 1.250 Euro bedacht. Scheufele: „Dies soll einerseits eine Anerkennung ihrer jeweiligen Verdienste auf dem Gebiet der Integration sein, zum anderen soll es aber auch helfen, ihre erfolgreiche Arbeit fortzusetzen“, bekräftigte der Regierungspräsident. Ein Staat brauche mehr Menschen dieser Sorte, die sich einsetzen und etwas bewegen möchten. „Dieses Vertrauen stellt eine entscheidende Basis für den sozialen Frieden dar.“

Scheufele würdigte zunächst die seit zehn Jahren bestehende ehrenamtliche „Hausaufgabenbetreuung für Kinder aus Migrantenfamilien“ in Nördlingen. Im Vorder-

grund steht dabei das Ziel, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund bei der Erledigung ihrer Hausaufgaben zu unterstützen. Es werden aber auch Hilfestellungen zum Verständnis des aktuellen Lernstoffes für alle Schulfächer gegeben.

Problem: Sprachkenntnisse

Ursache für Probleme sind häufig unzureichende deutsche Sprachkenntnisse der Migrantenkinder. Die Kinder werden durch dieses ehrenamtliche Engagement sensibilisiert und motiviert, auch an anderen Freizeitangeboten im Jugendzentrum Nördlingen zusammen mit einheimischen Jugendlichen aktiv teilzunehmen. Hierdurch wird ihre weitere Integration gefördert. Die ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung im Jugendzentrum Nördlingen ist mittlerweile zu einer beständigen und nachgefragten Institution geworden.

Die im Jahr 2000 in Bobingen gegründete Agenda 21-Gruppe „Netzwerk Verständigung“ war wiederum Ausgangspunkt für eine vorbildliche Vernetzung unterschiedlichster Akteure und Institutionen. Das Netzwerk und seine Partner förderten und begleiteten über Jahre die Integration von Migrantinnen und Migranten in Bobingen. Im Jahr 2011 entwickelte sich aus dieser Initiative der nun ebenfalls ausgezeichnete „Deutsch-türkische Freundschaftsverein Bobingen“. Der Verein engagiert sich für den Austausch zwischen den Kulturen und setzt sich für ein gutes Zusammenleben ein. Bestehende Vorurteile sollen überwunden und auf beiden Seiten soll die Bereitschaft geweckt werden, den Anderen kennenzulernen. Der junge Verein hat sich bereits mit einer Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen in Bobingen einen guten Namen gemacht.

Deutsch-türkisches Sommermärchen

Scheufele zeichnete außerdem die Aktion des Neuen Theaters Burgau aus. Er verlieh die Urkunde an die Initiatoren des Theaterstücks „Mauern-Duvarlar – Ein deutsch-türkisches Sommermärchen“. Das Sommermärchen ist ein Festival der Kulturen. Es besteht aus dem zweisprachigen Theaterstück „Mauern-Duvarlar“

und einem Konzert, basierend auf türkischem und deutschem Volksliedgut. Das Stück, das eigens für diesen Anlass geschrieben wurde, will kulturelle Unterschiede nicht als Grund für Trennung und Distanz, sondern als Chance für Bereicherung zeigen sowie einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Kennenlernen der deutschen und türkischen Bevölkerung schaffen.

Insgesamt fanden im Juli dieses Jahres acht Aufführungen in der Kapuzinerhalle in Burgau statt. Den zweiten, musikalischen Teil des gesamtgesellschaftlichen Events übernahmen der freischaffende Musiker Mark Poppe und seine interkulturellen Musikgruppen. Abgerundet wurde das Festival mit deutsch-schwäbischen und türkischen Spezialitäten teilnehmender Gastronomen.

Neu-Ulmer Lernpaten

Ein weiterer Integrationspreis ging an die Stadt Neu-Ulm, die mit ihren „Lernpaten“ Kinder aus einkommensschwachen Familien oftmals mit Migrationshintergrund, die sich kostenintensive Nachhilfe leisten können, unterstützen. Ehrenamtliche Betreuer – sogenannte Lernpaten – fungieren als Bezugspersonen der Kinder und betreuen diese. Dabei sollen Sprachentwicklung, Konzentrationsfähigkeit, Ausdauer, soziale Kompetenz und Selbstvertrauen der Kinder gestärkt werden. Die Lernpaten organisieren ihre „Patenschaften“ nach den Bedürfnissen der Kinder sowie in Abstimmung mit Eltern und Lehrern. DK



Die Teilnehmer der Konversionsexkursion nach Sonthofen (von links) Stefan Wieschbrock (Konversionsmanager Donau-Ries), Reinhold Bittner (Kreisrat), Lutz-Holger Behre (Stadtbaumeister Sonthofen), Sigrid Helmer (Kreisrätin), Axel Egermann (Konversionsmanager Allgäu GmbH), Ursula Kneißl-Eder (Kreisvorsitzende Bündnis 90/Die GRÜNEN), Hauptmann Thomas Gross (Bundeswehrstandort Sonthofen), Kay Wannick (Stadtbaumeister Donauwörth), Josef Reichensberger (Kreisrat), Bettina Höhenberger-Scherer (Klimaschutzbeauftragte Stadt Donauwörth), Richard Lodermeier (geschäftsführender Beamter der Stadt Donauwörth), Marco Schwartz (Stadtplanung Stadt Donauwörth), Stefan Sistig (Allgäu GmbH), Alfred Stöckl (stellvertretender Landrat), Johann Obermaier (Stadttrat Donauwörth), Albert Riedelsheimer (Stadttrat Donauwörth) und Bürgermeister Jörg Fischer (Stadt Donauwörth).

Vernetzung schwäbischer Konversionsstandorte geplant

Vertreter aus Politik und Verwaltung des Landkreises Donau-Ries und der Stadt Donauwörth besichtigten jüngst den Bundeswehrstandort Sonthofen. Die Exkursion diente dem Austausch der Städte über die Herausforderungen des Konversionsprozesses. Organisiert wurde der Erfahrungsaustausch von den Konversionsmanagements des Landkreises Donau-Ries und der Allgäu GmbH.

Zunächst erhielten die Teilnehmer der Exkursion eine Führung über die Jäger- und Grüntenkasernen in Sonthofen unter der Leitung von Hauptmann Thomas Gross. Die beiden innerstädtisch gelegenen Kasernen mit einer Fläche von 33 Hektar werden im Jahre 2018 zur Umnutzung freigegeben.

ISEK in Sonthofen

Im Anschluss erläuterte Stadtbaumeister Lutz-Holger Behre den Konversionsprozess in Sonthofen. Dort wurde ein integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erstellt, bei dem mehrere mögliche Nutzungsszenarien für die brachfallenden Kasernengelände berücksichtigt wurden.

Am sinnvollsten für die gesamtstädtische Nutzung erwies sich das Szenario „Wohnen und Bildung“ mit Berücksichtigung vertraglicher Gewerbenutzung. Dieses Konzept berücksichtige die Funktion Sonthofens als regionaler

Schulstandort und biete die Chance, den Gewerbeflächenmangel in Sonthofen auszugleichen, erläuterte Behre.

Intensiver Austausch

Der stellvertretende Landrat Alfred Stöckl dankte den Organisatoren und Referenten der Exkursion für den gelungenen Erfahrungsaustausch: „Wir haben heute sehr gute Einblicke über den Konversionsprozess in Sonthofen erhalten.“ Insbesondere die Gelegenheit für einen intensiven Austausch bezüglich der Konversionsprozesse in Sonthofen und Donauwörth seien sehr nützlich gewesen. Die Vernetzung und der Austausch zwischen den betroffenen Konversionsstandorten in Schwaben soll weiter fortgesetzt werden.

Aufgrund der positiven Resonanz wird angestrebt, im nächsten Jahr eine weitere Konversionsexkursion durchzuführen, bei der eine bereits vollzogene Konversion besichtigt werden soll. □

Treffen der kommunalen Ebenen

Delegation aus der Region Hannover und dem Landkreis München besucht Bezirk Oberbayern

Der kommunalpolitische Austausch zwischen der Region Hannover und dem Landkreis München fand zuletzt vor zwei Jahren statt. Jetzt machte sich eine vierzehnköpfige Delegation aus Hannover auf den Weg nach München.

Seit 1970 besteht zwischen der Region Hannover (damals noch Landratsamt Hannover) und dem Landratsamt München ein kommunalpolitischer Austausch. Landrätin Johanna Rumschöttel betonte bei der Begrüßung im Landratsamt München die Wichtigkeit des Erfahrungsaustausches und des guten Miteinanders. Das erste Fachreferat im Oktober fand nicht im Landratsamt München, sondern beim Bezirk Oberbayern statt. Bezirkstagspräsident Josef Mederer begrüßte im Sitzungssaal des Bezirkes die Gäste aus Hannover und dem Landkreis München. Bei den Hauptaufgabenfeldern des Bezirkes Oberbayern ging es insbesondere auf die überörtliche Sozialhilfe ein.

Der Gastgeber stellte Projekte zur Schnittstelle des ambulanten und stationären Wohnens vor. Zu den wichtigsten Zielen gehöre, dass mehr Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft möglich sein sollte. „Barrierefreiheit bei Gebäuden und Straßen, alleine reicht nicht aus, auch in unseren Köpfen muss die Barrierefreiheit

verankert sein“, sagte Mederer. Entsprechend der UN-Behindertenkonvention haben die Menschen mit Behinderung ein Wahlrecht zur Teilhabe am Wohnen. Dieses Recht setzt jedoch Voraussetzungen, die die Möglichkeiten zur Wahl vorhanden sind.

Regionspräsident Hauke Jagau von der Region Hannover bejahte dieses Wahlrecht. Neben den speziellen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sollten auch Einrichtungen für die Inklusion möglich sein. Hauke Jagau stellte in Kürze die Region Hannover vor. Dieser Kommunalverband ist ein Zusammenschluss aus einem Landkreis und einer kreisfreien Stadt.

Nach dem Vortrag fand eine rege Diskussion und ein Erfahrungsaustausch zwischen der Delegation aus Hannover, dem Landkreis München und dem Bezirk Oberbayern statt. So unterschiedlich die Struktur und der Aufbau der drei kommunalen Gebietskörperschaften ist, so interessant waren Schnittmengen und die anschließenden Gespräche. □



Landrätin Johanna Rumschöttel, Bezirkstagspräsident Josef Mederer und Regionspräsident Hauke Jagau (v. l.). □



Josef Ziegler (l.) mit Bürgermeister Ernst Joßberger. Bild: pat

Aktiv für die Geschichte

Josef Ziegler nutzt seinen Ruhestand für Archivrecherchen

Die Anfänge der Gemeinde Güntersleben reichen zurück bis in die prähistorische Zeit. Der älteste Fund, eine Jagdspitze, wurde vor etwa 12.000 Jahren in der Altsteinzeit hergestellt. „Die historischen Anfänge des eigentlichen Dorfes liegen im Jahr 1113“, sagt Josef Ziegler, der die Geschichte seiner Heimatgemeinde ganz genau kennt. Der 68-Jährige verfasste die Ortschronik zum 900-jährigen Bestehen und initiierte den im Juni eröffneten Geschichtsweg.

Die Informationstafeln dieses Wegs verteilen sich entlang des Dürrbachradwegs über eine 1,3 Kilometer lange Strecke durch Güntersleben. Sie beginnen dort, wo einst die Lorenzkapelle, Mittelpunkt des alten Dorfkerns, stand, und enden an einem Symbol der Moderne: Einer quicklebendigen Kita für die kleinen Günterslebener.

An 17 Stationen geht es um die keineswegs immer gute alte Zeit, die Segnungen des Fortschritts und den dadurch bedingten Wandel eines typisch fränkischen Dorfs. Mit dieser Perspektive auf das Typische ist der Geschichtsweg denn auch weit über Güntersleben hinaus interessant – weshalb erhebliche EU-Fördergelder in die Realisierung des Projekts flossen.

Auch die düsteren Seiten der Geschichte Günterslebens werden nicht ausgeklammert. „Krieg, Krisen, Katastrophen“ lautet der Titel einer der Thementafeln. Aber nicht nur hier bekommt der Spaziergänger mit, dass das Leben im Dorf einst hart war. „Wir haben schlechte Böden. Darum waren wir nie begütet“, schildert Ziegler.

Wandel aktiv mitgestaltet

Oft erlebten sich die Günterslebener als eine Notgemeinschaft. Etwa zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Damals wütete die Pest auch in Franken. Schwer waren auch die Zeiten während des 30-jährigen Kriegs und während der Hungerjahre zu Beginn des 19. Jahrhunderts. „Aber ich denke, gerade weil die Lebensbedingungen bei uns immer schwieriger waren, packten die Menschen stets an“, so Ziegler. „Sie wussten, dass sie selbst etwas tun mussten.“ So gestalteten sie den Wandel aktiv mit.

Ohne Josef Zieglers Engagement gäbe es den Geschichtsweg nicht. Denn eine hauptamtliche Kraft für Recherche und Ausarbeitung hätte sich die Gemeinde nicht leisten können, gibt Bürgermeister Ernst Joßberger zu. Trotz Jubiläum nicht.

Josef Ziegler macht es Spaß, alte Dokumente auszukramen. Ein ganzes Jahr lang vertiefte sich der Amtsvorgänger von Ernst Joßberger, der von 1998 zum Bürgermeister gewählt wurde, in die Geschichte seiner Heimatgemeinde. „Interesse an Geschichte habe ich seit meiner frühen Jugend“, erzählt der pensionierte Verwaltungsjurist. Vor 30 Jahren erstellte er einen Familienstammbaum. Im Zuge dieser Recherchen war er damals auch auf das Pfarrarchiv gestoßen: „Dass ich erst einmal ordnen musste.“

Mit den farblich und gestalterisch ansprechenden Tafeln des Geschichtswegs hat Ziegler seinen ursprünglichen Wunsch, direkt im Dorf an die Geschichte Günterslebens zu erinnern, selbst übertrafen. „Mir kam die Idee 2011, als ich Eger besucht habe“, erzählt er. Durch die Fußgängerzone Egers verläuft eine Wasserrinne, die streckenweise mit einem Rost ab-

gedeckt ist. Hier befinden sich im Verlauf Jahreszahlen zu wichtigen örtlichen Ereignissen. So etwas Ähnliches entlang des Dürrbachs zu machen, schwebte Ziegler damals vor. Aus dieser Idee entstand nun sehr viel mehr: Statt dürre Zahlen wird packende Geschichte entlang eines spannenden Wegs präsentiert. Pat Christ

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
 Fachblatt der KPVP in Bayern
 Herausgeber:
 Landrat Stefan Rößle
 Ehrenherausgeber:
 Otto Ammon
 Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
 Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Robmann (Landtag)
 Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
 Theresa Flotzinger (KPVP)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlags strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Anzeigen- und Vertriebsleitung:
 Constanze von Hassel (verantwortlich),
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2013
 Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungs- und Themenplan
 Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
 Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWST.
 Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWST.
 Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.
 Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
 Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11
 Telefax 08171 / 805 14
 eMail: info@gemeindezeitung.de
 Internet: http://www.gemeindezeitung.de
 Bankverbindungen:
 Sparkasse Dillingen
 Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
 Raiffeisenbank
 Füssen-Pfronten-Nesselwang
 Konto 144 320, BLZ 733 698 78
 Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Druck und Auslieferung:
 Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Europäische Metropolregion München e.V.:

Klare Positionierung im weltweiten Wettbewerb

GZ-Gespräch mit EMM-Geschäftsführer Wolfgang Wittmann

Seit 1. Juli 2013 ist Wolfgang Wittmann Geschäftsführer der Europäischen Metropolregion München e.V. (EMM). Zuvor leitete er elf Jahre lang die Bereiche Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Geretsried und war als Vorstand im WirtschaftsForum Oberland e.V. aktiv. Im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung berichtete er über erste Erfahrungen, Aufgabenstellungen und Zielsetzungen.

„Ich sehe die Europäische Metropolregion München als Musterbeispiel für ein Public-Private Partnership von Städten, Landkreisen, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen“, machte der 43-jährige Diplom-Kaufmann eingangs deutlich. Ziel sei die Steigerung der Lebensqualität in der Region durch die Förderung einer

regionalen Entwicklung. In der Region um München sind derzeit über 40 kreisfreie Städte und knapp 40 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Darüber hinaus gehören dem Verein, „der sich überregional als der Wohn- und Wirtschaftsraum in Europa schlechthin darstellt“, zahlreiche Kammern, For-

gionen hat – positiv wie negativ – und zu lernen, wie man davon profitieren kann.

Viele Unternehmen und Menschen siedelten sich in der Region um München an. Für Familien sei der Wohnraum dort günstiger und die Lebensqualität oft angenehmer. Gleichzeitig habe München seine Standortqualität und seinen internationalen Ruf auch den umliegenden attraktiven Regionen mit ihren vielseitigen Angeboten zu verdanken. „Wenn München stark ist, profitiert auch die Region davon und umgekehrt“, erklärte Wittmann.

„Gewisse Ressentiments gegenüber dem Konstrukt EMM“ habe er von Beginn an versucht zu entschärfen, bemerkte der Geschäftsführer. „Wir trennen strikt zwischen dem funktionalen Raum Metropolregion München, zu der alle gehören und dem EMM e. V.“, die mit einer „kleinen, aber feinen“ fünfköpfigen Geschäftsstelle und den Arbeitskreisen neben den Landkreisen, Gebietskörperschaften, Kammern, Unternehmen und Unternehmensverbänden größtenteils sehr ähnlich gelagerte Ziele erreichen wolle.

Partnerschaft auf Augenhöhe

„Wir wollen als EMM e.V. partnerschaftlich auf Augenhöhe zusammenarbeiten und eine gewisse Emotionalisierung erreichen“, hob Wittmann hervor und stellte klar: „Es geht hier nicht um das Überstülpen eines Dachverbands.“ In einem „Selbstfindungsprozess mit wissenschaftlicher Begleitung“ habe sich die EMM jetzt nochmals deutlich positioniert. Entsprechende Ergebnisse sind in naher Zukunft zu erwarten und werden in einer nutzenvermittelnden Kampagne bzw. Studie umgesetzt, die auch dazu dienen soll weitere Firmen als Mitglieder zu gewinnen.

Neben regelmäßigen Sitzungen des Vorstands und Lenkungskreises, Mitgliederversammlungen sowie jährlichen Metropolkonferenzen steht im Zentrum des Vereins Europäische Metropolregion München die Arbeit an konkreten Projekten in den sechs Arbeitsgruppen Wirtschaft, Wissen, Kultur und Sport, ländlicher Raum, Mobilität und Umwelt. Darin sitzen sogenannte Multiplikatoren, die Informationen und Wissen mit den Regionen austauschen und Projekte entwickeln, die anschließend von Unterarbeitsgruppen umgesetzt werden.

Einheitliches EMM-Ticket im Visier

Aus dem Arbeitskreis Mobilität beispielsweise ging Wittmann zufolge eine Facharbeitsgruppe hervor, die sich gezielt mit der Schaffung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifes für die gesamte Metropolregion befasst. „Ein einheitliches EMM-Ticket würde schließlich einen großen Mehrwert für Wirtschaft und Bevölkerung bedeuten“, konstatierte der Geschäftsführer.

Erreichbarkeit ist eine wesentliche Grundlage zur Gestaltung zukunftsfähiger Mobilität. Mit dem „Erreichbarkeitsatlas für die Metropolregion München“ wurde eine Plattform entwickelt, mit der die Standortqualitäten bezüglich der Erreichbarkeit mit unterschiedlichen Verkehrsträgern innerhalb der EMM und in der Verknüpfung der Metropolregion nach außen analysiert und visualisiert werden können. Anhand einer Studie sollen nun weitere Nutzungen und Ausbaustufen des Projekts aufgezeigt werden.

schungseinrichtungen und Universitäten sowie ca. 150 Unternehmen an.

An der Spitze des 16-köpfigen Vorstands mit Landräten, Bürgermeistern, Kammerpräsidenten sowie Unternehmern und weiteren Multiplikatoren aus Stadt und Region steht Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, 1. stellvertretende Vorsitzende ist die Münchner Landrätin Johanna Rumschöttel. Der Verein finanziert sich durch die Mitglieder: Städte und Landkreise zahlen pro Einwohner, Firmen nach Mitarbeitern gestaffelt. Kammern und Vereine wiederum entrichten einen Festbetrag.

„Diplomatische Gratwanderung“

In seiner noch kurzen Amtszeit hat der EMM-Geschäftsführer nach eigenem Bekunden „viele Gespräche geführt, um Erwartungen und Anregungen aufzunehmen“. Insgesamt habe er eine sehr positive Grundeinstellung gegenüber dem Konstrukt EMM erfahren. „Dadurch, dass ich lange im Bereich Wirtschaftsförderung tätig war, weiß ich, wie die Befindlichkeiten und die Erwartungshaltung in der Region sind“, betonte Wittmann. Ohnehin gleiche das Agieren zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik einer „diplomatischen Gratwanderung“.

Seine künftige Aufgabe sieht der neue Geschäftsführer darin, die vielen Regionen rund um München in den Verbund der EMM einzubringen, ihnen einerseits ihre Identität zu belassen und zu fördern und sie andererseits für die gemeinsame Identität einer Metropolregion München zu gewinnen. Darüber hinaus gehe es darum, bewusst zu machen, welche Einflüsse die Stadt auf die Re-



EMM-Geschäftsführer Wolfgang Wittmann.

nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Mit der EMM als Plattform sollen gezielte Dialoge initiiert und gemeinsame überregionale und internationale Auftritte der Region organisiert werden. Es geht, sich im weltweiten Wettbewerb der Metropolregionen zu positionieren. Die Vereinigung soll ein Sprachrohr und eine Lobby sein für die ganze Metropolregion – besonders in Bezug auf die Wünsche und Erwartungen der Mitglieder.

Die Europäische Metropolregion München (EMM) ist eine der jüngsten Metropolregionen, aber eine der ältesten Regionalkooperationen. Bereits im Juli 1995 wurde der Verein „Wirtschaftsraum Südbayern. München Augsburg Ingolstadt e.V.“ gegründet. Gründungsmitglieder waren damals die Städte München, Augsburg, Ingolstadt sowie Landsberg am Lech, außerdem die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern von München und Oberbayern sowie Schwaben und der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Historie

Im Jahr 2005 wurde der Verein in Wirtschaftsraum Südbayern Greater Munich Area e.V. (GMA) umbenannt. 2007 schließlich startete die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister kreisfreier Städte und Landräte des Großraums München gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und Unternehmen sowie der Bayerischen Staatsregierung, unabhängig vom Verein GMA die Initiative Europäische Metropolregion München (EMM). Da mit der Initiative EMM jedoch zunehmend eine Doppelstruktur zum Verein GMA geschaffen wurde, entschloss man sich, beide miteinander zu fusionieren. Der Verein Europäische Metro-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Eine tolle Predigt hat der Herr Stadtpfarrer heute gehalten. Nicht, dass etwas wahn-sinnig originell gewesen wäre, aber manchmal muss man einen Gedanken erst wieder hören, um seine Richtigkeit zu erkennen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ging nach dem Gedenkgottesdienst für unsere verstorbenen Mitarbeiter nachdenklich in sein Büro zurück.

Der Gottesdienst ist eine Tradition, die schon der Vorgänger des Bürgermeisters eingeführt hat. Alljährlich im Wechsel am Montag nach Allerheiligen bzw. nach dem Totensonntag treffen sich die aktiven und pensionierten Beschäftigten des Rathauses zu einem ökumenischen Gottesdienst, um an die verstorbenen Angehörigen der Stadtverwaltung zu denken. Für nächstes Jahr planen wir, auch ein islamisches Totengedenken mit zu integrieren, da mittlerweile auch schon der Tod von An-

phie des Vorgängers trägt.

Viele machen ja nach dem Eintritt in den Ruhestand einen bewusst scharfen Strich unter ihr Berufsleben, gehen nicht mehr ins Amt, nicht zu Feiern oder Seniorenstammtischen. Andere klammern sich an ihre alten Kollegen, wie vom Phantomschmerz des Sinnverlustes geplagt und bevölkern die Kantine. Selbst diejenigen, die die Bekundungen auf der Abschiedsfeier, man würde sich freuen, wenn er oder sie ab und zu vorbeischauten, wörtlich nehmen, merken sehr schnell, dass sie halt nicht mehr dazu gehören, auch wenn man sich noch so sehr bemüht, es ihnen nicht zu deutlich zu zeigen.

Da sollte man dann an die Worte des Stadtpfarrers denken: Wir stehen alle auf den Schultern unserer Vorgänger. Egal, ob wir so handeln wie sie oder einen radikalen Bruch wagen, nie sind unsere Handlungen denkbar ohne die Handlungen, Entscheidungen oder Einschätzungen derer, die uns in den Ämtern oder Aufgaben voran gegangen sind.

Mein Chef, der Bürgermeister, versucht seit seinem Amtsantritt, die Verbindungen mit den noch lebenden Amtsvorgängern nicht abreißen zu lassen und auch das Andenken an die schon Verstorbenen aufrecht zu erhalten. Und zwar nicht nur durch die obligatorische Straßenbenennung oder das Porträtfoto auf dem Bürgermeisterflur. Traditionslinien sind ihm wichtig, um seine Arbeit in den Kontext der Entwicklung unserer Stadt zu stellen. Denn keiner sollte nach seinem Tod einfach vergessen werden. Nachdenklich sinne ich ihm eine tröstende Botschaft des spanischen Schriftstellers Miguel Hernández: „Viele Schlucke sind das Leben, der Tod aber ist nur ein einziger Schluck.“

the sabriual

Wichtige Traditionslinien

gehören der ersten Gstarbeitergeneration zu beklagen ist.

Das ist eine der raren Gelegenheiten im hektischen Jahreslauf einer Kommunalbehörde, in der alle, vom Bürgermeister über die Amtsleiter bis zu den Arbeitern des Bauhofs, einmal innehalten und darüber reflektieren können, was von ihrer Arbeit von Dauer sein wird, welche Spuren sie hinterlassen werden. Vor allem gibt dieser Gottesdienst uns die Gewissheit, dass man sich einmal im Jahr an uns erinnern wird, auch wenn wir lange nach unserem Ausscheiden zu „Namenlosen“ geworden sind, an die sich die Aktiven gar nicht mehr und die Pensionisten nur mit Mühe erinnern können.

Denn wenn wir aus einer Arbeitseinheit ausscheiden, ob durch Pension oder Arbeitsplatzwechsel, geht es uns doch immer wie einem der alten Polaroid-Photos, die noch in mancher Schreibtischschublade ganz hinten rumliegen: Mit der Zeit verblasen die Farben, die Konturen werden unscharf, bis nur noch eine ungefähre und mit den Jahren immer schwächer werdende Vorstellung von uns bleibt.

Gut, es gibt sie natürlich überall, die prägenden und legendären Persönlichkeiten, die durch

Niederwinkling ist „Premier-Kommune“

Die Gemeinde Niederwinkling, Landkreis Straubing-Bogen, ist in Berlin vor mehr als 500 Gästen aus allen Bundesländern mit dem Großen Preis des Mittelstandes der Oskar-Patzelt-Stiftung ausgezeichnet worden.

In der Begründung der Jury heißt es: „Die Gemeinde Niederwinkling liegt direkt an der A3 zwischen Passau und Regensburg und hat rund 2.600 Einwohner. In den vergangenen Jahren hat sie sich von einer zunächst landwirtschaftlich geprägten zu einer aufstrebenden Kommune entwickelt. Durch geschicktes Projektmanagement gelang es in den vergangenen Jahren, 20 Industrie- und Gewerbebetriebe, vorrangig Existenzgründer, anzusiedeln. Allein im Industrie- und Gewerbegebiet Schaidweg belaufen sich die Beschäftigtenzahlen auf rund 700, die durch die Ausweisung und Erweiterung des Industrie- und Gewerbegebietes entstanden sind.“

Modernes Zentrum entsteht

Neben dem Ausbau des Verkehrsstraßennetzes wurden die Grundschule und der Kindergarten modernisiert und um eine Kinderkrippe ergänzt. Der Neubau wurde in Holzbautechnik errichtet, um so dem nachwachsenden Rohstoff Holz in der eigenen Region einen besonderen Wert zuzumessen. Mit diesem Pilotprojekt ist die Gemeinde Niederwinkling Vorreiter im Landkreis. Mitten im Ort, auf dem Areal der ehemaligen Molke-rei, das die Gemeinde erwerben konnte, entsteht auf über 12.000 m² ein modernes Begegnungs- und Dienstleistungszentrum. DK

Die Ansiedlungserfolge im Bereich des produzierenden Gewerbes zeigen bereits Erfolge. Die Gewerbesteuererträge spiegeln diesen Effekt wieder. Sie betragen 1996 knapp 400.000 Euro; 2012 waren es rund 10,5 Mio. Euro. Diese Einnahmen werden für die Belange der Gemeindebürger und Unternehmen eingesetzt.

Trotz der großen Investitionen in den vergangenen Jahren konnte die Gemeinde Niederwinkling die Verschuldung planmäßig, aber auch durch außerordentliche Tilgungen abbauen. Dies ist auf eine konsequente Haushaltsführung zurückzuführen. So betrug der Schuldenstand am Ende des Haushaltsjahres 1996 rund 1,4 Mio. Euro; seit 2008 ist die Gemeinde schuldenfrei. 2011 gründete die Gemeinde das Kommunalunternehmen Niederwinkling, eine 100-prozentige Tochter der Gemeinde, die das Ortszentrum entwickeln wird.“

Für den Wettbewerb wurden bundesweit insgesamt 4.035 kleine und mittelständische Unternehmen sowie mittelstandsfreundliche Kommunen und Banken von mehr als 1.100 Institutionen nominiert. Dabei geht es nicht um den Vergleich von Unternehmen, sondern um den Vergleich von Initiativen, die sich der Förderung der Unternehmen, des Unternehmergeistes in der Gesellschaft und des unternehmerischen Umfelds verschrieben haben. DK

„1250 Jahre Gräfelfing - vom Bauerndorf zur Gartenstadt“

Eröffnung der Gemeindeausstellung in der Reihe „lebenswert – liebenswert, Vielfalt im Landkreis München“

Gräfelfing ist nunmehr die neunte Gemeinde, die sich in den Räumen des Landratsamts präsentiert. Im Mittelpunkt steht dabei das Jubiläum – mit Bildern, Presseberichten und Exponaten. Doch auch die Entwicklung der Würmtalgemeinde vom einfachen Bauerndorf hin zu einer modernen Gartenstadt wird thematisiert.

Die offizielle Eröffnung der Ausstellung fand statt mit einem kleinen Rahmenprogramm: Für musikalische Unterhaltung sorgten das „Trio con Brio“ der Jugendmusikschule sowie die Squaredance-Gruppe „Colours of the Wind“ des TSV Gräfelfing.

Transparente Lebenswelten

Bürgern und Besuchern zeigt sich Gräfelfing in vielen unterschiedlichen Facetten. Die Gartenstadt ist ein ruhiger und sehr naturnaher Wohnort, sie ist ein erfolgreicher Wirtschafts- und Gewerbestandort mit über 6.000 Beschäftigten in fast 3.000 Betrieben und sie bietet gleichzeitig unzählige Möglichkeiten für Freizeit und Erholung. Diese Lebenswelten transparent zu machen, war das Anliegen des Gemeindejubiläums im Jahr 2013, das mit der Unterstützung der über 30 Vereine und vieler anderer Aktiver gefeiert wurde.

Zum Abschluss des Jubiläumjahres stellt sich Gräfelfing nun auch einem größeren Landkreispublikum vor. Umweltschutz ist

dabei ein wichtiges Thema, ebenso Familienpolitik oder eine verantwortungsvolle Ortsentwicklung. Dargestellt werden diese Aspekte anhand von zahlreichen Thementafeln, die die Gartenstadt erlebbar machen.

Langjährige Tradition als Grundlage der Identitätsbildung

Gräfelfing ist die größte Landkreismunicipalität im Würmtal mit rund 13.000 Einwohnern, 763 n.Chr. wurde sie erstmals urkundlich erwähnt. Viele Jahrhunderte lang waren Gräfelfing und Lochham kleine bäuerliche Siedlungen. Erst die Bahnverbindung von München zum Starnberger See und die Sehnsucht der Städter nach dem Landleben brachten den Aufschwung zur Villenkolonie – die Wohnlage im Würmtal wurde immer beliebter. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und der Bevölkerungszuwachs durch Flüchtlinge und Aussiedler stellten die Gemeinde allerdings vor große Herausforderungen.

Auf die langjährige Tradition ist man in Gräfelfing zu Recht stolz, bildet sie doch die Grundlage für das heutige vitale Gemeindeleben, in dem auch die Geschichte stets lebendig gehalten wird.

Die Ausstellung lädt – verteilt auf vier Stockwerke – zu einem multimedialen Ausflug durch das Jubiläumsjahr ein, aber auch zu einer Entdeckungsreise durch fast 13 Jahrhunderte Besiedelung im Würmtal. Römer, Bajuwaren, mittelalterliche Bauern, Villenbesitzer im 19. und 20. Jahrhundert, bedeutende Persönlichkeiten – Bevölkerungsgruppen unterschiedlichster Couleur bestimmten die Geschichte Gräfelfings und prägen den Charakter des Ortes bis heute.

Attraktive Vielfalt

„Als Bürgermeister wie auch als stellvertretender Landrat freue ich mich besonders über diese schöne Gelegenheit, unseren Ort zum Abschluss unseres großen Jubiläumsjahres in den Räumlichkeiten des Landratsamtes zu präsentieren. Die Ausstellungsreihe „lebenswert – liebenswert“ ist ein herausragendes Forum, die verschiedenen Landkreiskommunen besser kennen zu lernen. So spiegelt sich die Vielfalt nicht nur durch die Vielzahl unserer Städte und Gemeinden – es sind immerhin 29 – sondern auch durch die jeweils unterschiedliche Art der Präsentation“, so Bürgermeister Christoph Göbel.

Ein wichtiger Aspekt der Ausstellung ist auch der Beitrag der Bürgerinnen und Bürger Gräfelfings zum Jubiläumsjahr. So forderte beispielsweise der Fotowettbewerb „Nahaufnahme – fotografieren Sie mit“ engagierte Hobbyfotografen dazu auf, ihre ganz persönliche Sicht auf Gräfelfing zu zeigen. Am 15. November findet

die Prämierung der besten Fotos statt. Der Wettbewerb ergab ein erstaunliches Spektrum an persönlichen Sichtweisen auf Gräfelfing – sämtliche Fotos sind in einer bunten Collage im Rahmen der Ausstellung zu sehen, werden aber auch auf der Jubiläumshomepage www.graefelfing1250.de vorgestellt.

Auch das Sammelalbum zum Jubiläum, das auf einem unterhaltsamen Rundgang durch den Ort führte, forderte die Gräfelfinger zum Mitmachen auf. Und die Idee kam an: Einige besonders engagierte Ortskundige erweiterten das ursprüngliche, gedruckte Album fast auf Buchgröße. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist in der Ausstellung zu sehen, erstellt von Gudrun Langenhein.

„KunstZone Gräfelfing“

Zahlreiche Ausstellungstücke des Gemeindearchivs sind Teil der Ausstellung, diese wurden ausgewählt, kommentiert und zusammengestellt von Dr. Friederike Tschochner. Auf Gemeindeeseite ist Birgit Doll, Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für die Ausstellung im Landratsamt verantwortlich. Exponate der großen Jubiläumsausstellung „KunstZone Gräfelfing“ des Kunstkreises werden ebenfalls auf allen vier Stockwerken präsentiert.

Die gestalterische Umsetzung des Ausstellungskonzepts war Aufgabe des Designbüros Mirjam Mößler & Bernhard Zölch aus München, die auch bereits mit dem Werbe- und Kommunikationskonzept des Jubiläumstretts waren. Neben den direkten Kommunikationsmitteln wie Website, Falbblätter, Plakaten, Großaufstellern, Anzeigen und vielem mehr entstanden in diesem Zusammenhang auch Besonderheiten wie Sammelalbum, Festschrift, Jubiläumsbierflasche oder Jubiläumspin.

Die Ausstellung läuft vom 7. November bis zum 11. Dezember, jeweils Mo. bis Do. von 8 bis 17.30 Uhr und Fr. von 8 bis 16 Uhr im Landratsamt München, Marienhilfplatz 17, Hauptgebäude. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Josef Deimers Buch zur Geschichte von Landshut:

Eine Stadt als Lebewesen und Kunstwerk

Josef Deimer ist unter die Autoren gegangen. Der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und Landshuter Alt-Oberbürgermeister hat sich mit der Co-Autorin Ursula Weger an die Geschichte seiner Heimatstadt Landshut gewagt. Die beiden Autoren wollen das dicke Buch nicht als Chronik einer über 800 Jahre alten Stadt verstanden wissen, sondern als „Stadtbiographie“.

Die Autoren bezeichnen die Stadt als „Lebewesen“: Sie beschreiben die Geschichte nicht zuletzt anhand von Landshuter Persönlichkeiten, streuen in Schlaglichtern die Lebensläufe prominenter Schriftsteller und Künstler ein, die in Landshut gelebt und gewirkt haben. Das Autorenteam skizziert wichtige Ereignisse im Laufe der Jahrhunderte und umreißt den Wandel der Stadtgestalt vom Mittelalter 1204 bis zum Jubiläumsjahr 2004. Die Autoren sehen Landshut als „Kunstwerk Stadt“: Im Lauf der Jahrzehnte gestalteten die Bürger ihre Stadt und ließen sie zum unverwechselbaren Kunstwerk wachsen.

Der Landshuter Alt-Oberbürgermeister widmet sich dem 20. Jahrhundert. Er spinnt lange Fäden der Entwicklung der alten Stadt auf dem Weg in die Moderne. Mit der ihm eigenen Akribie und viel Liebe zum Detail verwebt Deimer diese Fäden. Markante Stationen seines eigenen Lebenslaufes als Stadtoberhaupt, seine Anfänge als junger CSU-Politiker, als Stadtrat, dritter Bürgermeister und Landtagsabgeordneter fließen in die Stadtbiographie ein.

Deimer bummelt durch die Stadtgeschichte, wie er sie erlebt und geprägt hat. Er streift kreuz und quer durch die Gassen der Geschichte, manchmal auch mit zeitlichen Sprüngen, um die Entwicklung der Stadt Landshut nach dem

Zweiten Weltkrieg aus seiner Perspektive zu illustrieren.

Kaum einen Bereich spart er aus: So entsteht eine reichhaltige Sammlung an Wissen, an Erlebnissen und Wertungen zur Entwicklung Landshuts unter den Vorzeichen des Wirtschaftswachstums, der Umweltprobleme und des Baus von Atomkraftwerken vor den Toren der Stadt. Seine Sichtweise auf die Stadtgeschichte stützt Deimer mit Zitaten von Romano Guardini, Max Weber und penibel belegten Landtagsdrucksachen. Dabei illustriert er die „Planungseuphorie“ der 1970er Jahre mit dem Ziel einer konsequenten Stadtplanung und der Schaffung eines bayernweiten Rahmens im LEP.

Damit öffnen sich den Lesern Blicke auf Deimers Wahrnehmung von Gebietsreform, Stadtentwicklung, Altstadtsanierung und Verkehrsplanung. Auch die Wegmarken des kulturellen Lebens und das sportliche Leben zwischen Spitzensport und Breitensport finden eine ausführliche Würdigung. Und natürlich dürfen auch die Vorgeschichte und schließlich der Bau des 1999 eröffneten Hofbergtunnels nicht fehlen, der seit 2007 den Namen eines berühmten Landshuter trägt: Josef-Deimer-Tunnel.

Josef Deimer, Ursula Weger: Landshut. Ein Stadtleben. 469 Seiten. Friedrich Pustet Verlag, 24,95 Euro. □

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 21. November 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiemaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Handwerkliche Dienstleistungen, Ausstattung kommunaler Gebäude
- Sicherheitstechnik
- Brand- und Katastrophenschutz
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulte
Friedenstraße 73 - 80443 München
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden - Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher/Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schächtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 • www.hailo-professional.de

Software für Behörden

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen
GEVE 4 Gewerbesteuer- & Erlaubniswesen
eArchiv Kompakt DMS
www.edv-ertraud.de 02635/9224-0

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungenanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshausen Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
DACHAUER ANLAGEN- und SERVICE

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:

Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung - planung - vertrieb
grünware - lichtschlauch - led

bachhofstraße 8
91233 Neuried a. d. Isar
Telefon: 09123/99 812 99
Telefax: 09123/99 812 98
deko-jachum@t-online.de
www.deko-jachum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de